

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Belegt für die sechsgehaltene Spalten-
 zeile oder deren Raum 50 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Berathungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengänge und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraph. Adressen
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Mord an dem Arbeiter Herrmann.

Die beiden großen Moabiter Krawallprozesse, die am 9. November 1910 und am 9. Januar 1911 vor dem Landgericht begannen und am 11. und 23. Januar mit der Verurteilung einer Anzahl Personen endeten, haben als gerichtlich festgestellte Tatsache ergeben, daß ein sehr erheblicher Teil der bei jenen Vorgängen „im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ wirkenden Polizeibeamten sich die größten Exzesse und Roheiten gegen Männer, Frauen und Kinder hat zuschulden kommen lassen.

Das Verhalten der betreffenden Beamten war der größte Hohn auf die ihnen zugewiesene Aufgabe, „Diener des Staates, Säulen der Ordnung und Geseßlichkeit, Hüter von Sitte und Moral zu sein“.

Unter dem Druck der zahllosen Zeugenaussagen, von denen eine immer mehr als die andere die Polizeiorgane bloßstellte und brandmarkte, sah sich der im ersten Moabiter Krawallprozeß wirkende Gerichtshof gezwungen, zu erklären:

„Es handelt sich nicht um vereinzelte Mißgriffe von Beamten, sondern das Gericht hat die Ueberzeugung gewonnen, daß dies in einer größeren Anzahl von Fällen, insbesondere durch grundlose Verleumdungen und vielfach durch Schläge geschehen ist.“

Und einer der Verteidiger der Angeklagten war in der Lage festzustellen, daß von etwa 100 Zeugen — und die Gesamtzahl der vernommenen Zeugen ging in die Hunderte —

218 einzelne Fälle von Mißhandlungen und Brutalitäten aller Art

bezeugt worden seien. Darunter waren viele Fälle, deren Kenntnisnahme jedem ehrenhaften Menschen aus Zorn und Scham darüber das Blut ins Angesicht treiben mußte, daß Beamte des Staates in Ausübung ihres Amtes sich solche Roheiten und Gemeinheiten erlaubten. Man durfte

Berlin, den 22. März 1911.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Sebel. Ebert. Gerisch. Liepmann. Mollenhuth. Müller. Pfannkuch. Wengels. Luise Zieh.

erwarten, daß es im Interesse des Ansehens des Staates, der nach der Behauptung seiner Leiter die Aufgabe hat, ohne Ansehen der Person Recht und Gerechtigkeit zu üben, den berufenen Organen mit Aufbietung der nötigen Energie gelingen werde, die Uebeltäter in der aufgebotenen Polizeimannschaft zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Aber obgleich seit dem Schluß der Moabiter Krawallprozesse mehr als zwei Monate vergangen sind, verlautet nicht, daß es der Staatsanwaltschaft gelang, auch nur einen der polizeilichen Uebeltäter ausfindig zu machen.

Was aber das Volk in seinen weitesten Kreisen beunruhigen und aufs höchste empören muß, ist die Tatsache, daß es der Staatsanwaltschaft auch bis heute noch nicht gelungen ist,

die beiden Mordbuben ausfindig zu machen, die am Abend des 27. September den Arbeiter Herrmann, der auf der Suche nach seinem Sohn war, in der menschenleeren Wicelstraße überfielen und ihn derart mit ihren Säbeln mißhandelten, daß der völlig unschuldige Mann an den Folgen dieser viehischen Mißhandlung starb.

Dieser Mißerfolg der Staatsanwaltschaft veranlaßt uns, derselben in ihrem Bestreben, die beiden Verbrecher ausfindig zu machen, zu Hilfe zu kommen, und so erklären wir, demjenigen

2000 Mark Belohnung

zu gewähren, der uns die erwähnten Verbrecher zu nennen oder so genau zu bezeichnen vermag, daß ihre strafrechtliche Verfolgung möglich wird. Hierauf bezügliche Mitteilungen bitten wir an unser Parteibureau, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 IV, gelangen zu lassen.

Gießen-Ridda.

Daß in Gießen-Ridda ein nicht unerheblicher Bruchteil der freisinnigen Wähler entgegen der Parole der Parteileitung, die zur Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten aufgefordert hatte, für den Antisemiten stimmte, hat natürlich im Lager der Reaktion lebhaftest Genugtuung hervorgerufen. Ist dies für den Freisinn so tief beschämende Faktum doch geeignet, die arg herabgedrückten Hoffnungen der Junker und ihrer Verbündeten wieder ein wenig zu beleben. Schon beginnt man wieder damit zu rechnen, daß der Freisinn bei den sicher sehr zahlreichen Stichwahlen zwischen der Sozialdemokratie und einem Reaktionär sich — wenigstens zum Teil — doch wieder auf die Seite der Brotwucherer und Wahlrechtsfeinde schlagen und damit für den Schnapsblod das gefürchtete Strafgericht mildern werde. Die Junker- und Zentrums Presse gibt zwar ihrem Frohlocken vorzichtigerweise nur gedämpften Ausdruck, aber die freikonservative Presse äußert sich dafür umso unerschrockener. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt die jammervolle Derzersion der anderthalbtausend „Freisinnigen“ „gewiß erfreulich“, aber man dürfe das Ergebnis „nicht als vorbildlich betrachten“. Denn: „Die Wähler Korells waren durchaus nicht sämtlich überzeugte und in der Walle gefärbte Freisinnige und Fortschrittler. Es waren viele politisch ungeschulte Leute darunter, die auf keine Parteiparole eingeschworen waren.“ Etwas weiter geht schon die „Germania“:

Das ist tief betrübend für die fortschrittlichen Gegner des schwarz-blauen Bloßes. Denn es beweist ihnen, daß selbst fortschrittliche Wähler den Bloß, und wenn es sich selbst um antisemitische Männer handelt, durchaus nicht so scheuen, wie sie es „grundsätzlich“ tun müssen, und daß die Wähler überhaup nicht so am Wandel haben, wie sie glauben und wie sie es wünschen müssen, wenn ihre Hoffnungen auf die allgemeinen Wahlen sich verwirklichen sollen.“ Den gleichen Gedanken drückt die „Post“ aus, nur in schärferer Formulierung und mit allgemeinerer Raumangabe:

„Da es sich um den ersten Fall handelt, in welchem von Seiten der freisinnigen Wollstopp Klipp und klar die Parole der Wahlunterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten aus-

gegeben worden ist, hat der Vorgang zweifellos eine gewisse symptomatische Bedeutung. Er zeigt, daß die fortschrittliche Wählerschaft wenigstens zum Teil politisch reifer und vernünftiger ist, als die in der Partei leitenden Elemente. Ähnliche Erfahrungen haben zur Zeit Eugen Richters die freisinnigen schon einmal gemacht. Auch damals fand der Versuch, die freisinnigen Stimmen in der Stichwahl den Sozialdemokraten gegen rechtsstehende Kandidaten zuzuführen, nur sehr geringen Anklang bei der freisinnigen Wählerschaft. Die Kleinbürger, welche das Gros derselben ausmachen, waren nicht zur Abgabe sozialdemokratischer Wahlgeltel zu bewegen.“

Die „Tägl. Rundschau“ vollends erblickt in dem Abmarsch der freisinnigen Wähler ins Lager der unverhülltesten Reaktion eine bedeutsame Lebensbekundung des „nationalen Bloßgedankens“, von dessen Erstarkung sie erhofft, daß er „durch die engherzigen Berechnungen der Kurparteitaliter so manchen Strich ziehen wird“.

Ob sich die Hoffnungen der Reaktion erfüllen werden, hängt von allen Dingen vom Freisinn selbst ab. Wenn der Freisinn die Zeit bis zu den Neuwahlen dazu ausnützte, seine Organisationen derart auszubauen und seine Anhänger politisch derart zu schulen, daß er ihrer sicherer ist als der Deferture in Gießen-Ridda, so brauchte sich allerdings die Schmach vom 21. März nicht zu wiederholen. Fraglich ist allerdings, ob der Freisinn diese unerläßlichen Konsequenzen ziehen wird. Um so fraglicher, als selbst dasjenige freisinnige Blatt, das die offizielle Freisinnspresse an politischem Weitblick gewöhnlich um ein beträchtliches überträgt, das „Berl. Tageblatt“, diesmal höchst befremdliche Ansichten zum besten gibt. Gewiß, das Blatt nennt die Fahnenflucht der anderthalbtausend Wähler Korells selbst eine „Schmach“, die nicht wieder vorkommen dürfe. Einker, Organisation, Disziplin sei die Forderung, die aus dem Gießener Mißerfolg für den Liberalismus gezogen werden müsse. Aber was es im übrigen vorzubringen hat, verrät alles eher, als liberale Entschiedenheit und klares Erfassen der politischen Verhältnisse und Notwendigkeiten.

Schon daß das „Berl. Tagebl.“ darüber jammert, daß in Gießen-Ridda keine Kompromißkandidatur zwischen Freisinn und Nationalliberalen zustande gekommen sei, nimmt sich nicht gerade besonders heldenhafte aus, zumal man sich doch erst vor wenigen

Tagen auf die Werbestraft des „entschiedenen“ Liberalismus so viel zu gute getan hat. Noch schlimmer aber ist der folgende Erguß:

„Wir beklagen es aufs tiefste, daß von den 5059 fortschrittlichen Wählern etwa 1400 sich teils der Stimme enthalten, teils dem Antisemiten ihre Stimme gegeben haben. Der Kandidat des schwarz-blauen Bloßes mußte unter allen Umständen beiseite gelassen werden. Aber daß die Sozialdemokratie mit Herrn Wedmann nicht viel Staat machen konnte, das sollte sie sich eigentlich selbst sagen und die unbefangeneren Sozialdemokraten haben es sich wohl auch gesagt. Der Herr Wedmann selbst gehört hat, der hatte keinen sehr günstigen Eindruck von diesem sozialdemokratischen Kandidaten. Und hier berührt man einen sehr wichtigen Punkt der ganzen sozialdemokratischen Wahlmache. Die Wackmänner werden geflissentlich in den Vordergrund geschoben. Jemandwelche kleine Partei-beamte, die von der Leitung völlig abhängig sind, müssen kandidieren und werden vielfach auch in den Reichstag gewählt, in dem sie dann allerdings nichts zu sagen, sondern nur zu stimmen haben. Man hat hier ein rotes Gegenstück zu der Landratsfraktion auf der Rechten...“

Ebenso töricht ist es, wenn der „Vorwärts“ aus der Gießener Wahl keine andere Lehre zu ziehen weiß, als daß die Sozialdemokratie alles daran setzen müsse, um „aus eigener Kraft“ zu siegen. Man sollte sich doch auch im sozialdemokratischen Lager sagen, daß in Gießen ein sozialdemokratischer Erfolg so gut wie ausgeschlossen sei, und man sollte deshalb für das nächste Mal eine falsche Stütze wohl vermeiden. Wie viel Klüger ist doch das Zentrum! Es hat in seinen im heutigen Morgenblatt mitgeteilten wahlstatistischen Grundzügen mit aller Offenheit ausgesprochen, daß falsche Stichwahlen vermieden werden müssen. Das Zentrum will, wenn sein eigener Kandidat in der Stichwahl keine Aussicht hat, gewählt zu werden, dafür sorgen, daß unter dem Verzicht auf eine eigene Kandidatur rechtsstehende Kandidaten in die Stichwahl gebracht werden. Wenn die Sozialdemokratie die gleiche Taktik zugunsten der liberalen Parteien befolgen würde, dann könnte sie dem blau-schwarzen Bloß besseren Abbruch tun als durch Aufstellung eigener Kandidaten in zweifelhaften Wahlkreisen, die sie nie selbst erobern wird, in denen sie aber durch ihre Kandidatur den Sieg der Reaktion herbeiführt.“

Solchen Unsinn sollte doch das „Berl. Tagebl.“ lieber die Herren Fischbeck und Diemer verzapfen lassen! Wir würden es für

geschmacklos halten, den Genossen Bedauern gegen das Geschwäg des Blattes in Schutz zu nehmen. Aber selbst wenn das dumme Gerede von den „Wachmännern“ gerechtfertigt wäre, so läge gerade der Freisinn derart im Glashaufe, daß er sich wahrhaftig hüten sollte, mit Steinen zu werfen. Denn eine Partei, in der die Fisch- bed, Kopsch, Mugdan und Biemer als hervorragende Leuchten gelten können, hat wahrhaftig keine Ursache, mit souveräner Geringschätzung auf die „kleinen Parteibeamteten“ der Sozialdemokratie herabzublicken! Doch haben ja gerade Linksliberale von der Theodor Barth-Gruppe über die freisinnigen Bezirksvereinsgrößen so oft und so unbarmherzig die satirische Geißel geschwungen, daß wir uns die Ironisierung des Roffeschen Größenwahns billig eripieren können.

Das aber sollte das „Verl. Tagebl.“ immerhin schon wissen, daß gerade bei der Aufstellung sozialdemokratischer Kandidaten die Wahlkreise selbst ein Maß von Souveränität genießen, wie kaum in irgend einer anderen Partei, daß also die angebliche Abhängigkeit der Kandidaten von der „Leitung“ nichts ist, als törichtes Nachplappern reichsverbändlerischen Schwindels!

Und leider stehen die Ratschläge, zu denen sich das „Verl. Tagebl.“ weiterhin in wahltaktischer Beziehung herabläßt, ganz auf der gleichen Höhe. Nutet uns das Blatt doch allen Ernstes zu, da, wo die Sozialdemokratie auf einen Erfolg aus eigener Kraft nicht hoffen darf, auf die Aufstellung eigener Kandidaten zu verzichten! Als ob es nicht gerade diese Taktik gewesen wäre, die in vielen Wahlkreisen den Freisinn so heruntergebracht hat, die auch die Hauptschuld daran trägt, daß in Siegen-Ridda ein Teil der politisch so mangelhaft geschulten und disziplinierten Wählerchaft ins Lager der Antisemiten übergegangen ist! Wenn der Freisinn trotz aller trostlosen Erfahrungen noch immer nicht gelernt hat, daß es nichts Korruptiveres gibt, als solch klägliche Kompromisse, die kein politisches Prinzipienkenntnis, als das der Grundlosigkeit — schlimm genug für ihn! Aber der Sozialdemokratie zugunsten, dem tapferen Liberalismus zuliebe auf grundsätzliche und entschiedene Vertretung ihrer Anschauungen zu verzichten, ihr zugunsten, von vornherein ihr Banner zusammenzurollen, nur damit einem wackeligen und korrupten Liberalismus die Qual erspart wird, sich für links oder rechts, für Sozialdemokratie oder nachteste Reaktion zu entscheiden, das ist denn doch eine Leistung, die eines Mugdan würdig wäre!

Wenn das „Berliner Tageblatt“ das Zusammengehen gegen den Schnapsbrot so auffaßt, ist — darüber wollen wir ihm von vornherein jede Täuschung ersparen — jede Werkstän digung ausgefallen! Eine Sozialdemokratie, die sich jemals auf eine solche Taktik einließ, würde damit nicht nur sich selbst, nicht nur ihre ganze politische Tradition, sondern auch ihre ganze Zukunft aufgeben! Ueber solche Möglichkeiten sollten ernsthaft zu nehmende Politiker überhaupt nicht diskutieren!

Nimmt es der Freisinn wirklich ernst mit seinem Kampfe gegen die schwarzblaue Reaktion, so ist ihm sein Verhalten klar und deutlich vorgezeichnet. Was er zu tun hat, sagt ihm treffend und nachdrücklich die freisinnig-demokratische Berliner „Volks-Zeitung“:

„Hier rächen sich die Sünden, die die Führer der fortschrittlichen Volkspartei in früheren Zeiten begangen haben. Es lag geradezu etwas Krankhaftes darin, wie diese bei den Parteilangweiligen den Kollateralschaden suchten, sobald diese hundertmal eher einen unreaktionären Junker und einen demagogischen Antisemiten als einen Sozialdemokraten wählten. Entbildete sich doch einer der freisinnigen Führer nicht, das Wort zu sprechen: Bieder mit Kröcher als mit Barth. Solche systematische Wählerverdummung wirkt natürlich nach.“

Die schwarzblaue Blokmehrheit des Reichstags wird bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen nicht vernichtet werden, wenn noch ein beträchtlicher Teil der fortschrittlichen Wähler an der früheren dummen Stichwahlpolitik festhält. Rechts steht der Feind! Es genügt nicht, daß die Sozialdemokraten in der Stichwahl zwischen einem reaktionären Kandidaten und einem Anhänger der Linken die Entscheidung zugunsten des liberalen Kandidaten geben. Die jetzige schwarzblaue Blokmehrheit des Reichstags kann nur dann durch eine aus den Parteien der Linken bestehende Mehrheit ersetzt werden, wenn auch die Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei bei den nächsten Reichstagswahlen überall dort, wo ein Kandidat des schwarzblauen Blocks in der Stichwahl einem Sozialdemokraten gegenübersteht, die Entscheidung zugunsten des Sozialdemokraten herbeiführen.

Dies allein ist die richtige Parteitaktik. Sollte eine Partei nicht so viel Disziplin besitzen, um diese Taktik allgemein zur Durchführung zu bringen, dann ist es überhaupt besser, sie gibt den Kampf gegen die Reaktion als nutzlos auf.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. März 1911.

Kali-Schmierfonds und Zentrumszwist.

Aus dem Reichstage, 22. März. Die Kalidebatte wurde heute in später Stunde, um 8 Uhr, zu Ende gebracht; doch wurden die Abstimmungen über die eingebrachten Anträge nur zum Teil vorgenommen. Zwei namentliche Abstimmungen über den sozialdemokratischen und den Zentrumsantrag werden erst morgen stattfinden, so daß ein genaues Bild der Verhältnisse sich noch nicht entwerfen läßt, doch läßt sich so viel sagen, daß das Haus in der Beschränkung des Kali-Schmierfonds noch über die Kommissionsbeschlüsse hinausgeht.

Nach einer nicht gerade aufregenden Rede des Nationalliberalen Bärwinkel erkam sehr gegen seinen Willen der Dr. Röske vom Bund der Landwirte die Tribüne. Trotzdem er als konservativer Redner gestern an zweiter Stelle hätte sprechen müssen, hatte er sich erst hinter den Genossen Hue und dann wieder hinter den Freisinnigen Götze in zurückziehen lassen. Wegen diese Hinterhältigkeit hatte Götze einen Widerspruch erhoben, und der Präsident hatte dann entschieden, daß der blinderische Vorsichtskommissarius wenigstens noch vor Götze sprechen mußte. Herr Röske bemühte sich denn auch vergebens den Bund der Landwirte als eine recht harmlose, völlig unpolitische Wirtschaftsvereinigung hinzustellen. Götze widerlegte seine Winkelzüge und bewies durch Verlesung von Sachverständigenurteilen sowohl den politischen Charakter des Bundes der Landwirte wie die Unzuverlässigkeit der agrarischen Wissenschaftler.

Mit großer Spannung erwartete dann das Haus die Ausführungen des Abg. Heim, dem der Pole Korzantz beifügt hatte, daß ihm die politische Reaktion ohne Auforderung von Heim die Vertretung in der Budgetkommission übertragen hatte. Heim wies zunächst die Machenschaften des Bundes der Landwirte zur Ergatterung der Rabattgelder nach und rechnete dann mit seinen Praktikantenkollegen ab, die ihn unter der Maske „von zuständiger Seite“ in der Zentrumspresse schmähtlich verächtigt hatten. Er forderte zur völligen Klarstellung der Sache die „Zuständigen“

zur Erhebung einer Anklage auf wegen seiner eigenen in der Presse erlassenen Erklärungen.

Dann wurde die Debatte gegen die Sozialdemokraten und Freisinnigen geschlossen. Genosse Seber protestierte gegen die Wortabschneidung vergeblich.

Zur Geschäftslage des Reichstages.

Der Seniorenkonvent beschloß in seiner heutigen Sitzung, daß Montag, der 27. März als Ferientag aufrecht erhalten werden soll. Die zweite Lesung des Etats hofft man bis zum 1. April, die dritte bis zum 5. eventuell 7. April fertig zu bringen. Auf alle Fälle soll der Etat vor Ostern endgültig fertig gestellt werden. Ausdann beginnen die Osterferien, die bis zum 2. Mai währen. Nach den Ferien soll mit der ersten Lesung des Einführungsgegesetzes zu der Versicherungsgesetzgebung und mit der zweiten Lesung der letzteren begonnen werden. Außerdem wünscht die Regierung, daß der schwedische Handelsvertrag, das Fernpredigergesetz, das Gesetz über Elsaß-Lothringen und das Patentgesetz erledigt wird. Die Sommerferien dürften mit dem 2. Juni beginnen.

Die Herbstsession soll am 10. Oktober eröffnet werden und bis Weihnachten dauern. In dieser hofft man die Justizgesetze und das Privatbeamtengesetz erledigen zu können. Für den Monat Oktober, für den nach dem jetzigen Gesetz keine Diäten gezahlt werden, soll ein besonderer Diätengesetzentwurf eingebracht werden.

Hiernach steht ziemlich fest, daß die Neuwahlen zum Reichstag erst im Laufe des Januar 1912 stattfinden werden.

Sie wollen sich nicht verbrennen lassen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Feuerbestattung, den die preussische Regierung dem Landtage zu unterbreiten für gut befunden hat, begegnete bei seiner ersten Lesung im Abgeordnetenhaus am Mittwoch dem heftigsten Widerstand auf Seiten der konservativ-liberalen Mehrheit. So belanglos die Vorlage, die lediglich die fakultative Feuerbestattung zulassen will, auch ist, einen so geringen Fortschritt sie auch bedeutet, so belam doch die Regierung ob des Beschlusses in ihrer Haltung gehörig den Kopf gewaschen. Wie kann aber auch der sonst so unreaktionäre Minister v. Dallwitz, der stets mit dem Schnapsbrot durch dick und dünn geht, so leichtsinnig sein und ein Gesetz beschließen, von dem seine Auftragsgeber, nach deren Pfeife gehorsamst zu tanzen er gewohnt ist, nichts wissen wollen! Konservativ und Zentrum haben in früheren Jahren wiederholt die Frage der Feuerbestattung für undiskutabel erklärt. Diesen Standpunkt vertreteten sie auch jetzt. Abg. Graf Wartensleben (kons.) protestierte energisch dagegen, daß die Regierung mit rauher Hand in das Empfinden weiter Volkstheile eingreife, Bärwinkel schmitt vom Zentrum erblüht in der Vorlage sogar die Legitimierung des Kampfes gegen das Christentum, und sogar ein Teil der Freikonservativen kam sich nur schweren Herzens entschließen, der Vorlage zuzustimmen. Ganz anders die Linke, deren Redner sich mit dem Entwurf im großen ganzen einverstanden erklärten. Daß wir Sozialdemokraten darin nur eine geringe Abschlagszahlung erblickten, führte Genosse Hoffmann treffend aus, der an Stelle der landesgesetzlichen eine reichsgesetzliche Regelung verlangte, den Entwurf kritisch beleuchtete und die gegen die Feuerbestattung erhobenen Einwände, ganz besonders die auf religiösem Gebiet liegenden, schlagend in ihrer ganzen Haltlosigkeit nachwies. Hoffmann betonte, daß die Frage der Feuerbestattung für uns keine Prinzipienfrage ist und daß wir unsere endgültige Stellung von der Fassung abhängig machen werden, die der Entwurf in der Kommission erlangt.

Obwohl die Vorlage einer Kommission zur Vorberatung überwiesen wurde, ist ihr Schicksal doch ein höchst ungewisses. Wenn nicht noch ein Wunder geschieht, kann sie schon heute als gescheitert gelten.

Am Donnerstag beginnt die dritte Beratung des Etats.

Die Wahltaktik des Zentrums.

Die Zentrumsführer haben nach mehrmaligen Verhandlungen die Taktik festgelegt, nach der bei der nächsten Reichstagswahl verfahren werden soll, damit der schwarz blaue Block möglichst viele Mandate aus dem Wahlkampf herausholt. In diesen von der Zentrumspresse mitgeteilten „allgemeinen Richtlinien“ für die bevorstehende Reichstagswahl heißt es:

„Die Lage ergibt, daß die Zentrumspartei in allen Wahlkreisen in der Regel eigene Kandidaten aufstellen wird. Die Zentrumspartei wird sich einer veränderten Parteikonstellation gegenüber befinden, insofern sie mit dem jetzt schon weit vorgeschrittenen System des Blocks der Linken zu rechnen haben wird. Diese Veränderung verlangt auch eine Änderung der bisherigen Taktik der Zentrumspartei.“

Die Zentrumspartei wird in erster Linie den Kampf zu richten haben gegen die Sozialdemokratie und gegen alle, welche diese direkt oder indirekt begünstigen oder befördern. Aus diesem Grunde ist unter den obwaltenden Verhältnissen sorgsam darauf Bedacht zu nehmen, daß falsche Stichwahlen vermieden werden. Es muß vermieden werden, daß der Kandidat der Zentrumspartei in eine Stichwahl kommt, in welcher er nach Lage der Verhältnisse in dem betreffenden Wahlkreise nicht durchbringen kann, und bei welcher der Sieg der Linken dadurch herbeigeführt wird, daß eben ein Zentrumskandidat in die Stichwahl gelangt ist.

Unter solchen Verhältnissen wird der Zentrumsfrage wesentlich dadurch gedient, wenn unter Verzicht auf eine eigene Kandidatur rechtsstehende Parteien in die Stichwahl gebracht werden. Gegenüber nationalliberalen Kandidaten kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Es ist nicht mehr angebracht, ohne Unterscheidung der innerhalb der nationalliberalen Partei herrschenden Verschiedenheiten alle Kandidaten dieser Partei als unterstützungswürdige bürgerliche Kandidaten zu betrachten.

Linksliberale Kandidaten sind unter allen Umständen ebenso zu bekämpfen, wie sozialdemokratische. Bei Stichwahlen zwischen Linksliberalen und sozialdemokratischen Kandidaten hat die Zentrumspartei Wahlenthaltung zu üben. Nur in Ausnahmefällen kann die Theorie vom kleineren Übel dazu führen, den linksliberalen Kandidaten gegen den sozialdemokratischen zu unterstützen. Von den durch die Zentrumspartei zu unterstützenden Parteien ist unter allen Umständen Gegenleistung zu verlangen und diese nach Möglichkeit zur Geltung zu bringen.

Die einzelnen Wahlkomitees, in Kreisen, wo kritische Entscheidungen zu treffen sind, sollen sich mit der Provinzialleitung in Verbindung halten, damit eine möglichst einheitliche Haltung der Partei ermöglicht wird. Aus

Semselben Grunde sollen sich die Provinzialleitungen ebenfalls mit der Zentralleitung in enger Fühlung halten.“

Viel neues bieten diese „Richtlinien“ nicht. Schon aus den bisherigen Neuierungen der leitenden Zentrumsblätter und hervorragender Zentrumsführer ging hervor, daß der Hauptstoß des Zentrums bei den nächsten Reichstagswahlen gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein wird und überall dort, wo in Rheinland-Westfalen ein Sozialdemokrat mit einem Nationalliberalen in die Stichwahl gelangt, die Zentrumsleiter ihre Anhänger zur Unterstützung der einst von ihnen als Kirchenhändler bezeichneten kulturkämpferischen Nationalliberalen aufgerufen werden. Neu ist höchstens, daß das Zentrum selbst in solchen Wahlkreisen, wo es eine größere Anhängerzahl besitzt, auf die Aufstellung eigener Kandidaten zu verzichten gedenkt, falls durch solche Aufstellung das Mandat des Kreises einem Sozialdemokraten oder Linksliberalen zu fallen könnte. Der liberal-konservative Block soll um jeden Preis konserviert werden. Deshalb diese sonst in den Zentrumskreisen ganz unbekannt Selbstbefriedigung.

Der Appell an die nationale Ehre!

Eine günstige Wahlparole zu finden, die die „Vollksseele“ aufrüttelt und die breite Schicht der nicht politisch Gebildeten bei der nächsten allgemeinen Reichstagswahl in die Fängerarme der Reaktion treibt, ist das eifrigste Bemühen der konservativen Parteien. Aber trotz allen Suchens vermögen sie keine zugkräftige Wahlparole zu entdecken, die ihnen aus dem Sumpf heraushilft. So empfiehlt denn der fromme „Reichsbote“, es weiter mit dem „Appell an die nationale Ehre“ zu versuchen, d. h. Deutschland als bedroht von Kriegsgefahren hinzustellen und daraufhin die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller vaterländischen Elemente zur Rettung des gefährdeten Vaterlandes zu predigen.

„Aus all dem Wirrwarr“, schreibt der „Reichsbote“, „gibt es nur noch einen Ausweg, das ist der nachdrücklichste Appell an die nationale Ehre!“ Und damit niemand mißversteht, was gemeint gemeint ist, fügt das Blatt weiter hinzu:

„Für die deutsche Regierung kann es unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt gar keine andere Wahlparole geben, als den Appell an die nationale Ehre, denn das Reich ist nach innen und außen dadurch schwer bedroht, daß der nationale Ehrbegriff im deutschen Volke nur allzu lange geschlummert hat.“

Ein gemeines, frivoles Spiel! Um die Privilegien des Großgrundbesitzes zu retten, soll ein Zwist mit einem anderen Staat inszeniert und dann der furor teutonicus entfacht werden. Jwar kann das Scheingefecht leicht zu einem wirklichen Kampf mit einer fremden Macht führen, der Hunderttausende von deutschen Wirtschaftslebern hinwegrafft und das deutsche Wirtschaftsleben schwer schädigt, aber das macht den „Vaterländischen“ vom Schlage des „Reichsboten“ keine Sorgen. Höher als die Landesinteressen stehen ihnen ihre Profitinteressen.

Aus der Verfassungskommission für Elsaß-Lothringen.

Der Antrag v. Dittzen, die für die Erste Kammer vorgesehene Arbeitervertretung zu streichen, wurde gegen eine Stimme abgelehnt, und darauf die Regierungsvorlage mit einer von Wasser- mann beantragten Änderung, wodurch die Zahl der Arbeitervertreter auf drei festgesetzt wird, angenommen. Bei der Gesamt- abstimmung wurde der ganze § 6 gegen eine nationalliberale Stimme abgelehnt, so daß also über die Zusammensetzung der Ersten Kammer nichts beschlossen ist.

Die Einzelabstimmungen hatten dem Paragraphen eine Fassung gegeben, wonach der Ersten Kammer angehört hätten: die Bischöfe von Straßburg und Metz, der Präsident der ausburgischen Landeskirche, der Präsident der reformierten Kirche, der Präsident des Oberlandesgerichts und drei Vertreter des Arbeiterstandes, sobald eine gesetzliche Vertretung des Arbeiterstandes geschaffen ist. Getrichen wurden die in der Regierungsvorlage vorgesehene Vertretungen der Universität Straßburg, der israelitischen Konfession, je ein Vertreter der vier größten Städte, zwei Vertreter der Handelskammern, drei vom Landwirtschaftsrat und ein von der Handwerkskammer zu Straßburg gewählter Vertreter.

Die Ablehnung des § 6 bedeutet nicht schon die Ablehnung der Ersten Kammer überhaupt, sondern nur, wie der Staatssekretär Delbrück später unter Zustimmung der Mehrheit der Kommission hervorhob, daß die Kommission über die Zusammensetzung der Ersten Kammer sich noch nicht einig geworden ist.

Der § 7 lautet:

„Die zweite Kammer geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung nach Maßgabe eines Wahlgeseetzes hervor.“

Die von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite gestellten Anträge, einzufügen „gleich“, werden ebenso wie alle anderen Anträge, die sich auf die Gestaltung des Wahlgesezes beziehen, mit einer Ausnahme aus praktischen Gründen nach längerer Debatte bis zur Beratung des eigentlichen Wahlgesezes zurückgestellt. Ein Antrag Müller-Reinigen, der die Einführung der Verhältniswahl in der Verfassung festgesetzt wissen wollte, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Dafür stimmten Fortschrittler, Sozialdemokraten und Nationalliberale, mit Ausnahme des Prinzen von Schönau-Carolath, der sich der Abstimmung enthielt, und das polnische Mitglied.

In der Debatte sprachen sich die Vertreter der Reichspartei und des Zentrums gegen die Einführung der Verhältniswahl aus. Der Staatssekretär Delbrück erklärte, daß er beauftragt sei, an dem Pluralwahlrecht festzuhalten. Die Vorlage sei durch die am Dienstag gefassten Beschlüsse ohnehin nicht gefördert worden. Die Genossen Dr. Frank und Gammel wiesen nach, daß das nach Altersklassen abgestufte Pluralwahlrecht eine Entrechtung der Arbeiter bedeutet, und letzterer nagelte besonders fest, daß der Staatssekretär selber zugegeben habe, daß nach den von der Regierung nach dieser Richtung im gemachten Erhebungen das Pluralwahlrecht zugunsten der arbeitsfähigen und der ländlichen Bevölkerung und mitteln zum Schaden der Industriebevölkerung wirke. Nach § 9 sollen Einsprüche gegen die Wahl nicht von der Kammer, sondern vom „Kaiserlichen Rat“ entschieden werden. Von sozialdemokratischer Seite wird beantragt, daß die Kammer selbst über die Gültigkeit entscheide. Der Antrag wurde mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt, hingegen wurde ein Antrag Wasser- mann angenommen, nach welchem ein Senat des Oberlandesgerichts die Entscheidung zu treffen hat. Dem § 14, der bestimmt, daß die Mitglieder des Landtags „gehorsam der Verfassung und Treue dem Kaiser“ schwören müssen, beantragten unsere Genossen zu streichen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, der Fortschrittler und eines christlichen Mitgliedes abgelehnt. Die folgenden Paragraphen bis einschließlich § 22 wurden mit Ausnahme des § 14, über den die Abstimmung ausgefallen war, nach der Regierungsvorlage angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Unfug.

Ein Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“, ein Herr Barchan, der mit Vorliebe den Stoff für seine seitigen feuilletonistischen Betrachtungen dem russischen Leben entlehnt, hat jüngst in seinem Geschreibsel über die russische studierende Jugend einen so kraßen Beweis seiner Ignoranz und Anmaßung geliefert, daß einmal auch an dieser Stelle gegen diesen empörenden Unfug auf das Schärfste protestiert werden muß. In der Duma hatte dieser Tage der ecktrussische Abgeordnete Obrazzow, der in dem Verdacht steht, bei der Ermordung des früheren Duma-Abgeordneten Dr. Karawojew seine Hand mit in Spiele gehabt zu haben, eine Rede gehalten, die an Schusterrei und Gemeinheit selbst den berüchtigten Pariskabalewitsch in den Schatten stellte. Unschlich der Hochschul-Interpellationen versüßte sich dieser Bogromistenhäuptling so weit, der weiblichen studierenden Jugend die insame Beschuldigung ins Gesicht zu schleudern, sie habe sich in den Revolutionsjahren „zu Hunderten betrunkenen Matrosen angeboten“. Der darauf folgende Tumult in der Duma, stellte alles bisher dagewesene in den Schatten. Die Sitzung mußte abgebrochen, das Licht ausgelöscht werden, und nur die Einmischung der Dumapolizei, die sich schützend vor Obrazzow und seine Freunde stellte, rettete den ecktrussischen Luben vor der verdienten Züchtigung durch die empörte Linde. Am nachfolgenden Tage sah sich sogar der Duma-Präsident, der Oberbefehlshaber Gutschkow zu einer Erklärung veranlaßt, daß er die Empörung, die diese Rede hervorrief, vollkommen verstehlich und auch selbst darüber von Giel erfüllt sei. Also selbst die politischen Freunde der ecktrussischen Ezzendlichen würdigen nach Gebühr die Ausschreitung des Bogromistenhäuptlings. Nur Herr Barchan im „B. L.“ hat an dem tatsächlichen Kern der insamen ecktrussischen Anschuldigung nichts auszulassen. Nach einigen unfruchtlichen Bemerkungen über die „hysterisch kurzatmige, blutrünstig phantastische“ russische Revolution und die russische studierende Jugend, die jetzt angeblich ganz „berückt“ und „berdummt“ sei, sucht er die Unrichtigkeit des Protestes der Linken gegen die ecktrussische Infamie dadurch nachzuweisen, daß er „von einem ganz eigenen Platz und einer ganz eigenen Art“ der revolutionären Ereignisse in Rußland spricht. Die Anschuldigung selbst unterliegt für ihn keinem Zweifel. Es ist für ihn eine „geschichtliche Begebenheit“, daß „russische Mädchen sich an Matrosen weggegeben“ haben! Nach diesem Geständnis ist es natürlich vollkommen gleichgültig, was der Mann über die psychologischen Beweggründe dieser „Begebenheit“ säwägt, die er als eine Art „mildernde Umstände“ betrachtet. Diese „Verteidigung“ ist für die russische studierende Jugend noch beleidigender als die Anschuldigung des betrunkenen Ecktrussen. Die russische studierende Jugend, die jetzt, wie vor den Revolutionsjahren, ihren Heroismus, ihre Aufopferungsfähigkeit in ihrem Kampfe gegen die Reaktion bekundet, bedarf der Huldigungssphrasen eines Menschen nicht, dessen gelbe Phantasie es ihm unmöglich macht, die derversen Anschuldigungen eines Bogromisten als Niedertracht zu erkennen. Sie kann aber Anspruch darauf erheben, daß das „börnernhüste“ liberale Blatt Berlins darauf Acht gibt, durch die Schwäherereien ihres Feuilletonisten der russischen Schmutzpresse nicht noch neue Insinuationen gegen die studierenden Frauen zu liefern.

Herr Theodor Schiemann beruft sich in dem heutigen Leitartikel der „Kreuz-Zeitung“, in dem er auf die Verleumdung des Obrazzow zu sprechen kommt, auf ein im „Vorwärts“ vom 18. August 1906 veröffentlichtes Telegramm, das eine ähnlich lautende Nachricht eines russischen reaktionären Blattes wiedergibt. Der „B.“ hat aber am 31. August diese Nachricht ausdrücklich als völlig falsch gekennzeichnet und ihr die Erklärung russischer Genossen verschiedener Parteileitungen hinzugefügt, daß eine solche Handlungsweise den Ideen der revolutionären Parteien vollständig widerspricht und geradezu unmöglich ist.

Nach beliebtom Rezept.

Bei der großen Wahlrechtsdemonstration am 18. Februar v. J. die in Halle, Neumünster und mehreren anderen Städten zu blutigen Polizeibeleiden führte, wurde in Halle auch der Steinbruder Marfart durch einen Säbelhieb schwer am Kopfe verletzt. Er war ganz zufällig in die von der Polizei in Aufregung und Unordnung gebrachte demonstrierende Menschenmenge geraten und erhielt den Hieb von hinten her, als er sich nach seinem zur Erde gefallenen Güte blüde. Marfart strengte auf Grund des Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände bei Amtspflichtverletzungen von Beamten in Ausübung der öffentlichen Gewalt und des § 839 B. G. B. Schadenersatzklage gegen die Stadt Halle an. In erster Instanz erstreift er ein obliegendes Urteil, indem sein Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt wurde. Da sonach die Sache für die Stadt schlecht stand, beantragte der Magistrat bei der Regierung zu Merseburg die Erhebung des Konflikts, welchem Wunsch diese sofort nachkam. Sie erklärte, daß der schuldige Beamte, der übrigens gleich dem Handbahader in Breslau und den Wörthern des Arbeiters Hermann unermittelt geblieben ist, durch den Kläger in einen Irrtum versetzt worden sei, der auch bei pflichtgemäßem Verhalten nicht zu vermeiden gewesen sei. Vorsätzliches Handeln des Säbeldringers sei keineswegs anzunehmen. Danach hat in Breußen jeder Staatsbürger, der die Strafe bezahlt und infolge des „Irrtums“ eines Polizisten niedergeschlagen wird, durchaus seinen Anspruch auf Entschädigung. Als braver Unterthan hat er seine Wunden auszuheilen, Steuern zu zahlen und auch das Maul zu halten, wenn der beamtete Hohlhinh „unermittelt“ bleibt. Wegen der prinzipiellen Bedeutung des Falles soll gegen den Entscheid der Merseburger Regierung das Oberverwaltungsgericht angezogen werden.

Oesterreich.

Für Schiedsgerichte.

Wien, 21. März. Abgeordnetenhauss. Im Einlaufe befindet sich eine Interpellation des christlich-sozialen Abgeordneten Schöpfer, in der gefragt wird, was der Ministerpräsident zu tun gedenke, um die Annahme der Schiedsgerichtsverträge in geeigneter Weise zu fördern.

Frankreich.

Das Vertrauensvotum für Rouis.

Paris, 22. März. Die gestrige stürmische Kammerfession erbeile, nachdem der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit der von der Regierung geforderten Annahme des Unterstaatssekretariats mit 363 gegen 163 Stimmen. Bei der Verurteilung des Abstimmungsergebnisses rief ein Mitglied der äußersten Linken: Der Bloch ist wieder hergestellt! In der Tat umfaßt die Mehrheit, die für das Ministerium stimmt, alle Parteien des ehemaligen Blochs, nämlich die Sozialistisch-Modikalen, Modikalen, unabhängigen Sozialisten, die meisten Mitglieder der demokratischen Linken sowie zahlreiche geoeinliche Sozialisten.

Amerikanische Fanatiker.

Paris, 22. März. Die Bewohner des Dorfes Montaudon bei Montbelliard, die den Schulkinder zwingen wollten, die von den Bischöfen verurteilten Schulbücher aufzugeben, beschloffen, den Lehrer zu boykottieren und ihn keine Lehraufgaben zu stellen.

mittel mehr zu verkaufen. Der Lehrer verständigte die Behörde von seiner bedrohlichen Lage, worauf diese ihm unbegrenzten Urlaub bewilligte. Der Lehrer hat nunmehr den Ort verlassen. Die Schule wurde geschlossen.

Italien.

Ein Ministerium Giolitti in Sicht.

Rom, 22. März. Wie es heißt, haben alle vom König befragten Politiker ihm den Rat gegeben, Giolitti mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

Neue Schandurteile in der Romagna.

Rom, 16. März. (Fig. Ver.) Schon wieder hat das Gericht von Ravenna 90 sozialistische Frauen wegen Vergehens gegen die Freiheit der Arbeit zu schweren Strafen verurteilt. Für die Minderjährigen wurde auf 7 Monate, für die anderen auf 6 Monate Gefängnis erkannt. Nur für die minderjährigen Angeklagten ließ das Gericht etwas Milde walten, indem es nur auf 3 Monate Gefängnis erkannte und die bedingte Verurteilung in Anwendung brachte. Im ganzen sind in den letzten Wochen rund 150 Jahre Gefängnis über sozialistische Frauen der Romagna verhängt worden.

England.

Die Koweitfrage.

London, 22. März. Auf eine Frage Diltons, ob die Regierung dem Unterhause eine Erklärung abgeben wolle, worauf Großbritannien seine Ansprüche auf Schutzberechtigungen habe dort seit geraumer Zeit wichtige Handelsbeziehungen. In den letzten Jahren hätten verschiedentlich Besprechungen mit dem Scheik von Koweit stattgefunden, auch sei im Jahre 1909 ein formelles Abkommen abgeschlossen worden. In bezug auf den Scheik habe die Regierung stets den Standpunkt vertreten, daß der Status quo aufrecht erhalten werden müsse; auch jetzt seien Verhandlungen im Gange. Für den von Dilton gebrauchten Ausdruck „Schutzberechtigungen“ lehnte die Regierung die Verantwortlichkeit ab.

Norwegen.

Ein schlechtes Debit.

Kristiania, 22. März. In der heutigen Sitzung des Storting ersuchte der Sozialdemokrat Rissen bei der Beratung des Militärbudgets die Regierung, im nächsten Budget die Ausgaben für das Heer herabzusetzen; für dieses Jahr schlage er vor, Ersparnisse in Höhe von einer Million zu machen. Darauf hielt Fräulein Rogstad ihre erste Rede im Storting. Sie führte aus, daß sie eine Freundin des Friedens sei, für Schiedsgerichte eintrete und hoffe, daß ebenso wie das Jawitrecht dem Recht und Gesetz weichen mußte, auch die Kräfte und das Militärwesen einmal aus der Welt geschafft würden. Trotzdem werde sie nicht gegen das ordentliche Heeresbudget stimmen, das die Selbstverteidigung zur Grundlage habe. Sie vertraue der Regierung und der Verteidigungskommission, daß nicht mehr als notwendig vorgeschlagen sei, möchte jedoch betonen, daß sie besonders die Vorschläge unterstütze, die darauf ausgehen, die nördlichen Landesteile zu beschützen, wo die Verteidigung noch zu wünschen übrig lasse.

Rußland.

Ein Zwischenfall an der chinesischen Grenze.

Charbin, 22. März. Als eine Patrouille der Grenztruppe unter Führung eines Unteroffiziers in ein sechs Meilen von Charbin gelegenes chinesisches Dorf eintrat, wurde sie von chinesischen Soldaten beschossen. Als sich die Patrouille entfernte, sandten die Chinesen ihr zehn Schüsse nach. Verwundet wurde niemand.

Amerika.

Eine neue Erklärung der Vereinigten Staaten.

Washington, 22. März. Wie von zuständiger Seite erklärt wird, beabsichtigen die Vereinigten Staaten nicht, sich in die inneren Angelegenheiten Mexikos einzumischen, wenn nicht besondere Umstände es unumgänglich notwendig machen; die Entsendung der Truppen nach Texas sei erfolgt auf Grund von Nachrichten, daß Leben und Eigentum von Amerikanern bedroht sei. Präsident Taft glaube, daß die Mobilmachung einen beruhigenden Einfluss gehabt habe. Die Dauer des Aufenthaltes der Truppen in Texas hänge von der Weiterentwicklung der Dinge in Mexiko ab.

Aus der Partei.

Personalien. In die Redaktion des „Vorwärts“ wird an Stelle des Genossen Wlod der Genosse Ernst Däumig, zurzeit leitender Redakteur der „Tribüne“ zu Erfurt, früher in der Redaktion des „Vollblatt“ für Halle, eintreten.

Eifrige Justiz.

Wiel Aufmerksamkeit beweist die Danziger Justiz zurzeit dem Genossen Crispian, dem Parteisekretär für Westpreußen. Nicht weniger als vier Strafsachen schweben zurzeit gegen ihn. In einem Artikel der „Volksmacht“, des in Danzig erscheinenden Wochenblattes für Westpreußen, ist angeblich der Gemeindevorsteher von Oliva, eines nahe bei Danzig gelegenen Dorfes, beleidigt. Wegen eines anderen „Volksmacht“-Artikels stellte der Freiherr v. d. Wolz, Kommandeur des westpreussischen Armeekorps, Strafandrohung wegen Beleidigung.

Weiter erhob der Staatsanwalt Anklage, weil Genosse Crispian in einer öffentlichen Volksversammlung am 29. August v. J. gegen den § 110 des Reichsstrafgesetzbuches gefrevelt haben soll. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Tagesordnung: „Millionen für den König, Fuhrtritte für das Volk“. Bei der Erörterung dieses Stoffes soll unser Genosse die Soldaten zum Gehreue und zum Ungehorsam gegen die Vorgesetzten aufgehetzt haben. Die Anklageschrift weist in dieser Hinsicht ebenso lächerliche Konstruktionen auf, wie das Deutsche, in dem sie abgefaßt ist. Erwähnt werden mag, daß zu den Beweisen für die Crispiansche Freveltat auch die Reklamation des Herwegh'schen Gedichts: „Die Arbeiter an ihre Webstühle!“ zählt. Außerdem ist unser Genosse schon wieder zu einer verantwortlichen Vernehmung geladen.

Strafkonte der Presse.

Wegen Beleidigung eines Steinbrudermeisters wurde am 20. März der Genosse Neumann von der „Arbeiterzeitung“ zu Pfennig zu 500 Mark und in einem zweiten Prozeß, der sich um die angebliche Beleidigung zweier Säuhlerleute drehte, zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Sein Redaktionskollege Genosse Steinbüchel bekam im zweiten Prozeß 150 Mark Geldstrafe ab.

Jugendbewegung.

Und wieder eine Auflösung ins Blaue hinein. Nun hat auch die Polizeiverwaltung in Duisburg die dortige freie Arbeiterjugend „aufgelöst“. Einer der jungen Leute, die so frei waren, ohne politische Genehmigung sich außerhalb der christlich-nationalen Verbannung zu bewegen, erhielt nämlich nachstehendes polizeiliches Schriftstück:

Die Polizeiverwaltung. Der Oberbürgermeister.

Duisburg, den 18. März 1911.

Hierdurch wird Ihnen als dem Vorsitzenden und Leiter des Vereines „Freie Arbeiterjugend“, der auch „Jugendorganisation“ heißt, eröffnet, daß ich den Verein auf Grund des § 2 des Vereinsvereinsgesetzes für aufgelöst erkläre.

Nach den angefertigten Erhebungen ist die Jugendorganisation die Vereinigung einer Mehrheit von Personen behufs Erreichung eines gemeinsamen bestimmten Zweckes und steht unter einer eigenen hierzu organisierten einheitlichen Leitung — die Begriffsmerkmale des Vereins sind also gegeben. Dieser Verein bezweckt die Einwirkung auf politische Angelegenheiten. Seine Bestrebungen bedien sich mit denen der Sozialdemokratie, deren Ziele auch die seinigen sind. Der Verein zählt unter seinen Mitgliedern auch Personen unter 18 Jahren, was nach §§ 17, 18, 5 des Vereinsgesetzes verboten ist.

Er verfolgt daher Zwecke, die den Strafgesetzen zuwiderlaufen und er war daher aufzulösen.

Gemäß § 2 Absatz 2 des Vereinsgesetzes kann diese Verfassung im Wege des Verwaltungsstretverfahrens angefochten werden.

In Vertretung: Ratweg.

Da der angebliche Verein, der auch „Jugendorganisation“ heißen soll, weder einen Vorstand noch einen Vorsitzenden, weder Statuten noch Mitgliedslisten besitzt, weder ein Verein noch eine Organisation ist, so sind wir demutig neugierig darauf, was das für „Erhebungen“ gewesen sein mögen, auf Grund dessen die Polizeiverwaltung selbige hat, daß bei der Duisburger freien Arbeiterjugend die „Begriffsmerkmale“ des Vereins gegeben sind. Wie kann man nur etwas, was nicht vorhanden ist, auflösen.

Soziales.

Durchführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Zwei Inhaber von Konfektionsgeschäften in D.-Ruhrort bei schäftigen während der Sonntagsverkaufszeit auch ihre Zuschnitte durch Anwendung zum Anprobieren, Anprobieren, Abstecken und dergleichen. Die Geschäftsinhaber erhielten wegen Beschäftigung gewerblicher Arbeiter Strafmandate, wurden aber vom Schöffengericht freigesprochen, weil diese Tätigkeit der Zuschneider nicht als eine handwerksgewerbliche zu betreffen sei. Der Amtsanwalt legt, gestützt auf die Ministerialverordnungen vom 3. September 1909 und vom 19. Mai 1910 Berufung ein. Die Strafkammer in Duisburg als Berufungsinstanz erkannte dieser Tage auf kostenpflichtige Verurteilung der Berufung. Es machte sich den Standpunkt der Vorinstanz zu eigen und erklärte, daß die Tätigkeit der Zuschneider ein „Bestandteil des Konfektionsgeschäfts“ bilde. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung, § 105b, seien nur auf die Sonntagsarbeiten, die in der Werkstatt vorgenommen wurden, anwendbar. Das Urteil bedeutet eine erhebliche Durchbrechung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, sieht mit der Gewerbeordnung im Widerspruch und dürfte in der höchsten Instanz schwerlich Bestand haben.

Keine Dauerrenten.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß die Unfallverletzten eine sogenannte „Dauerrente“ erhalten würden. Deshalb begnügen sich zu ihrem Schaden auch manche Verletzte mit der gebotenen Rente und verzichten auf eine Berufung, da sie ja eine Dauerrente erhalten. Kaum ist aber einige Zeit ins Land gegangen, so werden sie zum Vertrauensarzt beordert, der oft eine „Angewöhnung“ konstatiert. Dann wird die Rente gekürzt. Ja es kommt sogar vor, daß die Berufsgenossenschaft sich im Vergleich am Schiedsgericht zur Gewährung einer Dauerrente versteht und trotzdem in einigen Jahren die Rente zu kürzen sucht. Verurteilt sich nun der Verletzte auf diesen Vergleich, so wird ihm gewöhnlich die Entschädigung des Reichsversicherungsamtes entgegengehalten, welche keine Dauerrente mehr kennt. So hatte ein Verletzter vor circa zehn Jahren am Schiedsgericht einen Vergleich abgeschlossen und erhielt im Bescheide dann auch schriftlich: „Diese Rente wird als eine dauernde bewilligt“ und trotzdem wurde ihm jetzt die Rente wieder gekürzt. Das Reichsversicherungsamt erklärte: „Die Vorschrift des § 88 des U. V. G. ist öffentliches Recht und kann daher durch private Vereinbarungen der Parteien nicht geändert werden. Danach ist ein Vergleich, durch welchen die Berufsgenossenschaft dem Verletzten eine lebenslängliche Rente in bestimmter Höhe zu gewähren sich verpflichtet, nichtig. Wird eine Rente als „Dauerrente“ bewilligt, so hindert dies eine anderweitige Festlegung der Entschädigung gemäß § 89 nicht.“ Solche Vergleiche sind also nicht bindend und daher zu beachten. Anders wird aber die Sache, wenn Verletzte sich auf die Entschädigungen des Reichsversicherungsamtes berufen wollen. So hat dieses vor Jahren schon entschieden, daß z. B. Rentenänderungen nur um 5 Proz. nicht mehr vorgenommen werden können. Ein Verletzter wird daher sein Glück mehr haben, wenn er den Antrag auf Erhöhung seiner Rente um 5 Proz. stellen würde. In besserer Lage sind die Berufsgenossenschaften, die auch heute noch Renten um 5 Proz. kürzen. Das Schiedsgericht entscheidet dann oft wie folgt: „Wenn auch nach den Bestimmungen des Reichsversicherungsamtes Rentenänderungen um 5 Proz. im allgemeinen nicht vorgenommen werden sollen, so rechtfertigt sich in vorliegenden Fällen die Herabsetzung der Rente von 15 Proz. auf 10 Proz. deshalb, weil es sich voraussichtlich um eine dauernde Rentensfestlegung handelt und bei geringfügigen Unfallsfolgen eine Änderung um 5 Proz. immerhin als wesentlich zu betrachten ist.“ Das Reichsversicherungsamt gibt in solchen Fällen fast immer dem Schiedsgericht recht und verweigert in solchen Fragen seinen eigenen Standpunkt. Ja man hat noch den Mut, von einer „dauernden Rentensfestlegung“ zu sprechen, die es doch gar nicht mehr gibt. So verschlechtert sich unsere Unfallrechtssprechung von Jahr zu Jahr.

Ein Menschenalter Trunksuchtsstatistik.

Einen wesentlichen und wichtigen Beitrag für die Trunksuchtsstatistik hat das Preussische Statistische Landesamt geliefert durch eine Nachweisung der mit Trunksucht belasteten Personen in den allgemeinen Heilanstalten Preußens von 1877 bis 1907. Die Tabelle ergibt eine beträchtliche und mit einzelnen Ausnahmen stetige Vermehrung der in Heilanstalten verpflegten Trinker. Waren es 1877 3052 (2854 männliche und 198 weibliche), so 1887 schon 10 419 (9775 männliche, 636 weibliche), 1897 12 256 (11 657 männliche, 699 weibliche) und 1907 17 802 (16 843 männliche, 959 weibliche). Aus dieser starken Zunahme trunksüchtiger Patienten (nach 30 Jahren fast die sechsfache Zahl) eine entsprechend große Vermehrung der Trinker überhaupt, also ein dermaßen ungeheures Umsichgreifen der Trunksucht abzuleiten, würde nicht den Tatsachen entsprechen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die ärztliche Wissenschaft von heute in vielen Fällen den alkoholischen Charakter einer Krankheit sowohl erkennen als bezeugen wird, wo sie es vor 80 Jahren noch nicht konnte oder wollte. Ferner wird, entsprechend den Fortschritten der Heilkunde, gerade auf dem neuropathischen Gebiete die Heilanstaltsbehandlung heute sehr oft eintreten, wo man früher den Trinker in seiner alten Umgebung und ohne ärztliche Pflege ließ. In dieser Beziehung ist besonders lehrreich die relativ stürmische Steigerung in den achtziger Jahren: 1882: 8544, 1883: 6004, 1884: 7668, 1885: 8819, 1886: 10 085. Das waren gerade die Jahre, wo in Deutschland die neue Rührerheilbewegung kräftig einsetzte. Hand in Hand mit dieser Bewegung ging die vermehrte Aufmerksamkeit, die man von ärztlicher Seite dem Alkoholismus, seinen Ursachen und Wirkungen zuwandte.

Als diese Erwägungen in Rechnung gezogen, sehen wir aber immer noch vor der Tatsache, daß in den 30 Jahren die Trunksucht zum mindesten nicht zurückgegangen ist, sondern sich eher weiter verbreitet hat. Darum dürfen die Anstrengungen zum Zweck ihrer Bekämpfung — sowohl in den Heilanstalten als außerhalb derselben — nicht erlahmen, vielmehr auf das äußerste angespannt werden.

Gewerkchaftliches.

Die Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Durch die Verhandlungen der zentralen Schlichtungskommission, die die ganze letzte Woche andauerten, ist die Bewegung im großen und ganzen jetzt zum Abschluß gebracht. Zwar steht die Zustimmung einer Anzahl Ortsparteien zu den Verhandlungsergebnissen noch aus, doch dürften sich erhebliche Schwierigkeiten kaum noch ergeben. Nur in den Orten Osnaabrück, Liegnitz und Finsterwalde haben weitere Verhandlungen nicht mehr stattgefunden und gelten diese drei Orte als nicht erledigt. In Osnaabrück hat die größte Firma einen Vertrag mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossen, aber mit dem Arbeitgeberverband kam es zu keinem Vertragsabschluss, weshalb in einer Anzahl Werksstätten die Arbeit eingestellt und in anderen die Kündigung eingereicht wurde.

Die letzten Resultate der zentralen Verhandlungen sind folgende: In Herford wird die Arbeitszeit am 1. Oktober 1913 von 55 auf 54 Stunden pro Woche herabgesetzt. Für Tischler tritt ein Durchschnittslohn von 47 Pf. pro Stunde sofort in Kraft, der sich während der Dauer des Vertrages auf 51 Pf. erhöht. Für Maschinenarbeiter, Feder, Holzarbeiter sind die Löhne ebenfalls mit entsprechenden Erhöhungen für die Vertragsdauer festgesetzt. Die bestehenden Akkordpreise, bei denen der Durchschnittsverdienst erzielt wird, werden soweit verbessert, daß auch da der Verdienst erreicht wird. Als Durchschnittslohnarbeiter gilt, wer den in Akkord erzielten Durchschnittsverdienst erreicht. Der Durchschnittsverdienst für jeden Betrieb wird halbjährlich ermittelt und werden diejenigen Akkordarbeiter, die diesen Durchschnittsverdienst erreichen, fernerhin als solche anerkannt. Für Heimarbeiter gelten dieselben Akkordpreise wie für Werksstättenarbeiter.

Der Vertrag für Detmold deckt sich im großen und ganzen mit dem für Herford.

Für Posen konnte eine Verständigung zwischen den Vertretern der Ortsparteien nicht erzielt werden. Es wurde deshalb die Verhandlungen am Orte selbst fortzusetzen. Da auch diese resultatlos blieben, wurde vereinbart, vor dem Gewerbegericht weiter zu verhandeln, wo es denn auch zu einer Verständigung kam. Die Stundenlöhne erhöhen sich sofort um 2 Pf. und steigen während der Vertragsdauer um insgesamt 7 Pf. Der Mindestlohn wird sofort von 37 auf 40 Pf. erhöht und steigt im Laufe der Vertragsperiode auf 45 Pf. Die Akkordpreise erhöhen sich sofort um 6 Proz., ab 1. April 1912 um weitere 6 Proz. Die Arbeitszeit wird während der Dauer des Vertrages von 56 auf 54 Stunden wöchentlich verfürzt.

Für Helmstedt wird die Arbeitszeit auf 54 Stunden bis zum 1. Oktober 1914 festgesetzt. Von dort an tritt die 65stündige Arbeitszeit in Kraft.

Für Reilheim war trotz vieler Verhandlungen eine Verständigung zwischen den Vertretern der Ortsparteien nicht zu erzielen. Die zentrale Schlichtungskommission hat darum einen Vergleichsvorschlag ausgearbeitet, nach dem der Durchschnittslohn sofort 48 Pf., vom 1. Oktober 1914 auf 52 Pf. pro Stunde betragen soll. Die bestehenden Löhne sollen sofort um 2 Pf. erhöht werden, während der Dauer des Vertrages um weitere 4 Pf. Die Akkordpreise sollen für die einzelnen Arbeiten um 4 bis 11 Proz. erhöht werden.

Das Gesamtergebnis der Tarifbewegung stellt sich wie folgt: Es wurden erreicht für Aachen: 7 Pf. Lohnerhöhung und drei Stunden Arbeitszeitverkürzung; für Bremen: 6 Pf. Lohnerhöhung und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung (auf 52 Stunden pro Woche); für Breslau: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 52 Stunden pro Woche; für Chemnitz: 7 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 54 Stunden pro Woche; für Detmold: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 54 Stunden pro Woche; für Eisenach: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 55 Stunden; für Elberfeld: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 53 Stunden pro Woche; für Elbing: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 55 Stunden pro Woche; für Forst: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden; für Helmstedt: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 53 Stunden; für Herford: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 54 Stunden; für Jena: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 55 Stunden; für Keilheim (wenn der Vorschlag der Kommission anerkannt wird): 6 Pf. Lohnerhöhung und durch Schiedspruch Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 55 Stunden; für Kirchheim: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden; für Neumünster: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden; für Posen: 7 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden; für Stralsund: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 56 Stunden; für Stuttgart: 7 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 52 Stunden und für Swinemünde: 6 Pf. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 59 auf 57 Stunden.

In Hamburg, wo die Unternehmer bekanntlich im vorigen Jahre aus dem Arbeitgeberverband ausgestiegen sind, scheint es zu größeren Kämpfen kommen zu sollen, und zwar, weil der örtliche Arbeitgeberverband den Holzarbeiterverband und der Innung gemeinsam errichteten paritätischen Arbeitsnachweis nicht anerkennen will. Ueber die Lohnfrage ist man sich ziemlich einig. Die Arbeitgeber haben jedoch sämtliche Zugeständnisse zurückgezogen und die Verhandlungen abgebrochen, worauf dann am Montag in zehn Betrieben 300 Arbeiter die Arbeit einstellen.

Berlin und Umgegend.

Die Vertragstreue der Schraubenfabrikanten.

Nach der vorjährigen Lohnbewegung der Schraubenarbeiter kam im November eine Vereinbarung mit den Fabrikanten zustande, welche unter anderem Lohnerhöhungen für die Arbeiter festsetzte. Anfang dieses Jahres wurden in den Kreisen der Arbeiter Klagen laut, daß verschiedene Firmen den Vereinbarungen nicht nachkommen und die Lohnzulagen nicht gewähren. Eine Firma hat sogar Lohnabzüge gemacht. In einer Verhandlung der Arbeitervertreter mit der Fabrikantenkommission, die im Januar stattfand, sind alle diese Beschwerden vorgetragen und begründet worden. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Versicherung der Fabrikanten, die Beschwerden durch ihren Verein untersuchen zu lassen. Am 2. März hat der Metallarbeiterverband vom Verein der Schraubenfabrikanten ein Schreiben erhalten des Inhalts, es sei festgestellt, daß die dem Verein angehörenden Firmen den Vereinbarungen nachgekommen seien. Wenn die Arbeiter einzelner Firmen glauben benachteiligt zu sein, dann sollten sie sich mit den Firmeninhabern in Verbindung setzen, um tatsächlich erwiesene Mängel auszuräumen.

Zu diesem Bescheid des Fabrikantenvereins Stellung zu nehmen war die Aufgabe einer am Montag abgehaltenen sehr stark besuchten Versammlung der Schraubenarbeiter. G a n d l e trug den vorstehenden Sachverhalt vor, und führte das Tatsachenmaterial aus einer Reihe von Betrieben an, deren Inhaber die Vereinbarungen nicht halten. Mit dem Fabrikantenverein nochmal zu verhandeln, dazu liege nach dem Schreiben keine Veranlassung mehr vor. Entweder wolle der Verein in dieser Sache nichts tun, oder er habe nicht Einfluß genug auf seine Mitglieder, um sie zur Erfüllung ihrer Vertragspflichten anzuhalten. Es sei nun Sache der Kollegen, Schritte zu tun, um die Vereinbarungen zur Durchführung zu bringen.

Was der Referent über die Verhältnisse in bestimmten Betrieben angeführt hatte, wurde in der Diskussion durch eine große Reihe von Tatsachen bestätigt. Viele Fälle von vertragswidrig niedrigen Löhnen wurden angeführt. Es gibt Firmen, wo erwachsene Arbeiter nur 14—15 M. und Arbeiterinnen nur 6—8 M. wöchentlich verdienen. Wo die Arbeiter deswegen vorzeitig wurden, wies sie der Fabrikant meist mit der Bemerkung ab, wenn es nicht passe, der könne gehen. — Die Versammlung beschloß einstimmig: Mit Rücksicht darauf, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, nach den Vereinbarungen zu handeln, erwarten die Versammelten von den Kollegen Verantw. Redakteur: Albert Wolff, Berlin. Inseratenteil vergantio.

und Kolleginnen, welche die vereinbarte Lohnerhöhung nicht erhalten, daß sie nun auch alle Maßnahmen treffen, um die Fabrikanten zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten.

Die Lohnbewegung der Tapezierer.

Daß die Unternehmer mit ihrer Ausperrungspolitik Schiffbruch gelitten haben, ist von uns bereits berichtet worden. Die Angaben, die die Unternehmer schon am Sonntag in der „Volkszeitung“ machten, daß 750 bis 800 Gehilfen ausgesperrt worden seien, sind durchaus unzutreffend und entbehren jeder Grundlage. Nach den Feststellungen des Verbandes der Tapezierer, für deren Richtigkeit die Ortsverwaltung eintritt, sind bis zum Dienstagabend 96 organisierte und 7 unorganisierte Gehilfen in 23 Betrieben ausgesperrt worden. Die sieben unorganisierten warf man in der ersten Hitze mit hinaus und hinein in die Organisation. Unter den 23 Betrieben sind eine ganze Reihe, die mit einem oder zwei Gehilfen kaum mitzählen. Das Resultat dieser Ausperrung, die sich auf wenige Betriebe beschränkt, ist geradezu fäglich und von den leitenden Stellen der Unternehmer selbst ganz anders erwartet worden, denn am 17. März, dem Tage, an dem die Ausperrung der 1200 Mann perfekt sein sollte, verhandten sie bereits ein gedrucktes Rundschreiben, in dem es gleich zu Anfang heißt:

„Die durch die unterzeichneten Organisationen verhängte Ausperrung ist, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, auf der ganzen Linie erfolgreich durchgeführt.“

Man wollte Stimmung machen, man wollte zu weiterer Ausperrung ermuntern und schredte nicht vor einer ganz falschen Darstellung, die zugleich sehr voreilig war, zurück. Die gewünschte Wirkung wurde nicht erzielt, denn von den Firmen, die die Forderungen der Gehilfen bereits anerkannt hatten, ließ sich durch diese Taktik keine einfangen, keine zog ihre Bewilligung zurück.

Wie günstig die Sache der Gehilfen steht, zeigte sich in einer stark besuchten Versammlung, die am Dienstagabend in den Sophienböden stattfand. Gegenwärtig arbeiten zu den neuen Bedingungen 420 Gehilfen in 55 Werksstätten. 350 Streikende, darunter 25 Rührerinnen, die sich auf 37 Werksstätten verteilen, stehen gegenwärtig im Kampf. Diese Zahlen sind in gewissermaßen Weise festgesetzt und unanfechtbar.

In dem bereits erwähnten Rundschreiben der Unternehmer heißt es unter anderem noch:

„Es ist unbedingt erforderlich, daß die Kollegen mit allen Kräften und Mitteln sich auch gegenseitig unterstützen, eventuell Arbeitskräfte für die notwendigen Arbeiten zur Verfügung stellen. Zu diesem Zweck haben die Bezirksvereine und der Verein der Klebermeister für Berlin und Umgegend Redibestellen eingerichtet, welche den ganzen Tag Meldungen entgegennehmen. Adressenverzeichnis siehe umstehend. Dort werden Meldungen angenommen:“

1. von Kollegen, welche Arbeitskräfte brauchen, wieviel Mann und auf wie lange Zeit;
2. von Kollegen, welche gewillt sind, mit ihren Arbeitskräften einzutreten, wieviel Mann und auf wie lange Zeit.“

(Folgen 10 Adressen, an der Spitze S. Feder.)
In den Probingschälern werden Streikbroder gesucht und Stundenlöhne von 1 M. und 1,25 M. offeriert. Einige Firmen beherbergen die kostbaren Arbeitswilligen oder lassen sie mit dem Auto abholen. Bei Stephan u. Helbig, Andreasstraße 43, sind sogar Arbeitswillige mit Revolvern ausgerüstet. Ueber den Restaurateur Joh. R a l i e, Andreasstraße 42, wurde geklagt, daß er großen Eifer entwickelt, um die Arbeitswilligen mit Speise und Trank zu versorgen. Die Streikenden führen mit Ruhe und Energie ihren Kampf und sind in bester Stimmung. Von der Ortsverwaltung wurde den ledigen Kollegen empfohlen, von Berlin abzureisen, wodurch der Kampf noch erleichtert würde. In Dresden bietet sich gegenwärtig viele gute Arbeitsgelegenheit. Die Versammlung der Z i e n i c h diese Empfehlung vorlegte, erklärte sich damit einverstanden, ebenso stimmte die Versammlung einem Antrag zu, der dahin ging, daß die von der Hauptverwaltung ausgeschriebenen Exzentrage aus der Lokalfolge gedeckt werden, soweit es sich hier um Streikende, Ausgesperrte oder Arbeitslose handelt.

Ein neuer Reinfall der Gelben.

Bei der Delegiertenwahl zur Innungskrankenkasse der Fleischerinnung siegte die Liste des Zentralverbandes mit 242 gegen 202 Stimmen. Die Gelben konnten trotz aller Agitation der Meister nicht mehr erzielen. Eine Anzahl Innungsmeister brachten „ihre“ Gefellen im Automobil angefahren und beobachteten sie bis zur Abgabe des Wahlzettels; auch verschiedene Innungsmeisterfrauen rückten mit dem ganzen weiblichen Personal heran. Jedoch alles war vergebens. Der Andrang zur Wahl war so stark, daß kurz nach 9 1/2 Uhr das Wahllokal polizeilich abgesperrt wurde und eine große Anzahl der Erschienenen ihr Wahlrecht nicht ausüben konnte.

Lohnbewegung der Landschaftsgärtner.

Eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Gehilfen und Arbeiter in der Landschaftsgärtnerei strebt der „Allgemeine deutsche Gärtnerei-Verein“ an, wozu eine stark besuchte öffentliche Versammlung die Einleitung bildete. K w a s n i c s schilderte die Verhältnisse in diesem Gewerbe, die unbedingt verbesserungsbedürftig seien. Der Durchschnittslohn betrage jetzt 53 Pf. die Stunde. Mit der Arbeitsgelegenheit siehe es auch sehr ungenügend. Arbeitslosigkeit und häufiges Aussehen wegen schlechter Witterung bilden mit die Ursache, daß viele Kollegen den Beruf an den Nagel hängen und anderweitig Beschäftigung suchen. Es wäre wohl möglich, bessere Lohnbedingungen in diesem Berufe zu erzielen, zumal die Firmen den Gartenbesitzern zum Teil doppelt soviel an Stundenlohn anrechnen, als sie ihren Arbeitskräften zahlen. Redner unterbreitete der Versammlung einen provisorischen Tarifentwurf, der jedoch als nicht weitgehend genug bei den Anwesenden auf lebhafte Widerspruch stieß. Beschlossen wurde, daß man vorläufig partiell vorgehen und den einzelnen Firmen die Forderungen unterbreiten wolle. Gleichzeitig erteilte die Versammlung der Leitung den Auftrag, mit dem Verband der gewerbetreibenden Landschaftsgärtner zwecks Unterhandlungen in Verbindung zu treten.

Die Kutscher und Arbeiter der Expeditionsfirma R. Weichardt Nachfolger in Spandau legten am 21. d. M. die Arbeit nieder, da die Firma, deren Mitinhaber der „Liberal“ stellvertretende Stadtverordnetenvorsetzer Herr Prager ist, es nicht für nötig gehalten hat, auf die eingereichten Forderungen überhaupt nur zu antworten. Die Forderungen selbst sind äußerst minimale: 1 M. Lohnerhöhung pro Woche sowie Bezahlung der Ueberstunden und Anerkennung der Organisation. Die Firma ist die größte am Orte und hat bisher in der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft das möglichste geleistet. 6—7 Ueberstunden pro Tag mußten die Kutscher leisten ohne jegliche Bezahlung. Eine falsche Schandur war der Köder für diese Rekrutierung.

Wurde der eine oder andere Arbeiter krank, dann bekam er am besten Tage seine Invalidenrate ins Haus geschickt, ohne Rücksicht darauf, ob er Familienvater war und schon jahrelang bei der Firma tätig war.

Die Firma will nach wie vor auf ihrem schamhaften und überlebten Standpunkt beharren und nicht mit der Organisationsleitung verhandeln. Die Kollegen haben einmütig die Absicht, in diesem Kampfe auszuharren, bis die Firma die Organisation anerkennt.

Wir erlauben die Arbeiter allerorts, den Zug nach Spandau fernzuhalten und werden alle arbeiterfreundlichen Blätter um Ausdruck gebeten. Deutscher Transportarbeiterverband.

Verband der Tapezierer.

Gesperrt sind folgende Werksstätten: Kasse, Frankfurter Straße 88; Birnbaum, Fliederstr. 4; Stephan u. Helbig, Andreasstraße 43; Dreier, Deneidstr. 29; Dittmar, Rolkensmarkt 4; Petri, Adalbertstr. 52; Stille, Charlottenburg; Weg u. Rom, Leipziger Straße; Müller, Lebuser Straße 15; Groß, Lindenstr. 92; Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt.

Ingart, Straßburger Straße 54; Schwann, Adalbertstr. 8; Perschke, früher Nothe, Mehrerstr. 4; Lehmann, Wilhelmstr. 42; Pastrupp, Gaußestr. 36; Krause, Hedemannstr. 15; Römer und Böttcher, Saarbrücker Straße 30; Parthie, Lindenstraße; Fleißcher, Pannierstraße 29; Ehrlich, Schönhauser Straße 22; Jakob und Braunsfisch, Alexanderstr. 27a; Borzig u. Pohl, Fruchtstr. 36; Trunk und Co., Kronenstr. 10; Hill, Kupfergraben 4; Emmier, Roßbäcker Straße 70; Blettberg, Teltower Straße 22. Obige Werksstätten stehen im Streik.

Ausgesperrt haben: Göppert, Schöneberg, Hauptstr. 96; Vermer, Wilmersdorf; Israel, Spandauer Straße; Henke, Markusstraße 52; J. G. Pfaff, Wappschauer; Keller u. Reiner, Potsdamer Straße 118; Rifenstahl, Prager Platz; Schirmann, Potsdamer Straße; A. J. Wall, Potsdamer Straße 26; S. Person; A. Theuer, Rosauer Straße 16; Rimble u. Friederichsen, Bülowstr. 43; Riedel, Wilhelmstr. 137; Heinrich, Greifswalder Straße 218; Nebelschäumer, Hobrechtstr. 30; Schöll, Kurtfährdamm 240; Theiler, Reitelbedstraße 5; Witt, Köpenickerweg 10; Wannowitz, Bodumer Straße 18; Warts, Vorfigstr. 21.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung im Kölner Zimmergewerbe.

Der für das Kölner Zimmergewerbe im Jahre 1907 abgeschlossene Lohn- und Arbeitsarbitrage ist bereits am 31. Dezember 1910 abgelaufen. Mehrfach haben Verhandlungen zwecks Neuverhandlung des Vertrages stattgefunden. In einer dieser Sitzungen einigten sich die beiderseitigen Vertreter auf bestimmte Vorschläge, welche auch von den Organisationen der Zimmerer akzeptiert wurden, jedoch stimmte die Innungsversammlung diese von ihren eigenen Kommissionsmitgliedern gemachten Einigungsvorschläge nieder. Alle späteren Versuche, die Lohnbewegung auf dem Wege der Verhandlungen zu beenden, scheiterten an dem Starrsinn der Innungsmeister. Auch bei den Verhandlungen am Montag, den 20. März, konnte trotz größten Entgegenkommens der Organisationsvertreter keine Einigung erzielt werden, so daß den Zimmerern nichts anderes übrig blieb, als durch Arbeitsniederlegung ihrer Forderung Nachdruck zu verschaffen. Gefordert wird Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, Erhöhung des Lohnes für das Jahr 1911 auf 70 Pf. und für die Jahre 1912 und 1913 auf 75 Pf. Tarifdauer bis zum 31. März 1914.

Das schlechte Gewissen der Bauproben.

Am 18., 19. und 20. März tagte im Kulturvereinssaale zu Nürnberg die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe. Die Verhandlungen, die am 20. März stattfanden, sollten nach Zeitungsannoncen nicht, wie an den vorhergehenden Tagen, geheim, sondern öffentlich sein. Als jedoch die Pressevertreter anrückten, wurden sie zurückgewiesen. Selbst der Vertreter des Nürnberger Schorfmacherblatts, des „Frankischen Kurier“, der bei der letzten Ausperrung mit großer Verbau die Unternehmerinteressen vertrat, bekam die Türe vor der Nase zugeschlagen mit der Begründung, man habe bei der letzten Generalversammlung in Leipzig auch mit den bürgerlichen Pressevertretern schlechte Erfahrungen gemacht. Die Herren Schorfmacher im Baugewerbe müssen wirklich ein sehr schlechtes Gewissen haben.

Husland.

Der Triester Seemanns- und Hafenarbeiterstreik ist entstanden aus dem Versuch der Unternehmer, den fast durchweg freigestellten Matrosen ihren Arbeitsnachweis statt des von der Regierung gegründeten paritätischen, aus dem die Unternehmer ausgeschieden waren, aufzuzwingen. Der Streik brach aus, als der Präsident der Triester Unternehmerorganisation zum Ministerpräsidenten nach Wien abreiste, um die Staatsgewalt gegen die Arbeiter zu mobilisieren.

Letzte Nachrichten.

Um die elsaß-lothringische Verfassung

Straßburg, 22. März. (B. L. Z.) Im Landesauschuß wurde heute bei Beratung des Etats der Ausgaben für die Eisenbahnen und der Landesverwaltung eine Verfassungsdebatte vom Jaune gebrochen. Der Abg. Weiserle bezog sich auf eine Mitteilung der „Frankf. Zig.“, wonach Staatssekretär Delbrück geäußert habe, aus dem Lande sei niemals der Wunsch nach Autonomie geäußert worden. Dagegen müsse man protestieren, nachdem der Landesauschuß in zwei Anträgen volle Autonomie verlangt habe. Abg. Blumenthal warf der elsaß-lothringischen Regierung vor, daß sie die Reichstagsabgeordneten und die Vertreter der Reichsregierung nicht entsprechend über die Verhältnisse aufklärt habe. Sie mühten auch über die Stimmung im Lande besser unterrichtet werden. Abg. Reih meinte, daß Staatssekretär Delbrück sehr schlecht informiert sei, die elsaß-lothringische Regierung habe ihre Pflicht nicht erfüllt, wenn sie solchen Behauptungen nicht entgegengetreten sei. Die Bestimmungen über die Stellung des Kaisers und des Statthalters und über die Ernennung von einem Drittel der Mitglieder der Ersten Kammer durch den Kaiser ständen in vollem Widerspruch mit dem Wunsche des Landes. Eine Verfassung, wie sie dem Lande gegeben werden solle, und die durch die Landesgesetzgebung nicht abänderlich sei, sei eine Verfassung auf Widerruf. Eine solche Verfassung verfolge einen Hochmut gegenüber der Bevölkerung, den sich diese schon seit 40 Jahren gefallen lasse, aber nicht länger mehr ertragen könnte. Dadurch würde die Bevölkerung als eine Bevölkerung zweiter Klasse behandelt. Durch das Verhalten der liberalen Partei im Reichstage, die von der liberalen Landespartei instruiert sei, wäre man verkauft. Was er, Reih, vor einem Jahre gesagt habe, wiederhole er heute, Elsaß-Lothringen bekomme keine Autonomie, das Reich aber auch keine Assimilation und Europa keinen Frieden. Das Leib Elsaß-Lothringen werde von ganz Europa, nur nicht vom Deutschen Reich verstanden. Der Abgeordnete Wolf erklärte, der Augenblick sei nicht der richtige, durch solche Aeufserungen den Parteien und der Reichsregierung die Lust an der Fortführung der schwierigen Verfassung zu nehmen. Aus den Worten des Abgeordneten Reih gehe deutlich hervor, daß er die Vorlage zu Fall bringen wolle. Unterstaatssekretär Dr. Petri empfahl den Abgeordneten, ehe sie solche schweren Vorwürfe erhoben, doch erst authentische Nachrichten über die Worte des Staatssekretärs Delbrück abzuwarten und sie nicht eher zur Kritik zu stellen. Für die Regierung erübrigte sich damit, auf die Sache einzugehen.

Demission in Bulgarien.

Sofia, 22. März. (B. L. Z.) Der Ministerpräsident Ralschoff hat dem Könige die Demission des Kabinetts überreicht.

Kohlengasvergiftung auf einem Schleppdampfer.

Danzig, 22. März. (B. L. Z.) Der einer hiesigen Reederei gehörige Schleppdampfer „Erna“ ging am Sonntag mit Schleppzug nach Neuenburg an der Weichsel. Da sich heute morgen niemand an Bord des Dampfers zeigte, drangen Schiffer gewaltig ein und fanden die aus drei Mann bestehende Besatzung bewußlos vor. Alle drei starben in kurzer Zeit infolge Kohlengasvergiftung.

Volkszählung in Oesterreich.

Wien, 22. März. (B. L. Z.) Nach dem vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung betrug die Bevölkerung in Oesterreich am 31. Dezember 1910 25 667 898 Personen, das ist 2 117 190 oder 9,2 Proz. mehr als im Jahre 1900. Die größte Zunahme im letzten Jahrzehnt zeigten Triest, Friaun und Niederösterreich.

Kaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

154. Sitzung. Mittwoch, den 22. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstag: Dr. Delbrück.

Die Wittven- und Waisenversicherung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betr. § 15 des Vorkriegsgesetzes (Versicherung der Hinterbliebenenversicherung bis zum 1. Januar 1912).

Abg. Dove (Sp.): Ich lege Verwahrung ein gegen die gestrigen Vorwürfe des Staatssekretärs, die Freisinnigen wirken darauf hin, daß die Session ergebnislos verlaufe; seine Freunde beteiligten sich energisch an allen Arbeiten.

Die Kalipropagandagelder.

Dann wird die Diskussion über die noch ausstehenden Titel aus dem Etat des Reichsamts des Innern über die Verwendung der Kaliblagabgabe fortgesetzt.

Abg. Dr. Sawinkel (nall.) schildert die Wirkung des Kaligefetzes auf die Kaliindustrie, sie sei durch das Gesetz nicht geschädigt worden, sondern hat einen großartigen Aufschwung genommen.

Abg. Dr. Höfke (l.): Es ist ganz falsch, die Propagandagelder als Provisionen zu bezeichnen. Die Absicht des Gesetzgebers war, die Propagandagelder an Gesellschaften zu geben, die nicht auf Verdienen ausgehen, also nicht an Handelsgesellschaften.

Kleines feuilleton.

Junkerliche Bauernverkäufer. Die deutschen Soldatenverkäufe ins Ausland waren im 18. Jahrhundert ein allgemein übliches Mittel der deutschen Fürsten, den Kronchat zu füllen.

Was den Hohenzollern recht, war natürlich den preussischen Junkern billig. Diese brachten zwar den unter dem ersten preussischen König unternommenen Versuch, eine Landmiliz einzurichten, zum Scheitern, weil sie den Anspruch des Königs auf die militärische Dienstleistung ihrer erbuntertänigen Bauern als eine Schädigung ihrer Interessen (heute würde man sagen: als den Ruin der nationalen Arbeit) empfanden.

den vorausgegangenen Beratungen. — Im Grunde kann man heute noch gar kein Urteil über die Wirkungen des Kaligefetzes fällen. Unzweifelhaft stellt das Kaligefetz einen Eingriff in wohlerworbene Rechte dar.

(Zustimmung links.) Durch das Gesetz ist den einzelnen Betreibern lediglich eine Quote am Abschlag garantiert. Wenn das Gesetz dem Bundesrat die Verteilung von Propagandageldern übertragen hat, so hat es ihm eine Aufgabe übertragen, die eine Behörde überhaupt nicht leisten kann.

(Sehr richtig! links.) Die Propagandagelder sollen nach dem Beschluß der Kommission für wissenschaftliche Untersuchungen dienen, um den Kaliblag zu heben.

Abg. Dr. Höfke (l.): Das gehört nicht hierher. Abg. Gossheim (fortfahrend): Dann werde ich beim Etat des Reichsfinanzamtes diese Frage stellen.

Vizepräsident Schulz: Das gehört nicht hierher. Abg. Gossheim (fortfahrend): Dann werde ich beim Etat des Reichsfinanzamtes diese Frage stellen.

Abg. Gossheim (Sp.): Ich muß zunächst eine Neuverhandlung von neulich berichtigen. Ich habe mich überzeugt, daß die Schaarmanöver beim Zentralverband der Industriellen nicht bei dem Bankett stattgefunden haben, an dem der Staatssekretär teilnahm, sondern bei

Es handelt sich nicht um Reichsgelder, sondern um Propagandagelder, deren Zuehändler das Reich ist. Die Herren an der Spitze des Kaliblagabsatzes stehen dem Handabund sicher näher als dem Bund der Landwirte, wenn sie also dem Bund der Landwirte Geld geben, so tun sie es nicht aus politischen Gründen, sondern eben um den Kaliblag zu fördern.

Abg. Koranyi (Pol): Nicht der Abgeordnete Heim hat sich an uns gewandt, damit wir ihm unser Kommissionsmandat abtreten. Ich hatte mich vielmehr an den Kollegen Heim gewandt, um von ihm, der als trefflicher Sachkenner und als standhafter Vertreter kleinbäuerlicher Interessen bekannt ist, Informationen zu erhalten.

Abg. Hilpert (fraktionslos, bayr. Bauernbund, [fast unverständlich]) spricht sich ebenfalls für die Anträge Heim aus.

Abg. Dr. Heim (l.): Die gestrigen Ausführungen meines Kollegen Sped. gestatten mir vieles nicht zu sagen.

wurden. Hoffentlich werden sie einsehen, daß ihre Interessen nicht mit denen der Leute identisch sind, die sozial Geschrei drücken machen. — Bei der Inlandpropaganda muß unterschieden werden zwischen wissenschaftlicher und kaufmännischer Propaganda.

„Tenoritis“. Ueber diese Sache schreibt Dr. A. Vatka im „Kunstwart“: Die Wiener Hofoper hat, so liest man, Caruso 15 000 Kronen für den Abend bewilligt.

Theater.

Charlottenburger Schiller-Theater: „Der Traum ein Leben.“ Von Grillparzer. Das Stück, das mit seinen abenteuerlich bunten Situationen, seinen etwas einseitigen, oft recht gewaltig gemalten Trophäenwerken beim Leben keinen sonderlichen Eindruck macht, gewinnt, von einer tüchtigen Aufführung getragen, noch heute im Theater Rahmen Licht und Farbe.

nicht eine Kette gelblichlicher Visionen am Schlafenden vorüber: Spiegelungen seiner rühmlichen Begier, der jedes Mittel, wenn es nur aufwärts führen könnte zu Glanz und Macht, auch recht ersehen. Er sieht, wie ein schimpflicher Betrug ihn zu dem Gänseking des mächtigen Herrschers von Samarkand macht, wie er, um der Entdeckung zu entgehen, seine Hand zum ersten Male mit Blut bestreift.

Notizen.

Reinhardts Nachfolger. Wie die „B. Z. a. M.“ erfährt, beabsichtigt Ferdinand Bonn einige der Schafepärschen Königsdramen im Hirsck Busch aufzuführen.

Im Verein Berliner Künstler ist die Vorstandsstelle begeben worden. Eine neue Hauptversammlung hat den alten Vorstand, der seine Kante niedergelegt hatte, wiedergewählt und seine Abmachung wegen der Düsselbörse Ausstellung gutgeheißen.

Herr Hue hat gestern von einem Artikel Kenntnis gegeben, der mir von Liebowitz Seite gewidmet ist. (Weiterer.) Als ich ihm das Wort 'Lüge' zurief, bezog ich das nicht auf ihn, sondern auf die betreffende Stelle des Artikels. Wollte ich den Artikel so besprechen, wie ich es in meinem Innern empfinde, so wäre das eine schauerliche Abrechnung werden. Ich verzichte darauf, weil ich hier unter dem Schutze der Immunität stehe. Wenn aber der Mann seine Kappe ablegt, und nicht mehr aus dem Quack heraussteigt, nicht unter der Marke 'von zuständiger Seite' schreibt, so werde ich ihm ohne Sentiments Antwort geben. In dem Artikel ist mir vorgeworfen, ich hätte meine Pflicht als Abgeordneter nicht erfüllt. Der Artikelfreiber muß ganz genau wissen, daß ich in den Jahren, die er angeführt hat, in vielen Fällen beim besten Willen nicht hier sein konnte, daß ich im ganzen Jahre 1907 ein schwerkranker Mann war, der nicht gehen konnte, ohne geküßt zu werden. Ich nehme an, daß der Artikelfreiber kein Jude ist, sondern ein sehr christlicher Mann. (Beifall sehr laut links.) Er nimmt keine Notiz davon, daß ich im Jahre 1908 fast noch in dem gleichen Zustande war, daß ich ferner vom Herbst 1909 an in der bayerischen Kammer nicht als gewöhnlicher Abgeordneter, sondern als Referent über die Steuergesetze festgehalten war; diese Arbeit hat mich auch außerhalb der Tagung in der Steuerversammlung beschäftigt. Dann verreise ich zur Erholung, weil hier der Kolonialrat verhandelt wurde (Weiterer), und kam hierher, als die schwere Entstehung der Reichsfinanzreform bevorstand. Es ist doch ein wesentlicher Unterschied, ob jemand in der glücklichen Lage ist, daß, wenn er fort ist, ein Supplementar seine Anstellung einnimmt oder ob jemand im bürgerlichen Leben steht. (Lebhafte Zustimmung links.) Von diesen Gesichtspunkten hat die 'zuständige Seite' keine Notiz genommen, von der anzunehmen ist, daß sie mir nahe steht. Die Sache wurde aber noch - jüngster; ja, wie soll ich sagen, (Jurist!) Sie sagen kloßig. Das sagt zumiel. (Abg. Gröber, J.; Saffig.) Jawohl, jüngst ist etwa fastig! (Weiterer.) Also, es heißt da, der Dr. Heim kommt immer nach Berlin, wenn er etwas hat, was ihm persönlich berührt, und auch hier ist er persönlich interessiert, als Vorsitzender seiner Bauerngenossenschaft. Ich stelle fest, daß diese Genossenschaft statutengemäß keinen Gewinn verteilt, sondern den Gewinn zu gemeinnützigen Unternehmungen verwendet. Wenn ich einmal mehr Geld habe, so trage ich mich mit dem fähigen Gedanken - vielleicht gewinne ich einen reichen Wohlthäter, das wäre das einzig Gute der Ausführungen der zuständigen Seite - eine Wanderbühne einzurichten. (Weiterer und Jurist: Ralladgabel.) Weiter wurde in dem Artikel gesagt, der Dr. Heim ist auch als Aufsichtsrat an einem Malwerk beteiligt. Es ist richtig, daß ich für einen alten Besitzstand als Aufsichtsrat tätig bin. Bevor ich dieses Amt annahm, erklärte ich der betreffenden Stelle, kategorisch, daß ich mich dadurch unter keiner Bedingung in meiner Stellung als Abgeordneter beeinflussen lassen würde, und Herr Hue hat ja auch gestern konstatiert, daß meine Haltung dieselbe war wie im vorigen Jahre als ich diesen Besitzstand noch nicht vertrat. Ich danke dafür, daß

wenigstens ein Gegner

mit diese Gerechtigkeit hat zuteil werden lassen. Bevor ich das Amt übernahm, habe ich mich an einige Kollegen gewandt, denen ich ein Urteil in der Beziehung wohl zutrauen kann, an Herrn Müller-Rulda und an Herrn Erzberger. (Hört! hört! links.) Herr Erzberger hat nichts daran gefunden und auch darin nichts, daß ich in die Budgetkommission zu kommen suchte, er hat sich sogar darum bemüht, und auch Herr Müller-Rulda wird mir bestätigen, daß er es gern gesehen hätte.

Dann kommt der schwarze Punkt in dem Artikel, es heißt: 'Wir nehmen an, daß Dr. Heim an den Erträgen seiner Zentralgenossenschaft mit Lantime beteiligt ist'. Wenn der Herr nicht gewußt hätte, daß es nicht so ist, so hätte er nicht 'angenommen', aber weil er gewußt hat, daß es nicht so ist, hat er eben nur 'angenommen'. (Jurist: Christliches Liebeswerk!) Die journalistische Pflicht hätte geboten, daß man eine derartige verdächtige Annahme nicht herausgibt, bevor man sich von ihrer Wahrheit überzeugt.

Ich konstatiere, daß ich niemals in meiner Genossenschaft Lantime bezogen habe, noch beziehen werde, und der Artikelfreiber mußte das mit so mehr wissen, als es dreimal vor Gericht festgesetzt ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In meinem Geschäft gibt es kein Geheimnis, jeder ernsthaft Sachverständige kann alles bei mir einsehen, was er will. Diese Annahme ist ungefähre das

persönliche, gemischte und niedrigste,

was man in der Polemik tun kann. Nur zwei Zentrumsblätter haben diese Verdächtigung weiter verbreitet, die 'Rheinische Volkszeitung' und die 'Schlesische Volkszeitung'. Was ich bis jetzt gesagt habe, habe ich auch drucken lassen und noch mehr. Ist der betreffende ein Mann und nicht bloß jemand, der den Posten trägt, so wird er den Dr. Heim verfluchen, und ist er kein Mann, so ist es schade um die Tinte, die ich ihm noch widmen werde. (Beifall.)

Abg. Leber (Soz.) (zur Geschäftsordnung) konstatiert, daß ihm durch Schluß der Debatte das Wort abgehandelt sei.

Es folgen die Abstimmungen. Teils einstimmig oder fast einstimmig, teils gegen einen Teil der Rechten werden die Kommissionsbeschüsse sowie die Resolutionen über die Staffelung der Rabbate und der Teil der Resolution Heim über die baldige Bestimmung der Höhe der Abgabe angenommen. Die anderen Teile seiner Resolution sieht Abg. Heim zurück. Über den Ausschluß der politischen Organisationen wird namentlich abgestimmt werden, ebenso auf Antrag Hue (Soz.) über den sozialdemokratischen Antrag auf Verwendung der Kassenabgabe zu sozialpolitischen Zwecken.

Darauf verlegt sich das Haus. Der Präsident teilt sodann mit, daß der deutsch-nationale Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses und der zurzeit in Berlin tagende deutsche Schiffsahrtstag Gläubwünsche zum 40. Geburtstag des Reichstages gefandt haben und daß er diese Gläubwünsche beantwortet habe.

Der Präsident fährt sodann fort: Man hat mit nicht mit Unrecht vorgeworfen, daß ich nicht gestern auf eine kollektive Feststellung beschränkt habe. Ich habe das getan, weil auch der 30. Jahrestag vor 10 Jahren im Reichstag keine Erwähnung gefunden hat. Ich möchte nun aber doch noch folgende Bemerkung machen: Die geschäftliche Arbeit, die der deutsche Reichstag seit seinem Bestehen vollbracht hat, ist eine große, und die Entfaltung, die das Deutsche Reich auf Grund dieser Beschäftigung erfahren hat, eine gewaltige, wie ich in meiner Kaiser-Geburtstagsrede näher dargelegt habe. Nicht minder groß sind die geschäftlichen Aufgaben, deren baldige Lösung das deutsche Vaterland vom Reichstag erhofft. Möge es der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitstreu vergönnt sein, die Hoffnungen unseres Vaterlandes zu erfüllen und die Arbeiten des Reichstages auch sehr nicht minder fruchtbringend zu gestalten, als in den hinter und liegenden 40 Jahren. (Lebhafte Beifall.) Mit diesen Hoffnungen schliesse ich die Sitzung.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr nachmittags.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom Mittwoch, den 22. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Dallwitz, v. Schorlemer-Nieser. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Polizeiverwaltung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Münster. Der Berichterstatter Abg. Dr. Log (N.) ist nicht erschienen und hat sich telegraphisch entschuldigt. Der Gegenstand wird deshalb von der Tagesordnung abgesetzt. Ohne Debatte werden in erster und zweiter Lesung angenommen der Gesetzentwurf über die Verlegung der Landesgrenze

gegen das Königreich Bayern an der preussischen Gemeinde Schberg sowie der Eisenbahn über Verlegung der Landesgrenze an der Eisenbahn von Münster am Stein nach Scheidt. In dritter Lesung werden angenommen die Gesetzentwürfe betreffend Erweiterung der Stadtkreise Erfurt und Breslau.

Abg. Bierck (N.) begründet hierauf einen Antrag seiner Freunde auf Verbestimmung der Fremdwörter in der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses.

Abg. v. Disfurtz (L.) empfiehlt einen weitergehenden Antrag seiner Fraktion, wonach die vielfach mangelhafte Ausdrucksweise der Geschäftsordnung durch einfache, klare, von Fremdwörtern freie Fassung der Vorschriften ersetzt werden soll.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag v. Disfurtz angenommen. Der Antrag Bierck ist damit erledigt.

Abg. Eder-Winjen (natl.) begründet einen Antrag, die Regierung zu ersuchen, die Schaffung eines norddeutschen Naturschulapparats durch den Verein 'Naturschulapparat' in der Alsbunger Heide durch Gewährung einer laufenden Beihilfe, sowie durch die Angliederung fiskalischer Forsten zu ermöglichen.

Minister v. Schorlemer-Nieser: Es wälten erhebliche Bedenken dagegen, es ohne weiteres auf den Boden der Antragsteller zu treten. Es ist zunächst zweifelhaft, ob das in Frage kommende Gebiet sich besonders für einen solchen Naturschulapparat eignet. Der Verein steht auch auf wenig sicherer finanzieller Grundlage. Es ist auch zu berücksichtigen, daß bei einem Schutze des dort vorhandenen Waldes wir bald Klagen über Wildschaden hören werden. An sich steht die Regierung der Sache sympathisch gegenüber, man sollte damit aber mindestens noch ein Jahr warten.

Für den Antrag sprechen die Abgg. v. Wolff-Metternich (Z.), Dr. Schepp (Op.) und Geyerot (L.).

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir haben so oft Gelegenheit, mit der Mehrheit des Hauses in Widerspruch zu stehen, daß es uns wirklich wohl tut, in dieser Gelegenheit mit der Mehrheit einmal übereinzustimmen. Es liegt nicht an uns, daß es so selten vorkommt. (Weiterer.) Wie bedauern, daß in der Begeisterung des ganzen Hauses der Minister etwas Vermut geträumt hat. Wenn der Minister gegen die finanzielle Sicherheit des Vereins Bedenken hat, dann sollte doch der Staat selbst die Sache in die Hand nehmen. Das wäre uns noch lieber. Auch die Bedenken bezüglich des Wildschadens können wir nicht teilen. Es gibt doch Mittel, die kleinen Landwirte vor Wildschaden zu schützen. Wir wünschen das am meisten. Vor allem wünschen wir, daß Mittel und Wege gefunden werden, um dem Verkauf dieses Terrains einen Riegel vorzuschieben. In einem Jahre könnte es doch sehr leicht schon zu spät sein. Es sollte Vorbeuge getroffen werden, um diese Aufgabe zu lösen, der wir, wie allen Kulturaufgaben, sympathisch gegenüber stehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird der Agrarkommission überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feuerbestattung.

Minister v. Dallwitz: Schon seit Jahren beschäftigt die Frage der Feuerbestattung dieses Haus. Der Abg. Langenhans hatte immer wieder die Auffassung vertreten, daß jedem Einzelnen das Recht zustehen müsse, darüber verfügen zu können, ob nach seinem Tode für seine Leiche die Feuer- oder Erdbestattung erfolgen soll. Von anderer Seite wurden gegen diese Auffassung erhebliche Bedenken geltend gemacht, die teils aus religiösem Gebiet, teils aus juristisch-kriminalistischem Gebiet liegen. Die Bedenken vom kirchlich-religiösen Standpunkt gipfeln darin, daß die Erdbestattung eine uralte, durch Jahrhunderte fest eingetragene kirchliche Sitte sei, deren Verdrängung dem Empfinden der Mehrheit des Volkes entspreche. Aus diesen Gründen lehnt die katholische Kirche die Feuerbestattung ab, während die Vertreter der evangelischen Landeskirche in ihrer Mehrheit sich auf dem Genauer Kongreß dahin ausgesprochen haben, daß zwar die Erdbestattung die einzige kirchlich anerkannte, dem christlichen Empfinden entsprechende ist, daß aber Glaubenssage und Dogmen der Feuerbestattung nicht entgegenstehen, so daß sie in beschränktem Umfang als zulässig angesehen werden müsse. Auf diesen Standpunkt hat sich auch in der Hauptsache vor zwei Jahren die Evangelische Generalsynode gestellt, während die Vertreter der rechtgläubigen jüdischen Kreise in ihrer Mehrheit der Feuerbestattung durchaus ablehnend gegenüberstehen. Ich will die Berechtigung der Bedenken vom Standpunkt der uralten Sitte voll anerkennen; man kann daraus meines Erachtens aber nur den Schluß ziehen, daß das Empfinden widersteht der Staatsregierung die Verpflichtung auferlegt, dafür Sorge zu tragen, daß unter allen Umständen die Feuerbestattung ausgeschlossen werden dürfte in den Fällen, in denen sie den religiösen Anschauungen und dem Willen des Verstorbenen widerspricht. Ich kann aber nicht anerkennen, daß diese kirchlich-religiösen Bedenken auch gegen die fakultative Feuerbestattung sprechen. Von juristisch-kriminalistischer Seite gehen die Bedenken gegen die Feuerbestattung hauptsächlich dahin, daß durch diese Bestattung die Spuren gewisser Verbrechen leichter beseitigt werden können, besonders wenn der Verbrecher in nahen Beziehungen zu dem Opfer gestanden habe. Diese an sich wohl begründete Beschränkung scheint einmal beseitigt zu werden durch die in der Vorlage für die Feuerbestattung vorgesehene obligatorische Leichenfeier, ferner durch die Bestimmung, daß der Verstorbene die Feuerbestattung bei Lebzeiten selbst angeordnet haben muß und durch weitere Kautelen. Für die Zulassung der Feuerbestattung in dem vorgesehenen beschränkten Umfang sprechen viele praktische Gründe. Es läßt sich jetzt schon die Verdrängung von Leichen aus Preußen nach den Nachbarstaaten zur Feuerbestattung nicht verhindern, während die vorgesehenen Kautelen im kriminalistischen Sinne dabei helfen.

Abg. Graf Westendleben (L.): Die Regierung stand bisher ebenso wie die Mehrheiten des Hauses der Feuerbestattung ablehnend gegenüber. Kamens des größten Teiles meiner Freunde spreche ich unter Bedauern über den Beschluß in der Haltung der Regierung aus. Man greift hier mit grauer Hand in das Empfinden der Volkseele ein. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Das Verlangen nach der Feuerbestattung ist gar nicht aus dem Volke herausgekommen, sondern es ist die Folge der Propaganda der Vereine für Feuerbestattung und der Freidenker. Der falsche Ausdruck 'Feuerbestattung' ist nur gewählt, weil man nicht den unangenehmen aber richtigen Ausdruck 'Leichenverbrennung' gebrauchen will. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Schmitt-Düsseldorf (Z.): Wir lehnen den Gesetzentwurf ab und bedauern seine Eindringung, weil wir in der Leichenverbrennung einen Verstoß gegen das Christentum sehen. Die christliche Kirche kann die Leichenverbrennung nicht billigen. (Abg. Hoffmann: Sie haben die Lebendigen verbrannt! - Weiterer.) Tod und Verwesung betrachtet die katholische Kirche als göttliche Strafen und die Leichenverbrennung würde einen Eingriff in diese Lehre bedeuten. Auch die kriminalistischen Bedenken gegen die Feuerbestattung scheinen mir nicht widerlegt. Wir sehen in der Vorlage die Legitimierung des Kampfes gegen das Christentum und lehnen sie deshalb ab. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Lieber (natl.): In der französischen Kammer ist seinerzeit ein Gesetzentwurf für die Feuerbestattung eingetreten, mit dem katholischen Glauben kam sie also nicht übereinbar sein. Meine Freunde akzeptieren die Vorlage mit der Begründung der Regierung.

Abg. Dr. Schöro (N.): Aus christlichem Empfinden heraus fällt es einem Teil meiner Freunde sehr schwer, der Vorlage zuzustimmen, wir werden ihr aber zustimmen, um den Wünschen weiter Kreise Rechnung zu tragen, wenn auch mit schwerem Herzen.

Abg. Dr. Pachtasse (Op.) bestreitet, daß religiöse oder konfessionelle Gründe ernstlich gegen die Feuerbestattung sprechen könnten. Es handelt sich hier höchstens um Fragen der Sitte. Der Redner tritt namens seiner Freunde warm für die Vorlage ein.

Abg. Dr. Mygorski (Pole) lehnt die Vorlage ab, von dem christlichen Standpunkte aus, auf dem die polnische Bevölkerung steht.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Das Gesetz ist so geworden, wie wir es in Preußen zu erwarten hatten. Es ist mit so vielen Kautelen behaftet, daß es einem Freund der Feuerbestattung schwer wird, sein Bedauern darüber auszusprechen, wenn diese Vorlage nicht Gesetz würde. Wir haben in Deutschland 18 Staaten, wo die Feuerbestattung besteht. Da würde es vielleicht, um eine Einheit zu schaffen, besser sein, wenn ein Reichsgesetz die Frage regelt, um endlich einmal mit den unglaublichen Zuständen aufzuräumen, die im Bestattungswesen in Deutschland bestehen. Ich glaube, daß ein Reichsgesetz unbedingt besser ausfallen würde wie die Vorlage, die uns hier die Regierung gebracht hat. Die konservative Partei und ihre Presse hat ja besonders ihr schmerzliches Bedauern darüber ausgesprochen, daß diese Vorlage überhaupt gekommen ist. Ich meine, es hat lange genug gedauert. Schon im Jahre 1866 kam an das Abgeordnetenhause die erste Petition um Zulassung der Feuerbestattung und seitdem sind diese Wüsten Jahr für Jahr wieder an das Haus herangekommen. Ich will mich nicht auf den Standpunkt derjenigen stellen, die die Feuerbestattung nun in den Himmel erheben und glauben, daß aus der Asche ein Phönix emporsteigt. Ich will auch nicht wie feinerzeit der feindsinnige Pastor Schall die Krematorien mit Pöbeln und die Erdbestattung mit Nieselselbrennen vergleichen. Wir stehen der ganzen Frage sehr objektiv gegenüber. In den Kreisen meiner Freunde gibt es Freidenker, die für die Erdbestattung sind, und Christen, die die Feuerbestattung bevorzugen. Ich persönlich bin allerdings für die Feuerbestattung, wenn ich auch keinem der hier bestämpften Feuerbestattungsvereine angehöre. Wenn Abg. Dr. Schmitt bestritt, daß bei der Ausgrabung von Leichen so viele gesundheitsgefährliche Ausdünstungen vorkämen, so kann ich das aus meiner persönlichen Erfahrung als Friedhofsinsektor der Freireligiösen Gemeinde bestritten, denn ich habe zwei solcher Ausgrabungen beigegeben, bei denen der Geruch so entsetzlich war, daß wir auch zu den höchsten Preisen kaum Arbeiter dazu bekommen konnten. Nachdem selbst Spanien die Feuerbestattung zugelassen hat, sollten doch auch die katholischen Preußen ihren Widerstand dagegen aufgeben. Sie schädigen sich selbst damit, wenn ihre Geistlichen an solchen Verbrennungen nicht teilnehmen. Das Volk wird sich dann daran gewöhnen, daß es auch ohne die Beteiligung der Geistlichen geht. Daß die Friedhöfe in der Nähe menschlicher Wohnungen gesundheitsgefährlich werden können, hat eine Autorität wie Rudolf Virchow anerkannt. Es ist festgestellt, daß Choleraerime noch nach 21 und 28 Tagen bei ausgegrabenen Leichen lebensfähig waren, Mißbranddampfen sogar noch nach 337 Tagen. Die Leichenverbrennung braucht auch keineswegs ein Privileg der Verstorbenen zu bleiben. Es ist nachgewiesen, daß die Verbrennungskosten nur 6 bis 8 Mk. betragen brauchen. Auch in den Kreisen des Zentrums sind Freunde der Feuerbestattung vorhanden, die Zentrumsfraktion im Prager Stadtparlament hat sich mit ihr einverstanden erklärt. Einige Paragraphen der Vorlage sind so reaktionär, wie es nur in Preußen möglich ist. So bestimmt der § 6, daß die Aschereste der verbrannten Leichen entweder in der Urnenhalle oder an einem anderen behördlich gestatteten Bestattungsraum beigefügt werden. Das steht im Widerspruch zu den Besetzen der übrigen deutschen Bundesstaaten und würde sich sehr einfach umgehen lassen, wenn man die Leichenverbrennung in einem anderen Staat ausüben läßt. Man sollte es doch den einzelnen überlassen, ob sie die Urnen in ihrem Heim oder anderswo aufbewahren wollen. Müß denn die Bevormundung des Staates den Bürgern gegenüber bis über den Tod hinausgehen? Müß denn überall dekretiert und reglementiert werden? Dann heißtes im § 7: die Verbrennung wird nur gestattet, wenn der Verstorbene sie bei Lebzeiten selbst angeordnet hat. Auch hier sollte man sagen, daß sie zulässig ist, wenn nicht der Vorstorbene ausdrücklich vorher das Gegenteil bestimmt hat. Der Abg. Dr. Schöro hielt das Alter von 18 Jahren für zu niedrig zur selbständigen Verfügung über die Bestattungsart. Die Gegner der Feuerbestattung führen das aber in erster Linie das christliche Empfinden als Argument dagegen an und Kinder von 14 Jahren gelten doch schon als vollwertige Christen nach der Konfirmation, selbst gegen den Willen der Eltern. Den Eltern muß das Recht gegeben werden, jedenfalls für die Kinder unter 14 Jahren die Bestattungsart zu bestimmen. Im allgemeinen sollte das Alter für die Selbstbestimmung der Bestattungsart eher herab als hinauf gesetzt werden. Von den deutschen Bundesstaaten hat nur Bayern, wo das Zentrum ja die erste Geige spielt, sich mit dieser Frage noch nicht befaßt, außerdem noch Mecklenburg. Preußen steht aber noch mit Mecklenburg in einer Reihe, Mecklenburg wies sich ja nicht überlistig und so sieht es auch bei uns aus. Unsere Zustimmung oder Ablehnung machen wir davon abhängig, wie das Gesetz aus der Kommission herauskommt. Wir werden uns dann entscheiden, ob wir nicht es besser ablehnen und dadurch das Reichsgesetz, das ja doch kommen muß, herbeiführen. So dreht sich ja nicht mehr um die Frage, ob die Feuerbestattung in Preußen gestattet ist. Daß sie in Preußen nicht verboten ist, ist ja vom höchsten preussischen Gericht anerkannt worden. Wollen sie also ein solches Gesetz nicht machen, so hoffen wir auf das Reichsgesetz. Das wird hoffentlich anders ausfallen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Koblenz (Z.) betont noch einmal den ablehnenden Standpunkt seiner politischen Freunde und weist besonders darauf hin, daß die Entdeckung von Kriminalverbrechen durch die Feuerbestattung behindert werden können. Die Vorlage scheint nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen eingebracht zu sein, da sie in der Thronrede nicht vermerkt ist.

Minister des Innern von Dallwitz: Die kriminalistischen Bedenken des Vorredners sind nach Ansicht der Regierung durch die in der Vorlage enthaltenen Kautelen beseitigt. In der Kommission wird auch ein Kommissar des Justizministers diesen Standpunkt vertreten. Vielleicht kann man die Kautelen nach dieser Richtung auch noch etwas verschärfen.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Dritte Lesung des Etats.) Schluß 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages. Die Kolonie Logo ist die einzige der deutschen Kolonien, die keines Reichszuschusses bedarf. Die Beratung des Etats für Logo wurde ohne wesentliche Debatte erledigt. Zum Etat für Südwestafrika ist ein zweiter Nachtragsetat für 1910 eingegangen. An fortdauernden Ausgaben werden darin 2,2 Millionen, an einmaligen Ausgaben 1,2 Millionen gefordert. An Einnahmen verzeichnet der Nachtragsetat aus Zollen, Abgaben, Gebühren und Einnahmen aus der Bergverwaltung 2,7 Millionen, aus der Verpachtung von Verkehrsanlagen im Süden 803.000 Mk. Der Etat tritt in die Beratung ab es eine einstündige Geschäftsordnungsdebatte über folgenden Antrag Erzberger, Dr. Arendt, Dr. Arning, Dr. Goller, Götter, Latmann und Freiferr v. Nisch-Hofen-Damodar: Die Kommission solle beschließen, eine sieben-gliedrige Subkommission einzusetzen, die alle auf die Gewinnung und den Verkauf der Diamanten bezüglichen Maßnahmen und die gesamten bergrechtlichen Verhältnisse in Südwesafrika zu prüfen und der Budgetkommission Bericht zu erstatten hat. Von der Einbringung des Antrages waren die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder und der Referent Abg. Semler nicht verständigt worden. Die lebhaften Proteste mehrerer Kommissionsmitglieder bewirkten, daß schließlich der Antrag zurückgezogen wurde. Der Nachtragsetat wurde ein bloc angenommen. Bei der Beratung des Etats für Südwestafrika gab der Staatssekretär auf Verlangen eine Darstellung der Vorgänge in Wilhelmstal, wobei eine Anzahl der beim Bau der Bahn Karibik-

Winkler beschäftigtigen Regier vom Militärverband und erschaffen worden sind. Die Firma Koppel hat in Südwestafrika Kaffern zum Lohnbau anwerben lassen, die laut Vertrag 50 bis 60 Schilling Monatslohn erhielten. Sie sollten aber die Transportkosten selbst tragen, die ihnen vordringlich gegeben und dann vom Lohn abgezogen wurden. Diese Lohnabzüge und der Umstand, daß ihnen der Schilling gleich einer Mark angerechnet wurde, führte zum Streit mit Angehörigen der Firma Koppel. 100 Kaffern legten die Arbeit nieder und versuchten nach Okavango zu marschieren, um sich zu beschweren, sie wurden aber angehalten und zur Umkehr veranlaßt, lehnten aber nach erfolgter Rückkehr die Aufnahme der Arbeit ab. Von einem Aufseher wurde ein Offizier gerufen, der erfolglos mit den Kaffern verhandelte. Schließlich erschien der Kompagniechef Hauptmann Wilschke mit Militär, ließ die Eingeborenen umzingeln und forderte die Auslieferung von drei sogenannten „Mädelsführern“. Die Kaffern lehnten das ab und versuchten durchzubrechen, worauf der Hauptmann schießen ließ. Sieben Regier wurden getötet, viele verwundet. Dann trat, wie der Staatssekretär gemüßwillig betonte, bei den Regiern „Beruhigung“ ein. Eine Untersuchung endete mit dem Ergebnis, Hauptmann Wilschke habe richtig gehandelt. Ob die Angehörigen der Firma Koppel vorichtig genug gehandelt hätten, könne dahingestellt bleiben. Wasser und Brotant seien den Auswärtigen niemals entzogen worden. — Abg. v. Richthofen bezweifelt, ob es richtig gewesen sei, Militär herbeizurufen; daß Wassergewalt angewandt wurde, nachdem das Militär zur Stelle und angeblich bedroht war, hält v. Richthofen für selbstverständlich. Abg. Ledebour wandte sich lebhaft gegen das Vorgehen des Militärs und das der Firma. Es sei in hohen Maße ungehörig, Arbeitskontrakte mit solchen Bestimmungen zu belasten, wie die Rückerstattung der Transportkosten. Wie sei die Militärbehörde zu ihrem Vorgehen gekommen? Es handle sich doch um freie Arbeiter, deren Arbeitsverweigerung das Militär nichts kümmern. Gegen den Hauptmann, der das Gemetzel unter den Kaffern veranstaltet habe, müsse disziplinarisch eingeschritten werden. Naturgemäß habe die Umzingelung die Kaffern gereizt und provoziert; außerdem sei die Nachricht noch nicht einwandfrei widerlegt worden, daß den Auswärtigen das Wasser entzogen worden sei. Die Weiterberatung erfolgt am Donnerstag.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung am Mittwoch, den 22. März.

Heute wurde mit der dritten Lesung der Krankenversicherung

begonnen. Dabei kamen die Sozialdemokraten, nachdem mehrere reaktionelle Verbesserungen angenommen waren, auf die Satzstange zurück.

Das Krankengeld soll erst vom vierten Tage nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit gewährt werden. Das entspricht dem geltenden Recht. Jedoch ist es jetzt zulässig, daß die Kasse nach ihrem Statut das Krankengeld vom ersten Tage an zubilligt. Hieron ist in vielen Kassen Gebrauch gemacht worden.

Nach der Reichsversicherungsordnung sollte die Gewährung des Krankengeldes vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an nur bei solchen Krankheiten zulässig sein, die länger als zwei Wochen dauern,

zum Tode führen oder durch Betriebsunfall verursacht worden sind. Die Sozialdemokraten erhoben gegen diese Verschlechterung Einspruch. Infolgedessen ließen die Kompromißparteien die Befreiung der Satzstange auch bei den Krankheiten zu, die länger als eine Woche dauern.

Eine Ausnahmestimmung gegen die Dienstboten.

Die Abzüge für Beiträge sind gleichmäßig auf die Lohnzeiten zu verteilen, auf die sie fallen. Sind Abzüge für eine Lohnzeit unterblieben, so dürfen sie nur bei der Lohnzahlung für die nächste Lohnzeit nachgeholt werden. — Diese Bestimmung ist notwendig, damit den Versicherten nicht von ihrem Arbeitgeber bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nachträglich die Beiträge für eine lange Zeit abgezogen werden.

Trotzdem fügten die Kompromißparteien die Bestimmung in das Gesetz ein, daß bei Dienstboten Abschlagszahlungen nicht als Lohnzahlungen gelten. Die Sozialdemokraten beantragten den Zusatz, daß Abschlagszahlungen spätestens halbjährlich erfolgen müssen, damit der Mißbrauch mit dieser Bestimmung nicht gar zu weit getrieben werden kann. Dies lehnten aber die Kompromißparteien ab.

Eine unerhörte Begünstigung der Großgrundbesitzer und Dienstherren.

Die Kompromißparteien nahmen ferner folgende Anträge an: Von der Versicherungspflicht werden auf Antrag des Arbeitgebers befreit, solche in der Landwirtschaft Beschäftigte und Dienstboten, die an den Arbeitgeber bei Erkrankung Rechtsanspruch auf eine Unterstützung haben, die den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertig ist. Voraussetzung ist, daß der Arbeitgeber die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln best. seine Leistungsfähigkeit sicher ist, er den Antrag für seine sämtlichen in der Landwirtschaft Beschäftigten stellt, soweit sie durch Vertrag zur regelmäßigen Arbeit für mindestens 2 Wochen verpflichtet sind. Die Befreiung gilt nur für die Dauer des Arbeitsvertrags. Für alle späteren Leistungen tritt die zuständige Kasse ein, wie wenn die Arbeiter Mitglieder der Kasse gewesen wären. Soweit der Arbeitgeber die Unterstützung nicht leistet, hat die Kasse die Leistungen zu gewähren. Der Arbeitgeber hat ihr das Geleistete zu ersetzen.

Die Sozialdemokraten und Fortschrittler bekämpften diese Verschlechterungen sehr entschieden und wiesen nach, daß die Bestimmungen den Großgrundbesitzern die Möglichkeit geben, die Krankenversicherung zu umgehen, ihre kranken Arbeiter nach wie vor mit einer ganz ungenügenden Fürsorge abzufinden und einen großen Teil der nach dem Gesetz ihnen zukommenden Lasten auf die zuständige Kasse abzuwälzen.

Bezeichnend ist, daß der Arbeitersekretär des Zentrums, Abg. Becker (Arnsberg), der in der ersten und zweiten Lesung entschieden gegen eine solche Verschlechterung eingetreten ist, sich jetzt dafür ausspricht, weil — sonst das ganze Gesetz scheitern würde. Eine andere Ausrede für seinen Umsturz konnte der Herr nicht finden.

Um die schlimmsten Mißbräuche mit den Bestimmungen zu verhindern, hatten die Sozialdemokraten beantragt: Den Versicherungsberechtigten steht die Auswahl unter den von der zuständigen Kasse für den Aufenthaltsort des Kranken bestellten Ärzten frei. Die Kasse soll nicht mit jenen nur vorübergehend

beschäftigten Arbeiter beauftragt werden. — Trifft im ersten Jahre nach dem Beginn der Weiterversicherung ein Unterfall ein, so hat der Arbeitgeber der Kasse den Ueberbruch der Aufwendungen über die eingezahlten Beiträge zu ersetzen. — Ist vom Arbeitgeber der Betrag für die zu ersehenden Leistungen der Kasse oder ein Teil desselben nicht einzutreiben, so hat der Bundesstaat Ersatz zu leisten.

Alle diese Anträge lehnten die Kompromißparteien ab. Nächste Sitzung morgen.

Aus der Kommission für die Schiffsabgaben.

Am Mittwoch entwickelte der Geheim Oberbaurat Schroeder an der Hand von Plänen das Schleusenbauprojekt bei Elingen. Ein offener Kanal sei zwar an sich zweckmäßiger, in diesem Falle aber technisch ganz unmöglich. — Die Strombauwerksverständigen aus Baden, Bayern, Hessen und Württemberg erklärten sich mit dem Grundgedanken des Projekts einverstanden, über Einzelheiten könne man sich noch mit den Schiffahrtspraktikern und Interessenten verständigen. Von sozialdemokratischer Seite wurde ein Antrag eingebracht, die Reduktion der Abgaben über Heilbronn bis nach Elingen weiterzuführen.

Die Abstimmung ergab die Annahme sämtlicher zum Rheinverbände gefällten neuen Bauprojekte, so daß nun auch die Lohn, die Mosel, der Oberrhein bis zum Bodensee und der Neckar bis Elingen mit in das Bauprogramm aufgenommen wären. Dagegen stimmten geschlossen die Konservativen und die Wirtschaftliche Vereinigung, vom Zentrum die Abgeordneten Am Jehnhoff und Gerstenberger, ein Teil der Rationalisten und Hausmann-Württemberg.

Wirtschaftlicher Marktbericht der kaiserlichen Reichsanwaltschaft über den Großhandel in den Zentral-Marktblätern. Marktfrage: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr ohne Bedeutung, Geschäft still, Preise fest. Getreide: Zufuhr nicht ausreichend, ziemlich lebhaft, Preise behauptet. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 21. 3.		am 20. 3.	
	am	seit am 1)	am	seit am 1)
Remel, Mühl	3147	-12	3147	-10
Bregel, Insterburg	97	+3	97	-1
Beichel, Torn	316	-4	316	0
Oder, Rathen	220	-16	220	0
• Krosen	258	-6	258	-3
• Frankfurt	267	-8	267	-6
Wartze, Schirrm	254	-6	254	-8
• Landsberg	291	-5	291	-10
Rege, Gorden	138	-1	138	-13
Eibe, Zeitmerz	85	-3	85	0
• Dresden	-34	-1	-34	-10
• Barde	261	-1	261	-4
• Ragdeburg	216	-2	216	-
Saale, Großh	137	-10	137	-10
Saale, Spandau	148	-1	148	-1
Rathenow	176	0	176	0
Spree, Spremberg	126	0	126	0
• Besten	210	-3	210	-3
• Wenden	8	-6	8	-6
• Wenden	108	-8	108	-8
• Magdalenbau	346	-10	346	-10
• Krieb	266	-13	266	-13
• Krieb	224	0	224	0
• Heilbronn	65	-10	65	-10
• Barmen	196	-4	196	-4
• Mosel, Trier	-	-	-	-

1) + bedeutet Zufluß, - Fall. - 2) Unterpegel. - 3) Grundwasserstand.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Otto Radack
Meyerstr. 14
im Alter von 52 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 23. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des kaiserlichen Friedhofes aus statt.
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.
Am 20. März verstarb unser Mitglied
Heinrich Rauhut
(Bezirk Weihensee).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes in Weihensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Einzelere
August Barz
am 20. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Am 19. März starb unser Kollege, der Vollerer
Paul Grenel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Anstalts-Friedhof in Bock statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klassenbote
Hermann Siebenhüner
am 20. d. Mts. im Alter von 51 Jahren verstorben ist. 67/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Gemeindefriedhofes, Blante-Hölle, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Verband der Fleischer. Sektion Darmarbeiter.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Wilhelm Krohne
Leipzigerstr. 41
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 23. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Charité nach dem kaiserlichen Friedhof in der Mühlentstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und die Spende des schönen Kranzes vom Holzarbeiterverband bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.
Witwe Franziska Pludra.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vater, Schwieger- und Großvaters, des Galtwirtes und Eigentümers
Fritz Ebel
agen mir allen Verwandten, Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.
Familie Ebel, Riechholzstr. 5.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters
Rudolf Krüger
sagen mir allen Teilnehmern aufrichtigen herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Karl Rabe.

Wir suchen tüchtige Hausfrauen
welche unsere **Vulcanus-Kochgeschirre** verwenden. Ein Versuch, und Sie empfehlen solche selbst weiter. Ferner empfehlen wir unsere großen Spezialitäten: **Rein-Aluminium-Kochgeschirre, Unzerbrechliche Waschgeschirre, Waschmaschinen etc.**
Sämtliche Maschinen und Geräte für die Küche. Neuheiten: Kochring für Gaskocher, zum schnellen Kochen, ca. 40-50%, Gas und Zeit sparend. Ablaufrost mit Küchenplatte, das Zerbrechen von Glas und Porzellan verhindernd.
Gegen Vorzeigung des Inserats 5% Rabatt.
H. Kraemer & Cie., Berlin G., Molkenmarkt 5, Spezialhaus für Haus- u. Küchengeräte-Einrichtungen.

Unserem Genossen
Paul Thiele selbst Frau zur silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche.
Die Kollegen v. Fahrhof Kroll.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Land-, Obstbaum- u. Hochwald-
Parzellen
direkt am Bahnhof
Nassenheide
von 300 M. an.
Treffpunkt täglich zu den Bügen ab Eitlinger Bahnhof 10.45 u. 12.40 im Nassenheider Bahnhof-Restaurant von Fischer. 4605
Fahrzeit nur 3/4 Stunden.
Besitzer **Wolff, Herzberg i. d. Mark.**

Schöne Patent-Mundharmonika
ist die Harmonika der Zukunft!
Von unerreichter Tonfülle u. Klangwirkung!
D. R. PATENT N° 213081.
Es lassen sich Oktav- und Doppel-Oktavtöne zu gleicher Zeit erzeugen. Durch Drücken auf einen Knopf kann die Oktavstimmung auch ausgeschaltet werden und lassen sich auf diese Weise wunderbare Tonreize erzielen. Kein Rauschen und Geräusche, sich dies Grachs Instrument anzuschaffen. Auch ist die äußere Ausstattung eine jede gediegene. (Ganze Länge des Instruments 12 1/2 cm.) Preis in schönem Etui 1.50 M., Serie 20 St. extra, gegen Nachnahme oder Voreinendung (auch Briefmarken). Garantie: Geld sofort zurück, wenn nicht gefällt! Hauptkatalog über tausende Gebrauchs- und Luxusgegenstände gratis und franko.
Kirberg & Cie. in Folge Nr. 8 b. Solingen.

Versüßung! *schon seit langem ein beliebtes Getränk, das Goldfarn nicht verläßt!*
Gesundheitstobak. J. Goldfarn. Preuss. Stargard.
D.R.W. 10652.
Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabako do zazywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Möbel
liefert auf **Teilzahlung** bequem bei kleinster Anzahlung in bester Qualität (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Möbel-Angebot.
Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 10, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 6255

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69 (Laden).
Soeben erschien:
Erweckt
Ein Roman aus dem Proletarierleben von **A. Ger.**
Preis in Leinen gebunden 1.25 M.
Dieser Roman erschien vor kurzem erstmalig in der „Neuen Welt“. Das allgemeine Interesse, das demselben entgegengebracht wurde, veranlaßte uns, eine Buchausgabe zu veranstalten.
Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-37 am Leipziger Platz

ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE



Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Extra-Preise

Wirtschafts-Artikel

Waschfässer Zink, 4 Größen 6.50 bis 10.00
 Drahteinlage
 Waschfässer Wulst, 3 Grössen 10.00 bis 13.50
 Waschzuber Zink, 3 Gr. 6.75, 8.00, 10.00
 Wringmaschinen 3 Gr. 8.50, 9.50, 10.50
 Wäscheleinen 3 Längen 1.50 bis 3.00
 Wäscheleinen Hanf, 3 Längen 3.50 bis 7.00

Messerputzmaschinen 3.00 bis 5.75
 Fleischmühlen ... 1.75, 2.45, 2.90
 Passiersiebe ... 6 Einlagen 3.00
 Bouillonsiebe .. Rosshaar 90 Pf. bis 1.20
 Gebäckkasten .. 5 Größen 1.10 bis 3.00
 Tablett lackiert .. 2.25, 2.50

Tablett Majolika-Einlage ... 1.50, 2.00, 2.50
 Tablett Nussbaum-Rand u. Eschen-Boden ... 1.90 bis 6.75
 Plättbretter bezogen ... 1.75, 2.25
 Aermelplättbretter bezogen ... 40 Pf.
 Gewürztageren mit Tönchen ... 1.40, 1.60, 1.80
 Wandmühlen Steingutbehälter ... 2.50

Rosshaarbesen 3 Größen 1.50 bis 2.25
 Rosshaarhandfeger 3 Größen 75 Pf. bis 1.15
 Teppichhandfeger 3 Gröss. 45 bis 85 Pf.
 Teppichkehrmaschinen 7.50, 10.50
 Bohner mit Fila u. Stiel 4.50, 5.25, 6.00
 Fensterleder 35, 60, 85 Pf., 1.10

Bestecke u. Vernickelte Artikel

Tischbestecke Weissmetall .. Paar 75 Pf.
 Dessertbestecke Weissmetall Paar 60 Pf.
 Fischbestecke Weissmetall .. Paar 1.25
 Vorlegelöffel div. Muster ... 1.60
 Eierbecher innen vergoldet ... 45 Pf.
 Eierservice ... 3.00 und 3.50

Wiener Kaffeemaschinen 6.50 bis 15.00
 Teemaschinen Kupfer 6.00 bis 11.50
 Sahnenservice 3 teilig 1.50, 1.75, 2.00
 Weinkühler Kupfer, 5 Sorten 2.50 bis 7.00
 Weinkühler mit Ständer, Kupfer ... 11.00
 Bowlen Kupfer, ca. 6 Pf. Inhalt 12.00, 19.00, 22.00

Gaskronen u. Lampen

Incl. Montage
 Speisezimmerkronen Schmeldeisen Schirm ca. 40 cm Durchm. 4 Grätzinflammen ... 48.00 u. 52.50
 Herrenschränke Schmeldeisen, 3 Grätzinflammen 32.50, Schmeldebronze 40.00
 Ampeln mit stehend Gas ... 16.00
 Ampeln mit Grätzinlicht ... 17.50

Zugampeln für stehendes Gas, Schirm ca. 33 cm Durchmesser 2 teilig 10.00, 3 teilig 12.00
 Zugampeln mit Grätzinlicht und Reifenbehäng ca. 35 cm 19.00, ca. 40 cm 22.00
 Petrol.-Tischlampen 14" 2.60 u. 3.75
 Küchenlampen 19" 1.00, 1.30

Emaillierte Geschirre

Schmortöpfe ohne Ring, 5 Größen 30 Pf. bis 1.35
 Schmortöpfe mit Ring, 4 Größen 75 Pf. bis 1.20
 Kasserollen ohne Ring, 8 Größen 20 Pf. bis 1.60
 Kasserollen mit Ring, 6 Größen 25 Pf. bis 1.10
 Fleischtöpfe hohe, 6 Gr. 40 Pf. bis 2.10
 Bratpfannen lang .. 6 Gr. 80 Pf. bis 1.75

Gaskochertöpfe m. Deckel 6 Gr. 60 Pf. bis 2.50
 Gaskasserollen mit Deckel 6 Größen 60 Pf. bis 1.25
 Petrol.-Kochertöpfe 4 Gr. 50 Pf. bis 1.25
 Ringtöpfe ... 7 Größen 60 Pf. bis 2.00
 Topfdeckel ... 3 Größen 8 bis 35 Pf.
 Wasserkessel für Gas, 6 Gröss. 50 Pf. bis 1.50

Kartoffelkocher 4 Größen 1.20 bis 2.50
 Doppeltöpfe ... 4 Größen 1.20 bis 1.80
 Milchkocher 4 Größen 80 Pf. bis 1.40
 Kaffeeflaschen m. Verschluss 4 Größen 30 bis 50 Pf.
 Kaffeeflaschen ohne Verschl. 6 Größen 22 bis 55 Pf.
 Wassermäße ... 2 Größen 35 u. 45 Pf.

Kaffeekannen ... 6 Größen 25 bis 80 Pf.
 Milchtöpfe ... 6 Größen 20 bis 90 Pf.
 Kaffeetrichter mit Gaze ... 25 Pf.
 Teesiebe ... 10, mit Stiel 15 Pf.
 Essenträger ... 4 Größen 30 Pf. bis 1.00
 Trinkbecher ... 2 Größen 10 u. 12 Pf.

32 eigene Fischdampfer.

Unsere Dampferflotte brachte

große Fänge Seefische

daher billige Preise!

Donnerstag, Freitag, Sonnabend verkaufen wir:

II. blutfrischer Seelaich im Anschnittp. Pfd. 28 Pf.
 II. blutfrischer Kabeljau im Anschnittp. Pfd. 28 Pf.
 II. blutfrischer Schellfisch im Anschnitt per Pfund 85 Pf.
 II. Helgoländer Schellfisch per Pfund 40 Pf.
 II. kleiner Schellfisch zum Braten, per Pfd. 25 Pf.
 II. Rotzungen, mittelgroß per Pfund 50 Pf.
 II. Rotzungen, Ia. große, helle per Pfund 70 Pf.
 II. große fette Schollen per Pfund 85 Pf.
 II. Bratschollen per Pfund 30 Pf.
 II. Knurrhahn per Pfund 30 Pf.
 II. blutfrischer Goldbarsch per Pfund 30 Pf.
 II. Rotfleisch-Flußblachs i. Anschn. per Pfund 90 Pf.

Außerdem empfehlen: II. Steinbutten, Sezungen, Zander sehr preiswert.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Hauptgeschäft: Berlin C. (Bahnhof Börse) Tel.: III. 8904. Tel.: III.

Eigene Filialen: Invalidenstraße 131. Prinzenstraße 94. Große Frankfurter Str. 85. Madaistr. Bog. 8-9, Fruchtstraße gegenüber. Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 111.
 Niederlagen: Berlin S., Oranienstraße 3. Spandau, Breite Straße 54. Schönberg, Akazienstraße 31. Steglitz, Schlossstraße 121. Rixdorf, Berliner Straße 14. Charlottenburg, Augsburgstraße 18. Weißensee, Langhansstraße 114. Zehlendorf bei Carl Schön, Grunewaldallee.

Eigener Fischereihafen.

Amor

bleibt das beste Metallputzmittel.

MANOLI

Cigarettes

Bellebte Specialmarken

Abbas Dandy Gibson Girl

Ein Versuch überzeugt!



MAGGI^S Bouillon-Würfel

sind die besten!

Sie sind mit allerbestem Fleischextrakt und feinsten Gemüseauszügen hergestellt und enthalten auch bereits das nötige Kochsalz und Gewürz.



1 Würfel 5 Pfg.
1/4-1/2 Liter Fleischbrühe

Allein echt mit dem Namen MAGGI und dem Kreuzstern.

Stoffe

Fabrik-Reste u. Coupons sind eingetroffen. Neuhäuser Weg 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Möbel

kaufen Sie am billigsten direkt in der Fabrik Stallschreiberstraße 57 (Moritzplatz). Verkauf im Fabrikgebäude

R. Harnack Tischlermeister. Zahlungserleichterungen.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158

Steppdecken in voller Bettgröße

Similiseide in den Farben 525 bis 2100
 Wollatlas bord. 875 bis 2700
 Daunendecken 2500 bis 12500
 Schlafdecken 350 bis 4800

Inventur - Extraliste enorm billiger Sonderangebote gratis und franko.

Die Reichstagswahl im vierten Kreise.

Auch die absolute Sicherheit des Sieges kann unsere Parteigenossen nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen und die Dinge gehen zu lassen. Wunter rühren sie sich in der Wahlagitation. Es ist ihnen nicht nur um die Erlangung des Mandats zu tun, sondern auch die Stimmzahl, die auf unseren Kandidaten fällt, muß ansteigen zu einer Höhe, die auch dem stumpfsinnigsten Gegner zeigt: Die Massen des Volkes protestieren gegen die Politik des Blochs der Junker und Pfaffen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Eine rege Agitation entfalten die Genossen des vierten Wahlkreises, um den Sieg ihres Kandidaten zu einem glänzenden zu gestalten. Am Dienstag fanden acht Versammlungen im Wahlkreis statt. Sie waren alle stark besucht, die meisten sogar überfüllt. Die Referenten Schöpflin, Wolfenbühler, Emmel, Lehmann, Scheidemann, Stüden, Eichhorn und Frau Biez entrollten vor den aufmerksamen Zuhörern das Sündenregister der herrschenden Parteien. Mit Steuertaxen wird das Volk gedrückt bis zur Unentrichtbarkeit. Gerade die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel sind es, die dem Volke durch die Finanzpolitik des Schnapsblochs bis ins Ungemessene verteuert werden. Nicht für die so notwendige Hebung der Volksbildung, nicht für soziale Einrichtungen, nicht für Förderung des kulturellen Fortschritts werden die den ärmsten Schichten des Volkes abgepreßten Millionen verwandt. Der unerfüllliche, kulturfeindliche Militarismus verschlingt die schwer verdienten Steuergroschen des arbeitenden Volkes, dem man zu alledem noch die politischen Rechte vorenthält, auf die ein politisch reifes Volk einen unabweisbaren Anspruch hat. Der Tag der Wahl muß ein Tag der Abrechnung mit der Reaktion sein. Wie bei allen bis jetzt vollzogenen Nachwahlen die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gestiegen ist, so muß es auch im vierten Berliner Kreise sein. Nur durch eine wuchtige Stimmzahl kann den herrschenden Klassen in die Ohren geschrien werden, wie das Volk, das unterdrückt, geknechtet und getretene Volk denkt. Sind doch die Wähler des vierten Berliner Kreises auch dadurch ihres Rechtes beraubt, daß sie nur einen Abgeordneten zu wählen haben, während sie nach der Einwohnerzahl des Kreises vier Abgeordnete wählen müßten, wenn die Wahlkreis-einteilung eine gerechte wäre. Wenn wir auch im vierten Kreise keinen kampffähigen Gegner haben, so ist es doch eine Ehrenpflicht für jeden Parteigenossen, sein Wahlrecht ebenso gewissenhaft auszuüben, als wenn wir den Kreis erst zu erobern hätten. Nicht besser auch können wir das Andenken Paul Sengers ehren, als indem wir die Stimmzahl steigern und dadurch unseren Ausbeutern und Unterdrückern zeigen, daß sich die Reihen der Sozialdemokratie unaufhaltsam mehrern als Reichen des Profites gegen das herrschende System und als Beweiskraft dafür, daß sich allen Gewalttätigen zum Trotz der Wille des Volkes durchsetzt.

In diesem Sinne sprachen die Referenten. Daß sie den Massen ihrer Hörer aus der Seele gesprochen hatten, bewies die lebhafteste Zustimmung, welche die Reden fanden.

Stadtverordneten-Versammlung.

12. (außerordentliche) Sitzung vom Mittwoch, den 22. März, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Nischelet nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Zunächst erfolgt die feierliche Einführung des neugewählten Stadtv. Geh. Reg.-Rats Professor Dr. Kernst (Fr. Fr.), der darauf die Städteordnung verpflichtet wird.

Hierauf ehrt die Versammlung in üblicher Weise das Andenken des vor einigen Tagen plötzlich verstorbenen Stadtverordneten Klempnerobermeisters Berger (A. L.). Sodann wird die

Veratung des Stadthaushaltsplans für 1911

fortgesetzt. Ueber das Kapitel „Armenwesen“ referiert Stadtv. Wark (A. L.). Am Etat für das Arbeitshaus in Nummelsburg hat der Haushaltsausschuss 50 000 M., die für einen Ausbau an das Arresthaus Verwendung finden sollten, gestrichen. Die Ausschussvorschläge finden Annahme. Eine Debatte entfällt nur beim „Obdach“.

Stadtv. Bohn (Soz.): Die Uebelstände im Obdach haben sich jetzt bezarr gesteigert, daß eine Menderung eintreten muß. Das Obdach bietet etwa für 3000 Personen Platz und ist gefüllt, wenn 8500 Insassen da sind. Im letzten Winter aber haben wir ständig 4500, 4500, ja 4700 dort gehabt. Am 16. Februar haben Dr. Bernstein und ich eine Revision vorgenommen und haben gefunden, daß sogar in den Korridoren die Kojen auf Holzprelisen untergebracht waren. Es muß auch für die Vermissen der Armen gesorgt werden. Den ganzen Winter war, wie gesagt, das Asyl überfüllt; die Leitung fährt Klage, daß sie die Kojen nicht unterbringen kann. Im Monat Januar war die Frequenz nur am Neujahrstage unter 4000 gefallen; das Maximum stieg im Februar auf 4750. Wenn die Leute so eng zusammengepöckelt werden, müssen ja Exzesse vorkommen. Gerade über vom städtischen Obdach ist ein städtischer Platz, auf dem vielleicht Unterflurhäuser gebaut werden könnten. Vielleicht ist ein Teil des starken Zuwachses auch der Leichtgläubigkeit zu verdanken, mit der der Magistrat sich mit frommen Gesellschaften à la Godefriching eingelassen hat. Durch die „Mischgesellschaften“ dieser Gesellschaft sind wir arg über Ohr gehauen worden. Mit dieser Gesellschaft sollte der Magistrat gründlich brechen.

Im Obdach sind ca. 40 Hausdiener beschäftigt, die dort wohnen müssen. Wir haben ein Interesse daran, ein leistungsfähiges Personal zu haben. Jetzt müssen die Leute aus der Anstalt fort, wenn sie sich verheiraten wollen. Das sollte geändert werden; solche sollte man außerhalb der Anstalt wohnen lassen. Ein Teil der älteren Anstaltsdiener wenigstens sollte dieser Freiheit teilhaftig werden. Wie weit ist es mit dem Neubau des Krankenhauses auf dem Hinterlande des Obdachs? Der völlige Ausbau der dritten Etage desselben könnte doch sofort vorgehen werden. Im Obdach ist ein Hausdiener mit 30 M. Wochenlohn angestellt; er kam um Lohnzulage ein, und Herr Fisch bed selbst beantwortete 2 M. Wir wünschten 3 M.; der Rammerei aber hat diesen Antrag gestrichen. (Hört! hört!) Auf der Geschlechtskrankenklinik fanden wir am 16. Februar ähnliche Zustände wie im Obdach. Die Betten der Mädchen stehen so dicht zusammen, daß sich die Mädchen geradezu durchzweifeln müssen. Der leitende Arzt erklärt es für ein Wunder, daß dort nicht mehr Exzesse entziehen, denn die Mädchen haben keinen anderen Platz in der Anstalt als auf diesen Betten. Auch sämtliche Speisefäle waren mit Betten besetzt. Der Magistrat hat infolge unseres Revisionberichtes 70 Betten aus dem Obdachhospital herausgenommen und sofort Platz geschaffen. Das ist aber nur eine vorübergehende Abhilfe, der Gehrat Pincus erklärt sie für durchaus ungenügend, weil die Praxis der Polizei jetzt schärfer gehandhabt wird. Es muß ein Geschlechtskrankenhaus von Stadt

wegen gebaut werden. Auch jetzt noch sind sämtliche Speisefäle mit Betten besetzt. Auch diese Vermehrung um 70 Betten soll erst auf Einverständnis des Regierungspräsidenten erfolgt sein. Das Obdachsuratorium lehnt jede Verantwortung für die unhygienischen Zustände ab. Wir beantragen deshalb, den Magistrat zu ersuchen, sofort Maßnahmen zu treffen, um den Uebelständen im städtischen Obdach abzuhelfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Mitter (Fr. Fr.) spricht so leise, daß er auf der Pressetribüne kaum verstanden wird. Auch er scheint den Bau eines eigenen Geschlechtskrankenhauses zu befürworten.

Stadtrat Jacobs: Die Belogung ist jetzt im Durchschnitt 100 unter dem Durchschnitt des Februars. Generell das Auswärtswohnen der Hausdiener zu gestatten, hat die Deputation stets abgelehnt. Ueber den Lohn des Hausdiener wird die Deputation nochmals beraten. Der Bau eines besonderen Geschlechtskrankenhauses ist von uns in Erwägung gezogen worden; in Nummelsburg erwies sich der Plan als nicht durchführbar. Wir erwägen jetzt, was sonst geschehen kann, um wenigstens provisorisch Abhilfe zu schaffen.

Stadtv. Dr. Bernstein (Soz.): Der Stadtrat behauptet, der Magistrat beschäftige sich „ernstlich“ mit Abhilfsvorschlägen. Seit langen Jahren bin ich hier für diese Abhilfe eingetreten. Wenn ich an die Zustände im Obdach denke, drängt sich mir das jüdische Wort „j'accuse“ auf die Lippen. Ich klage auf vor allem die Staatsregierung; Virchow würde, wenn er noch lebte, mit eisernem Wesen hier Auskehr gehalten haben. In der Geschlechtskrankenklinik liegt zwischen den Syphilitischen eine an Geschlechtskrankheiten der Spitze stehende Arzt geniebt unser aller Vertrauen und möchte auch heilen, aber er kann es nicht, die Zusammenpackung der Insassen ist zu groß. Die Heberweisen sollen dort „Jungfrauenheilung“ erfahren. Was geschieht aber in Wirklichkeit? Es werden nur die Symptome mit Gewalt zurückgedrängt; je schärfer die Quecksilberinjection, um so stärker treten nach der Reizgabe auf. Die Geschlechtskrankenklinik muß aus dem Obdach fort! Das Haus in Nummelsburg wird und seit Jahren versprochen. Das Nebengebäude mit seinem großen Areal würde ausreichen, sämtliche Prostituierte aufzunehmen. So wie jetzt dürfen die Dinge nicht weitergehen; wir fordern vom Magistrat, daß er sofort energische Schritte tut, um diesen Mangel von uns abzuwenden!

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Ich muß gegen den Plan des Magistrats Verwahrung einlegen und zwar ganz energisch. In Nummelsburg haben wir einen großen Teil der Insassen des Arbeitshauses aus der Masse der Zuhälter. Die brechen da aus zu dem Zwecke, an den Mädchen Rache zu nehmen, welche sie angezogen haben. Wie können wir nun die Mädchen bloß dahin legen wollen! Damit die Zuhälter es etwas näher haben, damit sie nicht mehr nach der Voyerstraße zu gehen brauchen? Auch im Arbeitshaus haben wir schon starken Platzmangel gehabt; auch da sind viele Schlafäle sehr dürftig. Auch die Hospitaliten gehören ja gar nicht ins Obdach! Die Geschlechtskrankenklinik muß der Kronenhausdeputation unterstellt sein. Wenn wir warten wollen, bis daß der Magistrat über seine Entschlüsse hinausgekommen ist, werden wir wohl noch das 50jährige Jubiläum der vorübergehenden Anwesenheit der Geschlechtskranken feiern! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Bohn wird angenommen.

Es folgen die Etats für das Gewerbegericht, das Kaufmannsgericht, die Standesämter, die Verwaltung des Ordnungsamtes, die Substitutionsklasse, die Wappverwaltung und für sonstige Militärzwecke.

Es geht ein Antrag Hinkel ein, den Weiskern des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichts die Jahresberichte und den Ausschussmitgliedern Protokollabschriften zu überweisen.

Stadtv. Hinkel (Soz.): Es handelt sich bloß um 500 Jahresberichte, die mehr gedruckt werden müssen; aber den Weiskern ist davon wenigstens Gelegenheit gegeben, die Verhandlungen kennen zu lernen. Ein weiterer Wunsch betrifft die Entsendung von Delegierten zu dem Verbandstage der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Im vorigen Jahre entsandten die meisten umliegenden Orte nach Köln je 4 Herren, auch unser Ausschuss wollte den Verbandstag besuchen; es wurde aber der Vorliegende, Herr von Schulz, mit der Vertretung beauftragt.

Stadtv. Hofmann (A. L.) unterstützt die Anträge und verlangt Erweiterung der ganz unzulänglich gewordenen Räume dieser Gerichte.

Stadtrat Bohn: Ein Antrag wegen der Jahresberichte ist noch nicht an den Magistrat gekommen. Ob der Magistrat in Zukunft bezüglich der Entsendung von Delegierten von seinem bisherigen Standpunkt abgehen wird, kann ich nicht sagen. Den Mängeln bezüglich der Räume wird natürlich abgeholfen gesucht.

Stadtv. Wronewald (A. L.) erklärt es für eine Schmach Berlins, daß das Gericht in einem Hause untergebracht sei, wo sich ein Vergnügungstempel, der „Clou“, befindet. Die Entsendung von Delegierten auf die Verbandstage empfiehlt Hedner gleichfalls.

Stadtrat Bohn glaubt, daß zurzeit Klagen über den Betrieb des „Clou“ nicht mehr vorkommen.

Stadtv. Ritter (Soz.) vermischt die Angabe der Gründe, weshalb die Entsendung von Delegierten nach Köln abgelehnt worden ist. Die Protokolle und Jahresberichte, sowie auch das „Gemeindeblatt“ hätten den Weiskern längst geliefert werden müssen.

Der Antrag Hinkel wird angenommen.

Am Etat der Parkverwaltung empfiehlt der Ausschuss, die Positionen von 308 300 und 300 000 M. für den Schillerpark und den Botanischen Garten um 80 000 bzw. 120 000 M. zu kürzen und die Position von 10 000 M., erste Rate, für Herstellung von Parkanlagen auf dem Aufmarschgelände zu streichen.

Stadtv. Imberg (A. L.) fragt an, wie es mit der Instandsetzung des Aufmarschplatzes stehe.

Nach einer kurzen Erweiterung des Bürgermeisters Dr. Reide, der auf den Verkauf des Tempelhofer Feldes an Tempelhof und auf die Haberlandschen Pläne verweist, gelangen die Ausschussanträge zur Annahme.

Zum Etat der Gemeindefriedhöfe bemerkt

Stadtv. Leib (Soz.): Der neue Gebühren tarif, der demnächst in Kraft treten soll, bringt Erhöhungen mit sich, die bis zu 100 Proz. betragen. Für eine solche Erhöhung liegt ein triftigster Grund gar nicht vor. Die Kirchengemeinden haben in den letzten Jahren große Kapitalien in großen Zentralfriedhöfen in Ahrensfelde und Stahnsdorf angelegt und haben ein Interesse daran, daß diese weit entfernten Friedhöfe besetzt werden; sie haben die Tarife für die Berliner Friedhöfe ganz gewaltig erhöht, so daß die große Klasse ihrer verstorbenen Angehörigen nach den entfernteren Zentralfriedhöfen bringen muß. Unsere Tarife sind ja erheblich geringer als die der Kirchengemeinden; das wird aber wieder ausgleichend dadurch, daß die Stadtgemeinde bei Berechnung der Gebühren gleichzeitig für Grabmäler und Viehen Gebühren erhebt. Mindestens sollte nur die Gebühr für die großen Familiengrabstätten erhöht werden, nicht aber für die Reihengräber. Die rechtliche Seite der Sache ist mir äußerst zweifelhaft; das Kommunalabgabengesetz scheint mir keine Handhabe für die Erhöhung zu bieten, denn eine Friedhofsanlage ist doch nicht wendender Natur. Würden wir der Armenverwaltung die Aufwendungen, die wir für sie auf dem Friedhof machen, anrechnen, so würde sich der jetzt für die Gemeindefriedhöfe zu leistende Zuschuss in einen Ueberschuss verwandeln. Der Friedhof hat auch einen parzellierten Charakter, er wird auch zur Erholung benutzt, um so niedriger wird es sein, später die Rechtsmöglichkeit dieses Tarifes nachzuweisen, wenn er angefochten wird. — Der Zustand auf dem städtischen Friedhof in der Müllerstraße ist der Stadt unwürdig. Wir haben da keine Leichenhalle, müssen viel-

mehr die kirchlichen Einrichtungen der Philippus-Apostelkirche mitbenutzen, wir haben darüber nicht einmal einen Vertrag. Berlin sollte sich von der Kirchengemeinde durch den Bau einer eigenen Halle unabhängig machen. Es besteht die Ansicht, ein eigenes städtisches Friedhofsbureau zu errichten. Dieses Bureau soll ins Stadthaus gelegt werden; an der Stadthauptfläche im Rathaus aber sollen die Kosten erlegt werden. Dadurch werden zeitraubende Weiterungen für das Publikum geschaffen, die man besser vermeidet, indem man das Bureau ins Rathaus verlegt. Im allgemeinen wünschen wir nach wie vor, daß das gesamte Begräbniswesen von der Stadt übernommen wird. 1878/79 bereits hat sich eine gemischte Deputation in diesem Sinne ausgesprochen; aber seitdem hat man nichts mehr gehört. Gehrt man mit dem gehörigen Ernst an die Lösung der Frage heran, so werden die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein.

Stadtrat Rast befreit, daß die Tariffrage übermäßig erhöht worden seien. Der neue städtische Tarif sei nach dem Muster desjenigen Lichtenbergs aufgestellt. Der Tarif für Tuch sei überhaupt nicht erhöht worden. Mit Ueberschüssen werde die städtische Friedhofverwaltung nicht arbeiten. Ueber die Frage des Müllerstrahenfriedhofs seien noch Verhandlungen in der Schwebel. Ob der Tarif der Versammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen sei, darüber werde der Magistrat demnächst noch beraten.

Mehrere Etatsposten, u. a. Straßeneinigung, Markthallen, Wasserwerke, werden debattellos bewilligt.

An den Ausgaben für die öffentliche Beleuchtung sind im Ausschusse 300 000 M. an der Position von 450 000 M. für Aufstellung neuer Gaslaternen abgesetzt worden.

Stadtv. Sassenbach (Soz.) tritt lebhaft für die Bewilligung der vollen Summe ein, während Stadtv. Jacobi (A. L.) die Finanzlage dagegen ins Feld führt.

Die Mehrheit beschließt nach den Ausschussanträgen.

In den „Verschiedenen Einnahmen und Ausgaben“ liegt ein Antrag Sassenbach vor, das Dispositionsquantum des Magistrats von 600 000 M. auf 1 Million Mark zu erhöhen.

Stadtv. Sassenbach: Im Etatsauschuss hatten wir beantragt, eine Erhöhung um eine Million eintreten zu lassen, begünstigen damit aber nur einem Lächeln. Die Erhöhung auf eine Million Mark ist aber erforderlich, der Fonds reicht nicht aus, er ist überhaupt zu gering; Charlottenburg hat einen solchen Fonds von 450 000 M. Die Entbindung der Kinder in Heilstätten hat in diesem Jahre darunter gelitten, daß der Fonds erschöpft war. Nun ist der Etat für 1911 überhaupt so beschränkt, daß die Erhöhung gar nicht umgangen werden kann; die Ausgaben hat man zusammengegriffen, die Einnahmenansätze erhöht, um mit aller Gewalt mit 100 Proz. auszukommen. Die Etatsüberschüsse sind fast vollständig zurückgegangen.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Hochbaueetat wird nach den Beschlüssen des Ausschusses genehmigt.

Zum Etat der Kanalisationswerke und Güter Berlins, der mit dem Etat für Tiefbau und dem Gasetat sowie mit sämtlichen Steueretats nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt ist, gelangt auf Antrag des Referenten, Stadtv. Dährenfurth (Fr. Fr.), folgende Resolution zur Annahme: „Der Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft alle Holz, die in den städtischen Forsten zum Einschlag kommen, im Etat klassifiziert werden.“

Es folgt der Etat für den Straßen- und Brückenbau.

Stadtv. Ewald bemängelt, daß diesmal im Pflasterauschuss Straßen aus dem Verzeichnis der Umplasterungen einfach gestrichen worden seien, ohne in das Verzeichnis der Ersatzstraßen aufgenommen zu werden. Man habe damit allerdings 300 000 M. erspart. Nachträglich habe die Besichtigung ergeben, daß der Zustand einer dieser Straßen so schlecht war, daß die Umplasterung doch erfolgen müsse. Die Pothstraße sei hauptsächlich durch Arbeiten der Straßenbahn, in einem Zustande, daß sogar Kinder verunglückten; sonderbarerweise sei aber die Polizei nicht dagegen eingeschritten. Um den Etat zu balancieren, habe nun der Staatsauschuss auch noch seinerseits an den Beschlüssen des Pflasterungsausschusses weitere 100 000 M. abgestrichen, so daß im ganzen 400 000 M. abgesetzt seien. Man wolle eine Lustbarkeitssteuer einführen; es sei aber keine Lustbarkeit, manche dieser Straßen zu passieren. Man werde durch die Wiedereinführung der gestrichenen Positionen, die Redner beantragt, dem guten Ruf der Stadt einen Dienst leisten.

Stadtv. Gerike (Fr. Fr.): Der Vorredner hat doch dem Ausschussantrage voll und ganz zugestimmt. Um so erstaunter bin ich über seinen Antrag.

Stadtv. Ewald: Herr Gerike irrt; ich habe dagegen gestimmt. Ich darf mich meinerseits über Herrn Gerike wundern.

Stadtv. Gerike: In den letzten 10 Jahren sind ca. 18 Millionen für Pflasterung ausgegeben worden; die jährliche Summe muß doch abnehmen. (Stürmischer Beifall; ironische Rufe: „Dural“.)

Stadtv. Leib: Im Etatsauschuss ist vom Stadthauptamt festgestellt worden, daß Kollege Ewald von vornherein erklärt hat, von dem Pflasteretat müßten 400 000 M. gestrichen werden.

Stadtv. Ewald: Das trifft nicht zu; ich habe nur gesagt, ein Abrich könnte hier nicht schaden.

Der Antrag Ewald wird abgelehnt und statt 1 Million für Umplasterungen nur der Betrag von 600 000 M. bewilligt. Im Etat der Gaswerke hat der Ausschuss statt 2 411 000 M. nur 1 411 000 M. für Abschreibungen einzustellen beantragt.

Stadtv. Sassenbach: Die Abschreibungen sind durchaus nicht willkürlich. Man muß auch jetzt, nachdem feststehende Abschreibungsgrundzüge durch Gemeindebeschlüsse festgestellt sind, an dem Satz von 2 1/2 Millionen Mark festhalten. Es ist im Etatsauschuss, und nicht von unserer Seite, der Ausdruck gebraucht worden, daß ein solcher Beschluß das Vorgehen eines Bankrotteurs sei. Jedenfalls ist es der Stadt Berlin nicht würdig, ungenügende Abschreibungen zu machen. Wir beantragen hier nichts anderes, als daß der Magistrat vorlage entsprechend beschloffen werden soll.

Oberbürgermeister Kirchner: Es besteht jetzt der Rechtszustand, daß die festgelegten Abschreibungsgrundzüge beachtet werden müssen, bis ein abweichender Gemeindebeschluss gefasst wird. Ein Gemeindebeschluss kann jederzeit durch übereinstimmenden Beschluss beider städtischen Behörden geändert werden, und wir fassen den jetzigen Vorschlag des Staatsauschusses so auf, daß die Versammlung den Magistrat auffordert, für dieses Etatsjahr ausnahmsweise von jenen Grundätzen abzuweichen (Hört! hört!) nur für dieses Jahr; für die Zukunft sollen die Abschreibungsgrundzüge bestehen bleiben. Ich stelle das im Auftrage des Magistrats ausdrücklich fest. Die Tendenz des Staatsauschusses, nicht über 100 Proz. zu geben, kann ja durchaus gebilligt werden, denn das Geld, das nicht gebraucht wird, ist am besten in den Taschen der Bürger aufgehoben. Aber ob alle die vorgeschlagenen Mittel den zu erzielenden Gewinn nicht aufwiegen, ist mir an verschiedenen Stellen zweifelhaft. (Hört! hört!) Wir sind auch außerhalb in allen Forderungen zurückgegangen, und unsere Bürger werden darauf gefaßt sein müssen, daß der Magistrat in umfassenderer Weise als zuvor Anträge auf bessere Beleuchtung usw. ablehnt. (Hört! hört!) Der Magistrat ist in seiner Mehrheit nach wie vor der Ansicht, es wäre wünschenswert gewesen, die 110 Proz. zu bewilligen; für den Fall aber, daß es gelingt, den Etat mit 100 Proz. zu balancieren, wird ihn der Magistrat, wenn auch mit schwerem Herzen, annehmen.

Stadtv. Gassel (A. L.): In Jahren mit großem Ueberschuss kann man ja solche Etats wie den Gasetat besser dotieren, die Beleuchtung der Stadt Berlin ist durchaus angemessen und an vielen Stellen vortrefflich; wir werden auch bei einer Million weniger nicht in Rückstand geraten.

Stadtv. Kommissen (Fr. Fr.): Hier sollen also von der Gemeinde festgesetzte Grundätze willkürlich ignoriert werden, um

Die Balance mit 100 Prozent zu erreichen. Es können ja einmal ungewöhnliche Umstände dazu zwingen; aber ich halte es für außerordentlich bedenklich, bei der Bürgerkraft den Gedanken aufkommen zu lassen, daß wir durch willkürliche Veränderung der Abschreibungen bei den Werken die Einkommensteuer beliebig herabsetzen oder erhöhen können. Ich kann persönlich für die Abschreibung nicht stimmen; die Mehrheit meiner Fraktion wird es tun. Die Etatsgrundzüge werden mit solchen Beschlüssen nach meiner Ansicht schwer verlegt.

Stadtv. Cassel: Wir glauben, uns ein Verdienst zu erwerben, wenn wir in diesem Jahre nur 100 Prozent erheben (Zweihundertprozent der Mehrzahl).

Stadtv. Rosenow weist die Beschuldigungen Kommens ganz entschieden zurück; letzterer habe Berlin damit seinen Dienst geleistet.

Stadtv. Sassenbach (Soz.): Es tut mir leid, daß wir im Staatsauschüß keinen Honographen gehabt haben; Sie würden sich wundern, welche Töne herauskamen, wenn wir ihn jetzt spielen lassen könnten. Allseitig hieß es dort, die Sätze für die Abschreibungen seien sehr gering; es hieß, man solle nicht unsoliden Wege wandern. (Unruhe.) Ich wiederhole nur, was da gesagt worden ist. Wir haben also gar keine Ursache, stolz zu sein. Sachliche Gründe für die Herabsetzung hat man nicht anführen können.

Stadtv. Kommsen: Im Protokoll steht doch ausdrücklich, daß zu wenig abgeschrieben werde, und in der ersten Lesung hat im Ausschusse diese Ansicht die Mehrheit gehabt. (Hört! hört!) Was wir hier machen sollen, ist im Sinne des Geschäftsmannes, des Staatsmannes nicht solide. Wo sind denn die „außerordentlichen“ Verhältnisse?

Nachdem sich die Stadtv. Cassel und Kommsen in dieser Form noch mehrmals auseinandergesetzt haben, wird schließlich der Antrag Sassenbach gegen Sozialdemokraten und Sozialfortschrittler abgelehnt.

Es folgen die Steuerentscheide. Voran steht diesmal die Gemeindeeinkommensteuer; der Staatsauschüß ist bekanntlich dahin gelangt, sie auf 100 Proz. herabzubrühen.

Auf Antrag Hillstein (soz.-fortschritt.) wird beschlossen, diese Steuer, wie bisher üblich, mit der Umsatzsteuer nebst der Grund- und Gewerbesteuer ans Ende der Etatberatung zu stellen.

Nachdem Warenhaussteuer, Betriebssteuer, Brau- und Wanderlagersteuer ohne Diskussion erledigt sind, stellt Stadtv. Bruns (Soz.) den Antrag auf Vertagung, da man keine Veranlassung habe, den Etat so durchzuführen.

Auf Bitte des Stadtv. Kommsen wird noch die Wert- und Wachstumsteuer erledigt.

Stadtv. Kommsen bemerkt zunächst, daß der Staatsantrag mit 800 000 M. angesichts des neuen Reichsgesetzes viel zu hoch erscheine, und lenkt dann die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß in dem dieser Tage dem Landtage zugegangenen Ausführungsgesetz die Kosten der Veranlagung der Gemeinden, also auch Berlin, aufgelegt seien. Das stehe in direktem Widerspruch mit dem Reichsgesetz, das den Einzelstaaten 10 Proz. für die Erhebungskosten zuspreche. Es sei unerhörte, daß die preussische Regierung ihre staatsfeindliche Gesinnung in dieser Weise betätige.

Oberbürgermeister Rieseher: Ich kann mich nur vollständig diesen Ausführungen anschließen und teile mit, daß der Magistrat bereits Montag eine Petition gegen diesen Regierungsvorschlag hat abgehen lassen.

Der Antrag Bruns auf Vertagung wird abgelehnt. Stadtv. Bruns widerspricht darauf der weiteren Verhandlung, weil der Nachtrag zur Tagesordnung noch nicht zwei Tage vorliegen hat.

Während der Vorleser und Stadtv. Kommsen den Einspruch für verspätet erklären, stellt sich Stadtv. Cassel auf die Seite von Bruns.

Die Vertagung der Fortsetzung der Etatberatung auf morgen erfolgt um 1/10 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Der Kino-Großbetrieb.

Der Siegeszug des Kinematographen-Theaters hat das Großkapital veranlaßt, sich auch diesem neuen und erfolgreichen Geschäftszweige zuzuwenden. Hatien sich zunächst Filmfabriken und Fabriken kinematographischer Apparate an Kinos beteiligt, so entstanden ab und zu größere Großunternehmungen zur Errichtung und zum Betrieb von Kinematographen-Theatern. Eine dieser Gesellschaften, die Projektions-Altienengesellschaft „Union“ in Frankfurt a. M. hat kürzlich den Bericht über ihr erstes Geschäftsjahr veröffentlicht. Bei einem Aktienkapital von 500 000 M. wurde nach Abschreibungen von rund 166 000 M. ein Gewinn von rund 98 000 M. erzielt, aus dem eine Dividende von 15 Proz. zur Verteilung gelangt. Hervorgegangen ist die Kino-Aktien-Gesellschaft im Vorjahre aus der Allgemeinen Kinematographen-Theater-Gesellschaft „Union“ für lebende und Tonbilder, G. m. b. H. Bei der Umgründung übernahm die Aktien-Gesellschaft „Union“ 12 Kinematographen-Theater, im Laufe des Geschäftsjahres 1910 wurden 6 weitere Theater errichtet, davon 4 in Berlin und je 1 in Mannheim und Köln. Das neu gegründete Mannheim-Theaterunternehmen wurde aufgegeben, ein Kinematographen-Theater in Düsseldorf ist von der Gesellschaft verkauft worden. Zur Eröffnung gelangten noch oder gelangen demnächst Kinos der „Union“ in Amsterdam, Effen, Eiberfeld, Ludwigshafen und Saarbrücken; für 1911 ist die Errichtung neuer Betriebe in verschiedenen Staaten beabsichtigt. Zurzeit verfügt die Gesellschaft also über 21 Kinematographen-Theater, nach den erwähnten Ankündigungen wird diese Zahl in Kürze eine weitere Steigerung erfahren. Die zahlenden Besucher der zur Aktien-Gesellschaft „Union“ gehörenden Kinematographen-Theater werden im Jahre 1910 auf über 2 500 000 angegeben.

Der nordamerikanische Fleischtrutz, der schon lange alle Märkte der Vereinigten Staaten beherrschte und seit einiger Zeit auch die südamerikanischen Versorgungsmärkte unter seine Kontrolle gebracht hat, geht damit um, sein Weltmonopol zu vollenden, indem er sich auch Australien, dessen Schafffleisch bekanntlich das englische Volk mit billiger Fleischmahlung versorgt, zu unterwerfen. Jedoch wird der Trutz in dem demokratisch regierten Australien nicht so leichtes Spiel haben, wie in der verfallenen Union oder den halbflorierenden Südamerikas. Bereits hat die Regierung des australischen Bundesstaates entschieden Stellung gegen die überseeische Trutzmacht genommen. Und der Ministerpräsident von Neuseeland, Joseph Ward, hat erklärt, daß die Regierung die Entwicklung dieser Sache aufmerksam verfolge und dem Trutz ohne Verzug entgegenzutreten werde. Rötigenfalls werde man die Vertreibung aller Geizhals- und Rüstspitzer eintreten lassen.

Gerichts-Zeitung.

Die Leidenszeit eines Waisenkinde... während des Aufenthalts bei dem Vormund, wurde durch eine Anklage groß beleuchtet, die den Fabrikant Richard Quast und dessen Frau Wilhelmine gesten vor die I. Strafkammer des Landgerichtes III., unter Vorsitz des Landgerichtsrats Vogel führte. Beide waren der fahrlässigen Körperverletzung, Frau Quast außerdem der Beleidigung angeklagt. Die Angeklagten wohnten früher in Karlsruhe, Quast war zum Vormund für drei minderjährige Kinder der verstorbenen Schwester der Frau Quast eingesetzt worden. Eines der Kinder, der damals 14-jährige Paul Stanowski, war in das Prinz Karl-Stift in Charlottenburg gekommen, zum Oktober 1908 nahmen ihn dann die Angeklagten in ihr Haus in Karlsruhe auf. Sie erhielten dafür von der Armenverwaltung in Charlottenburg ein geringes Altes, und Pflegsgehalt. In dem Hause seines Onkels hatte der Junge eine wahre Leidenszeit durchgemacht.

In Karlsruhe erzählte man sich von der furchtbaren Unsauberkeit, die in der Quastschen Behausung herrschte. Das Wohnhaus gleich einem verunreinigten Schloß; es war von der Außenwelt so gut wie abgeschlossen und in dem Haus fast herrschte die ungläublichste Unsauberkeit. Die stark nervöse Frau, unter deren Einfluß der Ehemann stand, war vielfach krank, Hund und Katze verrichteten in der Stube ihre Geschäfte, im Korridor, in der Küche und im Schlafzimmer lag der Schmutz immer recht hoch, und das Klosett befand sich in einem Zustand, daß eine pestilenzialische Gestank die Luft erfüllte. Obgleich im Hause des Quast, der vor Gericht mit Stolz verkündete, daß er seinerzeit in seiner Fabrik 80 Arbeiter beschäftigt habe, genügend leere Räume vorhanden waren, schliefen die Angeklagten mit ihrem Koffen in einem und demselben Zimmer und zur körperlichen Reinigung, die in der Küche vorgenommen wurde, stand nur eine einzige, völlig zerbrochene Wochenschüssel zur Verfügung, in welche man nur wenig Wasser hineingießen konnte. Der Junge, der eigentlich bei dem Onkel als Kaufmannslehrling eintreten sollte, wurde gewissermaßen als „Kädchen für alles“ benutzt: er hatte alle möglichen häuslichen Verrichtungen vorzunehmen und wurde von den verschiedensten Arbeiten dermaßen in Anspruch genommen, daß er vielfach erst spät abends ins schmutzige Bett kam und nur wenige Stunden Nachtruhe hatte. Dabei wurde seine körperliche Pflege in furchtbare Weise vernachlässigt, er verkam immer mehr in Schmutz. Charakteristisch ist die Tatsache, daß er keine Wäsche so gut wie gar nicht kannte: er mußte ein Hemde 8 Wochen und länger tragen und wechselte dann in der Weise, daß er von den vorher getragenen sich das am wenigsten schmutzige aussuchte. Schließlich erkrankte der Junge an einer Hautkrankheit. Er schämte sich, mit seinem vor Schmutz starrenden Hemde zu einem Arzt zu gehen, er wandte sich an den Polizeiarztgeanten Hilberbrand und dieser stellte ihn dem Pastor Ehrhardt vor. Der Knabe wurde zu dem Spezialarzt Dr. Paul Cohn in Berlin gebracht. Dieser stellte fest, daß der Junge mit der Krätze behaftet sei. Der Kranke wurde der Chorté überwiesen und von dort nach 17 tägiger Behandlung als geheilt entlassen. Der Angeklagte Quast wurde aus dem Amt des Vormundes entlassen und als Vormund die Frau Kaufmann Klara Schulz in Karlsruhe eingesetzt, in deren Pflege der junge Mann sich sehr wohl befindet. Das Schöffengericht in Lichtenberg war der Meinung, daß die Krätze bei dem Jungen auf die furchtbare Unsauberkeit und Vernachlässigung infolge Vernachlässigung durch die Pflegs Eltern zurückzuführen sei. Das Schöffengericht beurteilte deshalb den Ehemann wegen fahrlässiger Körperverletzung unter Verletzung einer Amtspflicht mit 100 M. Geldstrafe, die Ehefrau wegen fahrlässiger Körperverletzung mit 75 M. Geldstrafe und wegen Beleidigung der Frau Schulz mit 25 M. Geldstrafe. — Nach der gestern wiederholten Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz und dem erstatteten ärztlichen Gutachten ist die Krätze eine Infektionskrankheit, die sich hauptsächlich durch Ansteckung überträgt, in dem vorliegenden Falle sei aber ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Unsauberkeit im Hause der Angeklagten und der Krätze des Jungen nicht nachweisbar. Das Gericht mußte deshalb, wenn es auch durch den Nachweis der Vorhanden der geschilderten furchtbaren Zustände scharf tadelte, auf Freisprechung von der Anklage der Körperverletzung erkennen. Dagegen behielt die Ehefrau die Strafe wegen Beleidigung.

Hat der Richter oder der Lehrer über die Berechtigung eines Schulverfalls zu entscheiden?

Das Ordisstatal, betreffend die städtische gewerbliche Fortbildungsschule in Dortmund, sollte der Lehrling Groos dadurch übertreten haben, daß er ohne genügende Entschuldigung und ohne genügenden Grund vom Unterricht in der Fortbildungsschule ferngeblieben sei. Der Schulleiter hielt eine Bestrafung für angebracht. Nachträglich entschuldigte sich der Lehrling. Das Landgericht Dortmund als Berufungsinstanz billigte die Bestrafung G. und führte aus: Das Ordisstatal scheidet im § 6 Ziffer 1 vor, daß der Schulleiter darüber entscheide, ob eine nach seinem Ermessen ausreichende Entschuldigung einer Verfallsurteil vorliegt. Angeklagter hätte sich deshalb bei diesem rechtzeitig entschuldigen müssen. Das hätte er persönlich können, weil seine Beschwerden nur nervöser Natur seien. Er hätte dann abwarten müssen, ob der Schulleiter den Grund für ausreichend erachtete. Da er das nicht getan habe, rechtfertige sich die Bestrafung.

Das Kammergericht hob dieser Tage auf die Revision des Angeklagten das Urteil auf und verwies die Sache an das dortmündere Landgericht zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung zurück. Begründung wurde ausgeführt: Der Stundenplan sei zwar ordnungsmäßig mit dem Ordisstatal in dessen Formen verhandelt worden und somit gültig. Dagegen sei § 8 Ziffer 1 des Ordisstatal unzulässig, weil darin dem Schulleiter die Entscheidung darüber eingeräumt sei, ob eine ausreichende Entschuldigung vorliegt. Eine solche Bestimmung sei nicht zulässig. So lange der Richter zu urteilen habe über Schulverfallsurteile, so lange müsse es auch Sache des Richters sein, zu prüfen und festzustellen, ob eine Schulverfallsurteil genügend entschuldigt sei. Deshalb sei es unmöglich, diese Entscheidung dem Schulleiter in die Hand zu geben. Der Richter müsse nunmehr selbständig nachprüfen und feststellen, ob eine nichtentschuldete Schulverfallsurteil vorliegt.

Aus der Frauenbewegung.

Und Frauenwahlrecht.

Erst am Montag hatte Chemnitz, das sächsische Manchester, besondere Umstände halber seinen Fasentag. Zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Chemnitzer sozialdemokratischen Frauen und Mädchen wurde die im Volkshause abgehaltene Versammlung. Gleich nach Arbeitschluss kamen die weiblichen Arbeitsskaven aus den modernen Zwingerburgen der Textilbarone in das Versammlungstokal geströmt, das, so geräumig auch der Saal und seine Galerien sind, bald besetzt war. Die Männer mußten schließlich den später kommenden Frauen und Mädchen Platz machen, und um noch mehr Platz zu erhalten, wurden die Tische aus dem Saale entfernt. Vegetarier hielt alle unfangen und äußerte sich wiederholt und am Schlusse des die Frauen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht großartig orientierenden Vortrages der Genossin Dr. Bepler aus Berlin. Rego Aussprache folgte, in der die Schulfrage, die Metallarbeiterausperrung u. a. mit Belesenheit wurde. Die Resofation fand einstimmige Annahme. Leser der „Gleichheit“ und Mitglieder für die Parteiorganisationen wurden gewonnen. Mit einem dreifachen Hoch auf das Frauenwahlrecht schloß die Versammlung.

Frauen im Schwurgericht. Im Staate Washington, Vereinigte Staaten von Nordamerika, sind jüngst die Frauen als Geschworene zugelassen worden. Sie haben aber das Recht erhalten, sich von dieser Pflicht durch eine einfache Entschuldigung freizumachen, was den Männern nicht gestattet ist.

Leserabende.

Reinholdsdorf-Dr. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Restaurant Sabau, Reichenstr. 124. Vortrag der Genossin Cohn, Inhalt über: „Geschlechtliche Aufklärung der Arbeiterjugend.“

Verfassungen.

Im sechsten Wahlkreis

Und am Dienstag wieder eine öffentliche politische Versammlung statt, die aus dem Grundbrunnen in Franke's Feinstäben tagte. Die Versammlung war zur angelegten Zeit bereits übersät. Einen erheblichen Teil der Besucher stellten hier die Frauen des Proletariats. Schon um 1/2 10 Uhr eröffnete die Genossin Waldhauer die Versammlung und erteilte dem unermüdbaren Agitator des Berliner Vorwärts,

dem Genossen Georg Ledebour das Wort zu seinem Vortrage. „Koloniale Ausbeutung“ war das Thema, welches er in meisterhafter Weise zu behandeln verstand. Fesselnde Klarheit und zum weitesten überwiegenden Teile stehend laufende die Versammlungsteilnehmer aufmerksam den Ausführungen des Redners, ihn hier und da durch Weisfalsäußerungen unterbrechend. Doch die Luft in dem etwas niedrigen Saale wurde, obwohl nicht geheizt worden war, sehr bald außerordentlich schwül und fast unerträglich. Ein Genosse mußte denn auch ohnmächtig aus dem Saal getragen werden, viele andere lüchelten mit biden Schweiszerperlen auf der Stirn den Ausgang. Dem reichlich 1 1/2 Stunden langen Vortrage schloß sich diesmal eine längere Diskussion an, in der von mehreren Rednern die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu der deutschen Kolonialpolitik gebilligt wurde. Einer der Redner hatte selbst sein Glück in den „gefeineten Gefilden“ unserer afrikanischen Kolonien versucht und konnte somit den Versammelten vieles aus eigener Anschauung zum Besten geben. Seine Ausführungen klangen in eine Warnung an die Arbeiter aus, sich als Anstiedler für unsere überseeischen Vaterländer gewinnen zu lassen. Nach einem warmen Applaud an die Frauen schloß die Vortragsende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Aus aller Welt.

Unangenehme Erinnerungen.

Gelegentlich des Kaiserbesuches in Kiel berichtete die „Frankfurter Zeitung“, daß aus der Fürstenloge des Kieler Theaters die Wilber Ludwig XVI. und Marie Antoinettes vor dem Besuche des Kaisers entfernt wurden. Zu diesem Vorgange wird dem Blatt von einem Leser geschrieben, daß derartige Dinge nicht einzig dastehen. Ludwig XVI. die Revolution, der Sohn der Revolution: Napoleon, die Republik, das alles ist, wenn man so sagen darf, eine Familie, und diese Familie ist in Berlin nicht beliebt. Sie ist vielmehr so wenig beliebt, daß im höchsten Berlin sogar schon das Wort Republik verpönt ist. Beweis? — Im vergangenen Sommer waren in der Berliner Akademie französische Kunstwerke ausgestellt, und die Republik hatte aus den Schließern und aus dem unschätzbaren Besiz der „Garde Meuble“ prachtvolle Gobelins gefandt. Der Kaiser wohnte der Eröffnung dieser Ausstellung bei — und an diesem Tage wurden diese Teppiche als Besiz des französischen Staates, nicht der französischen Republik aufgeführt! Nur an diesem Tage, dem schon tags darauf wurden sie als Eigentum der Republik bezeichnet. . . . Aber auch Napoleon ist geachtet — oder er wird als forscher Abenteuerer erwähnt. Eine kleine Geschichte: Der Kaiser hatte auf einer seiner Reisen die Bekanntschaft eines Kaufmanns aus einer norddeutschen Handelsstadt gemacht und er hatte an diesem sehr geraden, sehr aufrechten Manne soviel Gefallen gefunden, daß er ihn in seinem Hause besuchen wollte, als er einmal in die Heimatstadt des Herrn kam. Ein Hofbeamter wurde also in das Haus des Kaufmanns gefandt, um das Programm des Besuches zu berehen. Alles war in schönster Ordnung, da entdeckte der Beamte mit einem Male in dem hallenähnlichen Treppenhause der Villa eine große Statue Napoleons. Er meinte, es sei besser, diese Statue vor dem Besuch des Kaisers zu entfernen. Aber da gab es Widerstand. Der Handelsherr meinte, man könne den Korzen nicht aus der Geschichte austreichen — und er werde die Statue auch nicht aus seinem Hause entfernen. Der Hofmann hörte lächelnd zu — der Napoleon blieb —: Der Kaiser kam nicht. . . . Ob der Hofmann kaiserlicher als der Kaiser war — ich weiß nicht. Aber ich weiß, daß an einem kleinen norddeutschen Hof von den Ereignissen des Rheinbundjahres, die dem Beherrscher dieses Ländchens die Fürstenkrone eintrugen, im Geschichtsbuch der Prinzen keine Rede sein durfte. Ihnen wurde die Annahme des Fürstentitels im Jahre 1808 damit erklärt, daß damals eine „allgemeine Standeserhöhung“ stattgefunden hätte!

Sehr begreiflich, denn es sind für gekrönte Häupter recht unangenehme Zeiten gewesen, die man am liebsten gang aus der Erinnerung streicht!

Absturz eines Schumglers im Aeroplan.

In das Genfer Kantonalhospital wurde am Dienstag ein junger Italiener namens Antonio Emeroglio mit gedrohenen und erfrorenen Weinen eingeliefert. Emeroglio erzählte, daß er versucht habe, mit einem Aeroplan den Mont Cenis zu überfliegen, um Waren von Italien nach der Schweiz zu schmuggeln. Kurz nachdem er die schweizerische Grenze überflogen hatte, stürzte er mit seinem Flugapparat ab und blieb während einer ganzen Nacht im Schnee ohne jede Hilfe liegen. Als man ihn auffand, hatte er beide Weine erfroren. Er wurde zunächst nach einem anderen Hospital und dann auf seinen Wunsch nach dem Genfer Kantonalhospital gebracht.

In der Nähe von Bremen ist am Mittwochvormittag der Abtaker Müller bei einem Flugversuche mit einem Aeroplan eigener Konstitution abstürzt. Müller brach bei dem Sturze beide Weine; sein Apparat wurde völlig zertrümmert.

Kleine Notizen.

Attentat eines Steigers. Auf dem Bauinspektat der „Hohenlohe“-Werk bei Rattowig geriet ein Steiger Eger wegen seiner Entlassung in eine derartige Erregung, daß er auf den ihn kündigenden Vergewerksverwalter Giersberg mit dem Revolver schloß. Giersberg wurde schwer verletzt. Kurz darauf erschloß Eger sich selbst.

Schwerer Automobilunfall. Ein Automobil, in dem sich fünf Personen befanden, rannte in der französischen Hafenstadt Cherbourg mit großer Gewalt gegen eine Mauer. Alle fünf Insassen wurden schwer verletzt ins Hospital gebracht. Das Automobil wurde total zertrümmert.

Die Pest in Charbin. In der Vorstadt Judziadian waren während der Woche vom 12. bis 19. d. M. keine Todesfälle an Pest zu verzeichnen. In Charbin selbst starben vier Chinesen; acht Pestleichen wurden aufgefunden. Im Innern der Mandchurien schreitet die Pest fort.

Briefkasten der Redaktion.

Die letzten drei Nummern findet 2 und 3 und 4, was vier Treiben — 4 1/2 und 1/2 — wochentägig von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Verfallenden bestimmten Posttag ist ein Wochentag und eine Zahl als Wochentag beizufügen. Briefliche Mitteilungen sind nicht erlitten. Bitte Fragen stellen man in der Sprechstunde vor. M. B. 4. 1. 9 M. Staatseinkommensteuer, wenn nicht Abzüge in Betracht kommen. (Siehe den Artikel „Einkommensteuer“ in der Sonntagsnummer.) 2. Ja — S. O. 100. 1. 100 M. 2. 3000 M. 3. Verdingungs- und Denkmälereinfahrt, Pflegsstellen nicht. — G. J. 100. Die Anstellungsfrage erscheint durchführbar. — W. B. 61. Ja. — M. B. 101. Wenn Ihre Zustimmung gestellt hat: nein. — Karl 41.50. Bekommen Sie sich selbst beim Magistrat unter Hinweis auf § 850 Reichsverfassung und § 4 Ziffer 2 des Reichsbeschlagnahmengesetzes und verlangen Sie Rückzahlung von 25.55 M. — S. M. 25. 1. u. 2. Kein. 3. Das Gesetz kennt keine bestimmte Grenze. Das zum Unterhalt nötige soll bleiben werden. — O. G. 80. Dafür sind billige Polizeiverordnungen maßgebend. Umhängen Sie sich daher bei der bostigen Polizeibehörde. Besteht eine dahingehende

Vollstreckung nicht und ist auch im Vertrag nicht darüber gesagt, so muß die Räumung an dem Tage erfolgt sein, mit dem der Vertrag erlischt. — D. M. 25. In, innerhalb eines Jahres nach der Eheauflösung, wenn mindestens 200 Mark entwertet sind. — D. M. 6. Sie sind zur Erfüllung verpflichtet. — H. E. 11. Rein. — Fahrkarte 6633. 1. In den Vorständen der Veranlagungskommission, von dem Sie die Ein-

schätzung erhalten haben. 2. Sie sind erbberechtigt. Vor dem Ableben haben Sie keine Ansprüche. — H. 74. Die Frage läßt sich nur beantworten, wenn wir wissen, welche Gegenstände Sie besitzen und wie groß die Familie ist. Im ersten Sinne entscheidet der Gerichtshof, auf Beschwerde hin bei Vollstreckungs-Richt. — D. M. 100. Fragen Sie bei dem Reisebureau, Unter den Linden 8, an. — G. R. 22. Im Adreßbuch

Band II Teil V Seite 5 sind die Schiedsmänner bezeichnet. — G. R. 108. Ein Besuch an den Justizminister und Befreiung von der Vorsicht, daß der Annehmende das 50. Lebensjahr vollendet haben muß. (§ 1744 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.) — Wald 15. Die Grundsteuer richtet sich nicht nach dem Einkommenssteuergesetz, sondern nach der Grundsteuerordnung der betreffenden Gemeinde. — G. R. Rein.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 28. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Königl. Kinder.

Königl. Schauspielhaus. Der Krampus.

Deutsches. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Königl. Opernhaus. Scherz. Hagenblut.

Kammertheater. Ogge und sein Ring.

Leffing. Glaube und Heimat.

Neues Schauspielhaus. M. Heibelberg.

Romische Oper. Tosca.

Kleines. Der Leibarzt.

Neues Operetten. Die schöne Fidele.

Berliner. Sammelstudenten.

Weiten. Die lustigen Nibelungen.

Neues. Mein erlauchter Ahnherr.

Trion. Hippolyte's Abenteuer.

Residenz. Fernand's Ehekontrakt.

Thalia. Komische Weltreise.

Schiller. O. (Wallner-Theat.)

Gabrielle der Fischer.

Schiller. Charlottenburg. Der Traum ein Leben.

Friedrich. Wilhelmstädtisches. Vagenstreich.

Volkoper. Haskin. La Traviata. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Schauspielhaus. Meers.

Neues. Uns goldene Halb.

Wobers. Der Fiedelherrn Hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Rote. Am Rande des Abgrunds.

Gernfeld. Scheidungs-Souper. Der Schwester.

Golies Caprice. Der Feldwebel. Hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Duria — Wir leben noch!

Kasino. Julie Wippchen.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Spezialitäten.

Boigt. Die feindlichen Brüder.

Neues. Staatsanwalt Alexander.

Reichshallen. Steiner Sänger.

Karl Haberland. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Kaiser. Panorama. Im Dome des Vesuv. Neapel, Vesuv, Lavafelder etc. Letzte Woche franz. Riviera. Eine Reise 20 Pf. Kinder 10 Pf. Abonnements 1 R. Laul. Abonment.

Im Gürtaal: Abends 8 Uhr: Prof. Dr. F. Rathgen: Glas und Quarzglas.

Sternwart. Invalidenstr. 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Dr. O. Bongard: Mit dem deutschen Kronprinzen durch Indien.
Hörsaal 8 Uhr:
Professor Dr. F. Rathgen: Glas und Quarzglas.

Kaiser-Panorama.
Im Bannkreis des Vesuv. Neapel, Vesuv, Lavafelder etc. Letzte Woche franz. Riviera. Eine Reise 20 Pf. Kinder 10 Pf. Abonnements 1 R. Laul. Abonment.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Uns goldene Halb.
Freitag: Aus erster Ehe.
Sonnabend 4 Uhr letzte Kinder-vorstellung in dieser Saison: Hader-joch. 8 Uhr: Aus erster Ehe.



Apollo Theater.
Ab 8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit
das große komische
März-Programm.
Abends 9 1/2 Uhr:
Berlins Sensation
Alwin Neuß
Tony Teitzlaff
in dem Sensationsstück: **Beregis.**

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern v. A. Grand. Musik v. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. A. Schütz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.



Wintergarten.
März-Attraktionen!
Olga Desmond
Robert Steidl
und eine Auslese
hervorragender
Kunstkräfte!
Rauchen gestattet.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
Chinesentruppe
und das große neue März-
Programm.
14 Varieté-Neuheiten.

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Burgtheater.
Festsäle und Kinematograph
norm. Groterjan. Inhab.: Rud. Herz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U. Sonn. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 23. März 1911:
Die Kinder der Exzellenz.
Kasseneröffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gabrielle der Fischer.
Eine Burleske in 4 Aufz. u. 6. Freecanz.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen
von Franz Grillparzer. E. 10 1/2 U.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Nathan der Weise.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 52. Zimmerstr. 90-91
Heute: Gastspiel
des K. K. Hofball-Musik-Direktors
C. M. Ziehrer
mit seinem aus 65 Wiener Künstlern
bestehenden Orchester.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstoor
Größter Konzertsaal Berlins
Am 28., 29., 30. und 31. März 1911:
Gastspiel von
Johann Strauß Wien
mit seiner vollständigen Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Platz 75 Pf.

Excelsior - Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße).
„Lisa“
(Ihr erstes Debüt), ein Lebensdrama, müssen Sie sehen.
Dann die Dramen: „Der Kaufmann von Venedig“ Farbkinematographie sowie
„Der König von Rom“. Ferner: „Moritz hat sein Monocle verloren“.
„An Bord eines französischen Panzerschiffs“ usw. usw.
Anfang Wochentags 8 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachmittags.

Sport-Palast
Potsdamer Straße No. 72

6

TAGE-RENNEN
24.-30. März.

Karl Haberland-
Anfang Theater. Romanbanten-
brög. 8 Uhr. Straße 77/79.
Heute neue Burleske
sowie
erstklassige Spezialitäten.

Folies Caprice.
Zum letztenmal:
feldwebelhügel.
Die abgetretene Frau.
Freitag, den 24. März 1911:
Premiere.

Noches Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnensbr. 16.
Kaisersaler Erfolg
des logischen Schauspielers:
Staatsanwalt Alexander.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorzugskart. gültig.
Morgen: **Maria Stuart.**

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 8 Uhr.

Freie Volksbühne

Neues Schauspielhaus
Die Wiederkehr.
Agnes Bernauer.

Thalia-Theater
Operette
Die schöne Helena.
Moral.

Residenz-Theater
Die 300 Tage.

Herrnfeld-Theater
An d. Reiches Pforten.

Leffing-Theater
Das Konzert.
Vor Sonnenaufgang.

Die Einloßkarten zur Extravorstellung im Leffing-Theater
am 1. Osterfesttag, den 16. April, werden in den Zahlstellen aus-
gegeben.
240/12
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Zirkus A. Schumann.
Donnerstag, den 23. März 1911,
abends 7 1/2 Uhr:
Automobil-
Ueberholungs-
rennen in d. Luft
Große Sensation
angeführt mit 2 Automobilen
v. d. Prof. Max. Mr. Arnaud und
Milo. Georgina.
9 1/2 Uhr
Der große Coup d. Schmutzger.
Vorher: Das gr. Programm.

Zirkus Busch.
Donnerstag, 23. März, abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung:
Nordini
mit seinen staunenerregenden
Masken- und Atem-Experimenten.
Herr Georg Burkhardt. Football,
Schulreiter. **The 3 Claerces.**
Herr Ernst Schumann, Noudreas.
Die Fratians, ber. Reiterfaun.
3 Gebr. Fratellini, urk. Clowns.
Franz Steidler, radfahrender
Bauchredner.
Um 9 1/2 Uhr zum 94. Male:
„Armin.“

Herrnfeld
Theater
Heute: zum 3. Male: Die Noctäden
Das Scheidungs-Souper
von Julius Hest.
Ein Verlobungsgeschäft
von Anton und Donat Herrnfeld.
Die Bar-Schwester
von Anton und Donat Herrnfeld.
Mitwirkende:
Anton Herrnfeld, Donat Herrn-
feld, Martin Bendig, Jacques
Morway, Armin Frangetti, Seb.
Gobiel, Hans Marton, Hugo
Döblin, Walter Kallen, Jos.
Nischinger, Bernh. Förster, John
Riech, Sel. Tichopol, Carlo
Wingbauer, Grete Weillide, Grete
Kroll, Goldi Ruk, G. Wiele.

Casino-Theater
Potringer Straße 57. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis 30. März:
Julie Wippchen.
Ab 31. März: **Zwei Wappen**
von Blumenthal und Kadelburg.
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Dah und Liebe.**

Voigt-Theater
Gelandorbrunnen, Badstraße 58.
Donnerstag, den 23. März 1911:
Gastsp. in Trapp's Festfällen. Tegal.
Die feindlichen Brüder.
Schauspiel in 4 Aufz. von Erdmann-
Charian.
Kasseneröffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kühles
Varieté-Theater
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Walhalla-Theater.
Holenth. Tor. Weinbergstr. 20
Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Merkwürd. Revue.
Sonntagsnachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72.
Novität! Der
Weltmeister-Boxer.
Gesangspolke von Ely und Schlotter.
Original! **Boxkampf** Original!
zwischen Boris Hofmann u. Franz Sobanski.
Neue Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 1 1/2 Uhr.

Theaters
Weddings
Neuer
Spielplan.
Ausstattkapelle:
Dir. Max Neumann, Wien.
Nachmittags von 5-8 Uhr wird
jedem Besucher
eine Probetasse Bickers Kakao
gratis verabreicht.

Theater Sanssouci
Lichtspiele
Eröffnung
25. März
Kottbuser Straße 6
Hochbahn, Kottbuser Tor.
Fassungsvermögen 1500 Personen.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
8200*
C. Nible.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.
Bosporus am Moritzplatz
Heute:
Das neue Programm
u. a.:
Meyer mit dem Hängeboden.
Anfang 8 Uhr.
Kasseneröffnung 4 Uhr.
Von 11-2 Uhr:
TANZ.

Mila-Säle
Schönhauser Allee 130, Milastr. 3.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Gr. Kavalier-Ball.
Großes Orchester.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Donnerstags haben Vorzugs-
karten Gültigkeit.
Carl Eisner.

Berliner Uk-Trio
Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74, L. L.
Für den Inhalt der Zinerate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

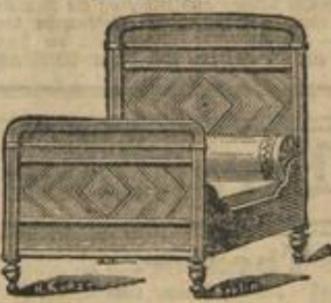
ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Mastergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Eigene Fabrikation im Hause!



zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung.

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister

6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: stehen zur Ansicht bis zu den elegantesten

— Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlachtstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerwerk, für Große Frankfurterstraße 9, Murengang. Geöffnet 1874. Vorwärtslesen 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billig. Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Murengang.

Gardinenhandl. Große Frankfurterstraße 9, Murengang. 2491R

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Gedichte, Romane usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden, 90 Pfennig pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, neue Kissenfederbetten. Ausverkauft. Gardinen, Portieren, Teppiche, **Daunen** große Auswahl. **Wandbilder** Pfandleihhaus, Rindfleischplatz 7. 2200R

Vormärtsleiter erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich Thomas.

Teppiche, vorjährige Muster, für halben Preis.

Gardinen. Restbestände, bis drei Fenster, fünf 3 — 3, fünf 8 — 5, fünf 12 — 8.

Teppich - Thomas. Oranienstraße 100, Oranienplatz; Rosenfelderstraße 54. 2204R

Kredithaus Noahs, Turmstraße 55. Eine Badstube, erhalten die Möbel und Waren jeder Art auf Teilzahlung, unter denkbar günstigen Zahlungsbedingungen. Spezialität: Herren- und Damenbekleidung. Gratis erhält jeder Herr beim Kauf eines Anzuges oder Paletots einen Hut, Stiefel oder Schuh; jede Dame Handtasche oder Gürtel. Beim Kauf größerer Wohnungseinrichtung Teppich oder Regulator. 2232R

Bilder kaufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.

Teppiche! (Flecken) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Dacheimer Markt 4, Bahnhofstraße. (Leier des „Vorwärts“) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

In freien Stunden. Bodenarbeit für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnement notwendig 10 Pf. nehmen alle Ausgaben des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Hermannspias & Pfandleihhaus. Stammenbillige Jackentanzüge, Herrensachen. Herrenpaletots. Extrabilliger Bettenverkauf. Wollverkauf. Teppichverkauf. Gardinenverkauf. Steppdecken. Wollschaffdecken. Kleiderauswahl Schmuckwaren. Taschenrechner. Wanduhren. Vorteilhafte Einkaufsquelle. Pfandleihhaus Hermannspias. Auch Sonntags geöffnet. 120

Kanarienvögel. Zugvögel, (postbillig) Weinmeisterstraße 4, Seitenflügel. 432

3,25 Steppdecken, Brautsteppiche, Wollschaffdecken 5,00, Portieren 3,75, Gardinen, Bezüge, Latzen zum Drängen, Pfandleihhaus, Oranienstraße 23a. 437

3,90 prachtvolle Betten, 7,00 daunige Betten, 10,00 ganzer Stand, rote, violette, zum Drängen, Pfandleihhaus, Oranienstraße 23a. Jahrgel wird vergütet. 437

Drehtrocken. bestes Fabrikat, Federdruck, Luftdruck, Kelleite, leistungs-fähigste Fabrik. Franz Diele, Berlin, Kochstraße 19, Ritzdorf, Friedelstraße 27. 3313R

Vitruvianer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte (postbillig) Stauberstraße 99, Barckhauserstraße 67.

Teppiche. Vormärtsleiter erhalten jetzt 20 Prozent Große Partien Teppiche mit kleinen Bedeckern, circa 200 x 300 11,75, 250/350 16,50, 300/400 20,00. Portieren, Gardinen, Tischdecken, Sofabeden, Läuferstoffe postbillig. Teppichhaus 2. Refektorie, nur Potsdamerstraße 100 B. (Rein Laden.) Hausnummer beachten.

Drehtrocken. Handmangeln, Badmaschinen, Erntemaschinen. Krüger u. Hilfen, Baymannstraße 29.

Wollschaffdecken. Spottbillig! Inventur - Verkauf! Hohelegante Fenstergarnitur 6,35, 7,50, Gloria-tuch, Fenstergarnitur 3,50. Restbestände Wollschaffdecken 3,35. Wollschaffdecken, Dresdenstraße 8 (Stollhof). 2206R

Wollschaffdecken in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Dacheimer Markt 4, Bahnhofstraße. (Leier des „Vorwärts“) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

In freien Stunden. Bodenarbeit für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnement notwendig 10 Pf. nehmen alle Ausgaben des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Hermannspias & Pfandleihhaus. Stammenbillige Jackentanzüge, Herrensachen. Herrenpaletots. Extrabilliger Bettenverkauf. Wollverkauf. Teppichverkauf. Gardinenverkauf. Steppdecken. Wollschaffdecken. Kleiderauswahl Schmuckwaren. Taschenrechner. Wanduhren. Vorteilhafte Einkaufsquelle. Pfandleihhaus Hermannspias. Auch Sonntags geöffnet. 120

Kanarienvögel. Zugvögel, (postbillig) Weinmeisterstraße 4, Seitenflügel. 432

3,25 Steppdecken, Brautsteppiche, Wollschaffdecken 5,00, Portieren 3,75, Gardinen, Bezüge, Latzen zum Drängen, Pfandleihhaus, Oranienstraße 23a. 437

3,90 prachtvolle Betten, 7,00 daunige Betten, 10,00 ganzer Stand, rote, violette, zum Drängen, Pfandleihhaus, Oranienstraße 23a. Jahrgel wird vergütet. 437

Drehtrocken. bestes Fabrikat, Federdruck, Luftdruck, Kelleite, leistungs-fähigste Fabrik. Franz Diele, Berlin, Kochstraße 19, Ritzdorf, Friedelstraße 27. 3313R

Vitruvianer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte (postbillig) Stauberstraße 99, Barckhauserstraße 67.

Teppiche. Vormärtsleiter erhalten jetzt 20 Prozent Große Partien Teppiche mit kleinen Bedeckern, circa 200 x 300 11,75, 250/350 16,50, 300/400 20,00. Portieren, Gardinen, Tischdecken, Sofabeden, Läuferstoffe postbillig. Teppichhaus 2. Refektorie, nur Potsdamerstraße 100 B. (Rein Laden.) Hausnummer beachten.

Drehtrocken. Handmangeln, Badmaschinen, Erntemaschinen. Krüger u. Hilfen, Baymannstraße 29.

Wollschaffdecken. Spottbillig! Inventur - Verkauf! Hohelegante Fenstergarnitur 6,35, 7,50, Gloria-tuch, Fenstergarnitur 3,50. Restbestände Wollschaffdecken 3,35. Wollschaffdecken, Dresdenstraße 8 (Stollhof). 2206R

Geschäftsverkäufe.

Parteilokal mit Lotterieverein billig zu verkaufen wegen anderer Unternehmen. Auskunft Ruppinerstraße 45, Ruppingerstraße 47.

Seifengeschäft (Ladestraße) billig verkaufen Ritzdorf, Ritzdorfstraße 31.

Seifengeschäft. Erstklassig für einzelne Leute, schön eingerichtet, sehr billig veräußert Alt-Bochum 27.

Möbel.

Gebrauchte und neue Möbel am billigsten bei Reifeld, Dittmannstraße 20 (Wolfsbühnen). 2244R

Besteck mit Matrize 12,00, 15,00, 18,00, 21,00. — Englische, nageleint 25,00. Reifeld, Dittmannstraße 20.

Kleiderdränke. Wollschaffdecken, nachbaumartig 27,00, 12,00, 15,00, Reifeld, Dittmannstraße 20.

Einrichtung, vollständige, für Stube, nageleint 120,00. Reifeld, Dittmannstraße 20.

Kücheneinrichtung komplett 45,00. Reifeld, Dittmannstraße 20.

Wollschaffdecken, nageleint, modern 89,00. Reifeld, Dittmannstraße 20.

Wollschaffdecken modern, modern 297, —, Speisezimmer 355, —, Herrenzimmer 200, —, englische Bettstelle mit Matrize 44, —, Kleider-schrank 30, —, Truhen, gelackte 34, —, Schloß 36, —, Wollschaffdecken 55, —, Umbau 50, —, Teppiche, Kleiderlager. Beschäftigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungs-erleichterungen. Größtes 8-8, Sonntag 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Ruppinerstr. 47. 1905R

Möbelschleifer. 1901, Tischlermeister, gegründet 1891, Stallstraße 57 (Ritzdorf), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungs-erleichterung. Vormärtsleiter 3 Prozent. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Möbel! für Brauteute günstigste Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung gebe ich Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Ueberdies dabei ausgefallene bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt günstigste Rückzahl. Wollschaffdecken 45, —, Sofa 45, —, Garnituren 65, —, Truhen 37, —, Schränke, Vertikals 27, —, Kronen, Teppiche, Bilder, Kleidermöbel, Kleiderkasten, Ledersofa, Umbau, Lederhülle usw. (postbillig). Lemmer'sches Möbelgeschäft, Ruppingerstraße 55, Ruppinerstr. 47. Die Möbel sind in vier Stagen aufgestellt. 2201R

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wir schenken und einzelne Stücke auf Kredit unter einfacher Preisunterstützung; auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kreftmann u. Co., Ruppinerstraße 4, Schleißer Bahnhof. 1961R

Auf Teilzahlung komplette Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung sowie einzelner Möbelstücke in kolonialer Ausmalung liefert bei billigen Preisen unter einfachen Bedingungen Schreinermeister Rolke, Ruppinerstraße 39. Kein Warenabgabengeschäft. Ständiges Lager kurze Zeit verleihe gemietete Möbel. 794

Wollschaffdecken 21,00, Kleiderständer 22,00, Chaiselongue 18,00, Wollschaffdecken 15,00, elegante Tischschiff postbillig. Reifeld, Ruppinerstraße 18

Möbelangebot. Im Anhalter Bahn- und Möbelgeschäft Ruppinerstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Wollschaffdecken, stehen wieder verschiedene prachtvolle Zimmer- und ganze Wohnungseinrichtungen zum schmezzigen Verkauf. Ganz besonders billig für Hotels, Pensionate, Brauteute postbillig sind Schloßzimmer 200,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, schöne, 400,00, hübsche Küchen 50,00 an, einzelne Büfette, Bäckerkränze, Kleiderdränke, Vertikals, Ankleideschränke mit Spiegel, Salon-garnituren, Kleiderkasten mit praktischer Decke 22,50, Vaneelsofa, Wollschaffdecken, Schreibstühle schon 28,00, Bettstellen, Spiegelzimmerische, Salontische, Stühle, prächtige Säulenträume 30,00, Lederhülle, Kleiderkasten 30,00, Ruppingerstraße 17,50, hohelegante Salon-teppiche mit kleinen, taum schwebbaren Bechern schon 30,00, Zimmer-teppiche 8,00 an, reichgestickte Wollschaffdecken 7,50, Delgamde, Steppdecken, Herbstdecken, Wollschaffdecken 5,00, Gasströmen, Salonbilder mit elegantem Rahmen, Bildergarnituren, Tüllbetten 2,00 an, Standuhren postbillig. Verschiedene Gelegenheits-gegenstände, zurechtgerichtet, Wollschaffdecken, Teppiche, Freischwinger 12,00. Ganze Warenlager, Konfirmation, Wollschaffdecken, nachlässe übernehme zum schmezzigen Verkauf und Verfertigung. Otto Diele, Ruppiner- und Wollschaffdecken, Ruppinerstraße 25. Ruppinerstr. Transport. Lagerung.

Teilschlüss.

Teilschlüss. Möbelschlüss, Stube und Küche 15 Mark. Verleihen gemietete Möbel (postbillig). Gebrauchte Möbel nehmen in Zahlung. Berolina, Ruppinerstraße 49. 2151R

Kücheneinrichtung. fast neu, 38 Mark. Moderne Küchen 55 Mark. Wollschaffdecken, vorjährige Muster, sehr billig. Kleiderdränke, echt nachbaumartig, 48 Mark. Eigene Werkstatt. Bessel, Große Frankfurterstraße 9. 2227R

Chaiselongue. 21,25 Mark. Wollschaffdecken, Umbauwollschaffdecken, Ruppinerstraße 47, Fabrikgebäude. 2228R

Wollschaffdecken. 10, —, Ede Kostig. S. Frau, bekannt als beste Zeugnisse. Kassa und Teilzahlung.

Möbel (Wollschaffdecken). In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelhaus leben in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefern: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 194, —, 300, —, 422, —, modern 479, —, 2 Zimmer und Küche modern 501, —, 667, —, 721, —, Schlafzimmerschlüssel 199, —, modern, echt Wollschaffdecken, 347, —, Wohnzimmerschlüssel, modern 297, —, Speisezimmer 355, —, Herrenzimmer 200, —, englische Bettstelle mit Matrize 44, —, Kleider-schrank 30, —, Truhen, gelackte 34, —, Schloß 36, —, Wollschaffdecken 55, —, Umbau 50, —, Teppiche, Kleiderlager. Beschäftigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungs-erleichterungen. Größtes 8-8, Sonntag 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Ruppinerstr. 47. 1905R

Möbelschleifer. 1901, Tischlermeister, gegründet 1891, Stallstraße 57 (Ritzdorf), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungs-erleichterung. Vormärtsleiter 3 Prozent. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

Möbel! für Brauteute günstigste Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung gebe ich Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Ueberdies dabei ausgefallene bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt günstigste Rückzahl. Wollschaffdecken 45, —, Sofa 45, —, Garnituren 65, —, Truhen 37, —, Schränke, Vertikals 27, —, Kronen, Teppiche, Bilder, Kleidermöbel, Kleiderkasten, Ledersofa, Umbau, Lederhülle usw. (postbillig). Lemmer'sches Möbelgeschäft, Ruppingerstraße 55, Ruppinerstr. 47. Die Möbel sind in vier Stagen aufgestellt. 2201R

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wir schenken und einzelne Stücke auf Kredit unter einfacher Preisunterstützung; auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kreftmann u. Co., Ruppinerstraße 4, Schleißer Bahnhof. 1961R

Auf Teilzahlung komplette Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung sowie einzelner Möbelstücke in kolonialer Ausmalung liefert bei billigen Preisen unter einfachen Bedingungen Schreinermeister Rolke, Ruppinerstraße 39. Kein Warenabgabengeschäft. Ständiges Lager kurze Zeit verleihe gemietete Möbel. 794

Wollschaffdecken 21,00, Kleiderständer 22,00, Chaiselongue 18,00, Wollschaffdecken 15,00, elegante Tischschiff postbillig. Reifeld, Ruppinerstraße 18

Möbelangebot. Im Anhalter Bahn- und Möbelgeschäft Ruppinerstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Wollschaffdecken, stehen wieder verschiedene prachtvolle Zimmer- und ganze Wohnungseinrichtungen zum schmezzigen Verkauf. Ganz besonders billig für Hotels, Pensionate, Brauteute postbillig sind Schloßzimmer 200,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, schöne, 400,00, hübsche Küchen 50,00 an, einzelne Büfette, Bäckerkränze, Kleiderdränke, Vertikals, Ankleideschränke mit Spiegel, Salon-garnituren, Kleiderkasten mit praktischer Decke 22,50, Vaneelsofa, Wollschaffdecken, Schreibstühle schon 28,00, Bettstellen, Spiegelzimmerische, Salontische, Stühle, prächtige Säulenträume 30,00, Lederhülle, Kleiderkasten 30,00, Ruppingerstraße 17,50, hohelegante Salon-teppiche mit kleinen, taum schwebbaren Bechern schon 30,00, Zimmer-teppiche 8,00 an, reichgestickte Wollschaffdecken 7,50, Delgamde, Steppdecken, Herbstdecken, Wollschaffdecken 5,00, Gasströmen, Salonbilder mit elegantem Rahmen, Bildergarnituren, Tüllbetten 2,00 an, Standuhren postbillig. Verschiedene Gelegenheits-gegenstände, zurechtgerichtet, Wollschaffdecken, Teppiche, Freischwinger 12,00. Ganze Warenlager, Konfirmation, Wollschaffdecken, nachlässe übernehme zum schmezzigen Verkauf und Verfertigung. Otto Diele, Ruppiner- und Wollschaffdecken, Ruppinerstraße 25. Ruppinerstr. Transport. Lagerung.

Garnituren.

Garnituren. Sofa, Chaiselongue, Ledermöbel enorm billig in der Fabrik Stallstraße 25, an der Hochbahn 10/13

Chaiselongue 20, —, Lederhülle (eitel 70, —, nageleint. Lagro, Ruppinerstraße 88.

Wollschaffdecken, Matrize, nachbaumartig. Angermann, Ruppinerstraße 5. 178

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, Vorderecke, kinderlos, allein, an Parteilokal, 1. April billig. Rathes, Sandersstraße 13. 124

Mietsgesuche.

Kleines möbliertes Zimmer oder Schlafstelle (allein) sucht junger Mann zum 1. April. Schleißerbahnhof oder Jannowstraße. Offerten L. L. „Vorwärts“-Expedition Stettinerstraße.

Junger Mann sucht zum 1. April möbliertes Zimmer (allein). Nähe Ruppinerstraße. Offerten P. S. 20 mit Preis Postamt 39. 152

Möbliertes Zimmer mit Schreibtisch und Bücherpind in Schönhauser Vorstadt sucht Parteilokal sofort. Offerten unter „Beleglich“ an die Expedition Spandauerstraße 123. 116

Partei - Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Potsdam. Das Lokal „Viktorgarten“ steht der organisierten Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung, ist somit gesperrt.

In den Kammerräumen, Zeltower Straße Ecke Bellealliancestraße, findet am 25. März ein Vergnügen des Vereins der Kassierer und Kontrollreue Berlins statt.

In Zehlendorf ist das Lokal Preussischer Adler von Bonow, Berliner Straße 16, für unsere Parteiveranstaltungen frei.

Die Lokalkommission.

Ragel, Lichtenow und Kleinbaum. Am Sonntag, den 26. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet für die drei Orte im Lokal des Herrn Fritz Donnerberg in Ragel eine öffentliche Versammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

folgte gestern in einer außerordentlichen Sitzung, für die nur die Beratung des Stadthaushaltsetats auf die Tagesordnung gesetzt worden war, mit diesem noch sehr umfangreichen Penium womöglich fertig werden.

Die Eile der Mehrheit wurde sogleich zu Beginn der Sitzung bei dem Etat des Obdachs aufgehoben durch unseren Genossen Fuch, der an diesem zu trauriger Berühmtheit gelangten Institut der Stadt schonungslos Kritik übte.

Nachdem dann beim Etat des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichts von unseren Genossen Hinz und Ritter einige leider sehr berechtigte Beschwerden vorgebracht und ein diesbezüglicher Antrag der Fraktion angenommen worden war, brachte beim Etat der Friedhöfe Genosse Reid die Gebührenerhöhung zur Sprache.

Beggegründete Ausgabeposten wieder einzuführen, beantragte die sozialdemokratische Fraktion bei verschiedenen Etats, bei der Straßenbeleuchtung, bei den Straßenpflasterungen, aber die Mehrheit hielt fest an den vom Ausschuss vorgenommenen Streichungen.

Zu den erregten Auseinandersetzungen über die geradezu skandalöse Art der Zurechtmachung des diesjährigen Etats kam es infolge eines von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrages, für die Caswerke einen Abschreibungsbeitrag in der erforderlichen Höhe in den Etat einzusetzen.

Genosse Sassenbach kennzeichnete nach Gebühr das Verfahren des Ausschusses, der hier alle bisherigen Grundstücke preisgegeben hat, nur um die Balancierung mit 100 Proz. Einkommensteuer zu erzwingen.

Die Mehrheit war entschlossen, die ganze Etatsfestsetzungs-Komödie noch in derselben Sitzung zu Ende zu bringen. Einen Antrag auf Vertagung lehnte sie ab.

In der Säuglingsfürsorgeheile 1, Blumenstr. 78, findet im April je einmal wöchentlich Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt.

Von Kellamerschilber in Berlin. Nach den §§ 93 und 94 der Berliner Straßenpolizeiverordnung ist eine polizeiliche Genehmigung für die Anbringung von Anschlagungsmitteln des Gewerbebetriebes erforderlich, wenn diese von der Straße aus sichtbar sind.

lenkt. Der Polizeipräsident versagte die Genehmigung dazu. Der Bezirksausfahrgab gab der dagegen gerichteten Klage Dentils statt und hob die Genehmigung versagende Verfügung auf, weil durch jene Vorrichtung keine Störung des Verkehrs auf der Straße hervorgerufen werden könne.

Das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil wieder auf und wies die Klage Dentils endgültig ab. Begründend wurde ausgeführt: Aus dem Wortlaut der §§ 93 und 94 der Berliner Straßenpolizeiverordnung folgt, daß für die Erteilung beziehungsweise Verweigerung der polizeilichen Genehmigung das freie Ermessen der Polizei maßgebend sein solle.

Ein tragischer Vorgang hat sich gestern vormittag in der Mödernstraße abgepielt. Die 20 Jahre alte Tochter des Oberkalkulators Schellin, Kirchbafstr. 18 wohnhaft, stürzte sich aus dem dritten Stockwerk des Hauses Mödernstr. 118 auf die Straße hinab.

Gegen die Lustbarkeitssteuer

hat die Zentralfstelle für die Interessen der Fremdenverkehrs folgende Resolution beschloffen:

Die Zentralfstelle protestiert auf das Nachdrücklichste gegen die in Sachen der Lustbarkeitssteuer von der Kommission der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschlüsse. Sie richtet im Interesse des Fremdenverkehrs, im Interesse der von der Steuer in ihren Existenzbedingungen bedrohten Unternehmungen und im Interesse der noch lange nicht abgeschlossenen Entwicklung Berlins zur Fremdenstadt die dringende und nachdrückliche Bitte an das Plenum der Stadtverordnetenversammlung, diesen Beschlüssen keine Zustimmung zu verleihe.

Zeitungs-Monopolisierung. Die „Deutsche Warte“, das ehemalige Leiborgan des ehemaligen sächsischen Regierungsrats v. Studny, ist wie wir voraussetzten, schon kurze Zeit nach dem Verkauf vollständig nach rechts abgewandt.

Zu dem Mord in der Bohnenstraße wird mitgeteilt: Bis jetzt hat die Kriminalpolizei 80 Personen aus dem Bekanntenkreise der ermordeten Frau Schramm ermittelt und eingehend vernommen, eine Spur des Täters aber dabei nicht gefunden.

Der Leiter des Gewerbekommissariats Polizeidirektor Maurer, Markgrafstr. 25 wohnhaft, ist gestern gestorben.

Ein Pistolenduell im Charlottenburger Schlosspark fand zwischen dem Leutnant der Reserve des ersten Eisenbahngregiments A. St. und dem Studenten der Technischen Hochschule Otto K. statt. Die

Bedingungen lauteten der „Charl. Neuen Zeit“ zufolge auf zwei-maligen Kugelwechsel. Während die ersten beiden Schüsse fehl gingen, wurde der Student beim zweiten Kugelwechsel durch ein Kopfe verwundet. Nach Anlegung eines Rotbandes durch einen Oberarzt vom Königin-Elisabeth-Garde-Grenadierregiment wurde er nach seiner Wohnung übergeführt.

Ein Betriebsunfall ereignete sich gestern nachmittags 1/2 5 Uhr in der Nähmaschinen-Stahlplatten-Schleiferei, Sophienstr. 21. Der dort beschäftigte 18 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Schmidt, Koloniestr. 129 wohnhaft, war vor der Maschine stehend im Begriff, sich am Handtuch die Hände abzuwischen, als das Tuch plötzlich von der Maschine erfasst wurde und Schmidt mit dem Daumen in dieselbe geriet.

Aus dem Fenster gestürzt hat sich gestern morgen um 8 1/2 Uhr die 20 Jahre alte Tochter Gerda des Oberkalkulators Schellin aus der Kirchbafstr. 18. Am Dienstag entfernte sich das Mädchen von der elterlichen Wohnung und sagte, es wolle in ein Warenhaus gehen, um Einkäufe zu besorgen.

Gefunden wurde am Sonntag, 19. März, 11 Uhr abends, in Rankow, Mühlent- und Florastraßen-Ecke, ein goldenes Armband mit Anhängsel. Dasselbe kann die Verliererin abends nach 7 Uhr bei Böllmer, Rankow, Mühlentstr. 64, abholen.

In der Frauenversammlung bei Freyer, Kopenstr. 29, sind ein Schirm und mehrere Handschuhe gefunden worden. Als verloren sind gemeldet: ein Schirm und eine schwarze Boa.

Vorort - Nachrichten.

Rixdorf.

Tödlicher Absturz eines Zimmermeisters. Ein Opfer seines Berufes wurde gestern vormittag der 39 Jahre alte Zimmermeister Richard Böhlke aus der Siegfriedstraße 13. Er war auf dem Neubau Donaustraße 10 mit dem Regen von Balken beschäftigt.

Wilmerdorf.

Zur Wilmerdorfer Wohnungspolitik. Im Einverständnis mit der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ist der Magistrat von Wilmerdorf beabsichtigt, der Arbeiterschaft das Wohnen am Ort nach Kräften unmöglich zu machen. Für ganzes Stadtviertel werden, ohne daß, genau genommen, eine gesetzliche Befugnis hierzu gegeben ist, nur dann Kaufkonjense erteilt, wenn die Bauherren sich ausdrücklich zur Herstellung von großen Wohnungen verpflichten.

Charlottenburg.

Selbstmord aus Mangel an Nahrungsmitteln. Im Charlottenburger Schlosspark verfuhrte am Dienstagnachmittag gegen 6 Uhr der 17 jährige Handlungsgehilfe Alfred Edert durch Erschießen seinem Leben ein Ende zu machen. Der junge Mann war vor einigen Wochen aus Stettin hierhergekommen, in der Hoffnung, daß er hier eine Stellung finden werde.

fam er schließlich zu dem Entschluß, aus dem Leben zu scheiden. Gestern, der sich eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt hatte, wurde in schwerverlegtem Zustande nach dem Krankenhause Westend gebracht.

Treyptov-Dammshulentweg.

Bei der Wahl der Arbeitgeber zum hiesigen Gewerbegericht am gestrigen Tage wurden von 170 eingeschriebenen Wählern 95 Stimmen abgegeben. Hiermit entfielen auf die Liste I (vom sozial-demokratischen Wahlverein) 64, auf Liste II (Bürgerliche Gewerkschaft) 18 und auf Liste III (Handwerkerverein) 15 Stimmen. Es erhalten demnach Liste I 6 Weißiger, Liste II 2 Weißiger und Liste III 2 Weißiger.

Die Wahl der Arbeitnehmersprecher, die am Sonntag, den 26. März, stattfinden sollte, fällt aus, weil von den wahlberechtigten Arbeitnehmern nur eine Vorschlagsliste eingereicht worden ist. Die auf der Liste genannten Kandidaten gelten nach § 14 des Ortsstatuts als gewählt.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Daß die Kirche ihren Steuerertrag von Gerechten und Ungerechten nimmt, ist vom „Vorwärts“ in den letzten Jahren häufig genug an verschiedenen Beispielen gezeigt worden. Undeuterbar wie sie nun einmal ist, kommt die Kirche aber nicht auf den Einfall, nur endlich einmal ihre Steuerlisten mit den bestehenden Verhältnissen in Einklang zu bringen. Nach wie vor sucht sie auch denen ihren Obolus abzuschöpfen, die längst ihren Austritt aus derselben erklärt haben. Auch in Zehlendorf werden längst Ausgetretenen geharnischte Mahnungen ins Haus geschickt mit dem Hinweis, daß bei ausbleibender Zahlung die Zwangsverfügung erfolgen wird. Und die Kirche spahrt nicht. Bald nach Ablauf des Termins stellt sich dann der Gerichtsvollzieher — ein würdiger Pendant zu dem Gründer der Kirche, der seinen Anhängern Liebe und Duldsamkeit gepredigt hat — ein, um den blauen Anlauf an etwa im Proletariatshaushalt entbehrliche Südde zu heben. Da hat der Beamte schon wegen der Armut der Betroffenen kein Glück. Aber häufig begegnet es ihm auch, daß ihm die Kirchenaustrittserklärung vorgehalten wird, die längst die Steuerfreiheit dieser Schächer von der Kirchensteuer sanktioniert. In diesem Falle muß er ja dann abziehen, oft begleitet vom demütigen und weinenden. „Trösten Sie sich, Sie sind nicht die Einzige, das ist mir in den letzten Tagen häufiger passiert“ so sprach der würdige Mann dieser Tage zu einer Parteigenossin, die ihrem Untollen über die vermuthlichen Verhältnisse in den kirchlichen Bureau etwas lebhaft Ausdruck gab. Auf etwas mehr Ordnung müßte die Kirche bei der Führung der Listen doch bedacht sein.

Friedrichshagen.

Der Entwurf des Gemeindehaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1911 bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 708 600 M. (im Vorjahre 680 800 M.). Das Gemeindevermögen beträgt 2 257 853,14 M., die Gemeindeforderungen betragen 1 691 284,07 M., demnach ist ein Vermögensüberschuß von 566 618,07 M. vorhanden. — Die Einnahmepositionen setzen sich zusammen aus: den Vorjahren 30 480 M., gewerbliche Unternehmungen 64 921 M., Ueberschuß aus dem Betriebe der Gasanstalt (die am 1. Oktober 1911 nebst Grundstücken, Gebäuden, Apparaten, Rohrnetz usw. für einen Erwerbepreis von 1 300 000 M. in Gemeindebesitz übergeht) für das Winterhalbjahr 1911/12 20 000 M., Kanalisation 48 000 M., Zuwendungen für die Armenverwaltung 693 M., Kurparkverwaltung 1451 M., Baupolizeiverwaltung 1500 M., Rinsen aus Kapitalien 218 M., Einnahme aus Grundstücken 4502 M., Straßen- und Wege 3853 M., Feuerlöschwesen 220 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtverwaltung 7250 M., Volksschulverwaltung 11 800 M., Realgymnasium 58 167,68 M., Gesundheitspolizei 4280 M., indirekte Steuern 41 200 M., direkte Steuern 419 160 M. (140 Proz. der Staatseinkommensteuer, 280 Proz. Gewerbesteuer 1. und 2. Klasse und 210 Prozent 3. und 4. Klasse, 140 Proz. Betriebssteuer, Grundwertsteuer 3,5 pro Tausend für bebauten und 7 pro Tausend für unbebaute Grundstücke), Titel: „Insgesamt“ 1 277,64 M. — Von den Ausgabebudgetpositionen ist hervorzuheben: Für gewerbliche Unternehmungen 50 552 M., Kurparkverwaltung und Verschönerung des Ortes und seiner Umgebung 5111 M., Baupolizeiverwaltung 6765,90 M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindeforderungen 22 945,18 M., für Gemeindegrundstücke 4200 M., für Straßenreinigung, Unterhaltung der Straßenrinnen und Erhaltung der Straßenbäume 61 700 M., Feuerlöschwesen 2400 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtverwaltung 107 600 M., für Volksschulverwaltung 175 200 M., höhere Schulen 108 600 M., Gesundheitspolizei 13 528 M., Armenverwaltung insgesamt 38 700 M., laufende Unterstützung an Ortsarme 19 500 M., Speisung armer Schulkinder 2400 M., sonstige Unterstützungen, An- und Verpflegungskosten für in Anhalten untergebrachte Kranke, Entschädigung des Armenarztes usw. 16 800 M., indirekte Steuern 415 M., direkte Steuern (24 Proz. Kreissteuern) 51 000 M., für Arbeitslosenunterstützung inklusive Arbeitsnachweisverwaltung und Hoffenbarkarbeiten 300 M., Titel: „Insgesamt“ 11 092,92 M. — Die Spezialsetats bilanzieren in Einnahme und Ausgabe: die Wasserleitung mit 54 700 M. und die Kanalisation mit 48 000 M. Das Realgymnasium hat eine Ausgabe von 98 100 M., dagegen eine Einnahme von 58 167 M., der Gemeindezuschuß beträgt demnach 41 932,14 M. — Für einen späteren Erweiterungsbau des Rathauses ist das nächste Grundstück, Friedrichstraße 88, von der Gemeinde für 60 000 M. erworben worden.

Morgen, Freitag, nachmittags 5 Uhr, wird die Gemeindevertreterversammlung mit der Beratung des Gemeindeetat beginnen.

Schwabbe.

Die diesjährige Gemeindevertreterwahl findet am Sonnabend, den 25. März, im Gemeindefestsaal statt. Die dritte Abteilung wählt nachmittags von 4 1/2—7 Uhr, Genossen! Seid pünktlich und Mann für Mann zur Stelle. Uns muß der Sieg gehören. Die Genossen, welche mit Schwabben zusammen arbeiten, werden gebeten, dieselben auf die Wahl aufmerksam zu machen.

Das Komitee.

Zerpenschlause (Kreis Niederbarnim).

Endlich ist es am Sonntag unseren Genossen gelungen, in der schwärzlichen Ede Niederbarnims eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Unter freiem Himmel fand sie auf dem Richterlichen Ackergrundstück an der Prenzlauer-Berliner Chaussee statt. Kriegervereine und patriotische Vereine wurden gegen die Versammlung mobil gemacht. 100 Mann wurden dem Grundstückeigentümer geboten, damit er den Pachtvertrag mit dem Einberufer, Genossen Thurn, rückgängig mache. Der Versuch zur Verteilung zum Vertragsbruch fiel auf steinigem Boden. Am Sonnabendabend wurde dann im Kriegerverein der Vorschlag gemacht, zur Versammlung selbstmächtig ausgerüstet bewaffnet zu erscheinen. Dieser Landfriedensbruchvorschlag wurde wohl mit Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafe abgelehnt. Ein anderes sinnliches Komplott wurde von Kriegervereinstern und Mitgliedern des „patriotischen“ Vereins geschmiedet und unter Leitung des Amtsvorstehers Seeger in Zerpenschlause angefaßt. Gegen 100 Personen, darunter auch einige Frauen von „Patrioten“, rotteten sich auf dem dem Versammlungsgrundstück benachbarten Grundstück zusammen, um ihre geistigen Kräfte durch gewalttätige Störung der öffentlichen Ordnung zu erproben. Kaum hatte der Referent, Genosse Stadthagen, seinen Vortrag „Nieder mit der Reaktion“ begonnen, so schrien unter Verantwortlicher Redakteur: Albert Wahn, Berlin. Für den

Leitung des Amtsvorstehers einige Personen umberschämt, es muß mit einem Hoch auf den Kaiser begonnen werden und blasphemierten die Königsstube durch ein tolles Geheul, das mit einem Hoch auf den Kaiser begann und in liebenswürdigen Zurufen, wie O Hse, Jude, verrückt, Vagen, Widdsinn, fortwährte. Dazwischen erschallten Kriegsrufe aus dem Hause wie: Kommt doch her, wenn ihr Keile haben wollt. Der Einberufer machte darauf aufmerksam, daß jeder, der anständig sich bewege, Zutritt zu der Versammlung habe und an der Diskussion teilnehmen könne. Die Versammlung fände auf dem Richterlichen Grundstücke statt, die auf dem Nachbargrundstück Befindlichen nähmen an einer nicht genehmigten Zusammenrottung teil, mit der die einberufene und genehmigte Versammlung nichts zu tun habe. Die Teilnahme an der Versammlung auf jenem Grundstück sei rechtswidrig. Einige der unter Leitung des Amtsvorstehers in Gebrüll und Störung der Ordnung Egerzierenden traten dann auf das Nachbargrundstück und nahmen ohne besondere Störung an der Versammlung teil. Nur gegen wenige der Uebergetretenen mußte der Einberufer von seinem Hausrecht Gebrauch machen, nachdem die Persönlichkeiten der Mandatierenden durch Gendarmen festgesetzt waren. Unter wiederholtem Beifall der Versammlungsteilnehmer schülderte Stadthagen die Laten und Gefahr der Reaktion und begründete die Notwendigkeit gewerkschaftlicher und politischer Organisation auch der Frauen, deren Bestrebungen zur Erreichung des Wahlrechts gerade am 18. März eine Würdigung fanden. Josen und lärmende Zwischenrufe der oben erwähnten Art erschweren zwar die Versammlung, erzielen aber das Gegenteil des von den Mandatführenden gewünschten Erfolges. An komischen Intermezcos fehlte es nicht. So rief der Amtsvorsteher Seeger einmal: „Jetzt ist der Jude heißer.“ Dabei entfiel ihm sein Gebiß. Der schnelle Griff, mit dem seine mit gelbem Handschuh umhüllte Hand den Flüchtling wieder mundfest machte, löste eine klärrische Heiterkeit aus. Nach dem etwa einhändigen Referat meldete sich zunächst ein wohl wirtschäftlich von den „Patrioten“ abhängiger Seiler zum Wort, turnte über den die Grundstücke trennenden Graben hinüber und erklärte dann kleinlaut: ich verzichte auf das Wort. Der Amtsvorsteher hopfte dann gleichfalls über den Graben und suchte vergeblich den Seiler zu erhitigen Flügeln zu bewegen. Er und sein Mundstück muhten auf Verlangen des Einberufers den Versammlungsraum verlassen und mischten sich wieder unter die übrigen Ruheföhler auf dem Nachbargrundstück.

Für den Amtsvorsteher und einen Lehrer und Kantor Albrecht dürfte — abgesehen von einer öffentlichen Anklage wegen Landfriedensbruchs, großen Unfugs usw. — die Versammlung noch ein kleines gerichtliches Nachspiel wegen Zurußen, wie „Sie Däh, reiß für Dalboß, verrückt, Widdsinn“ und dergleichen haben. Nach der Versammlung zog die Amtsvorsteher-Kohorte nach dem Versammlungsort ihres „patriotischen Vereins“, um ihrem geprühten Herzen über die „Unverschämtheit“ des Sozialdemokraten im allgemeinen und „des Juden“ im besonderen Luft zu machen, in Zerpenschlause eine Versammlung abzuhalten. Inzwischen meldeten sich mehrere Versammlungsteilnehmer bei unserem Genossen zum Beitritt in die Organisation. Bei der Reichstagswahl 1907 entfielen in Zerpenschlause auf den sozialdemokratischen Kandidaten 4, auf den konservativen 145 Stimmen. Unsere Genossen können mit dem Erlolge der Sonntagversammlung recht zufrieden sein. Die Empörung über das Gebahren des Amtsvorstehers und seiner Genossen hat manchen schneller über den geistigen Konkerotti der konservativen Partei mitams ihren „Krieger“, „patriotischen“ und antisemitischen Vereinen aufgeführt als Flugblätter und Versammlungen als vermögen.

Mariendorf.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wohlvereins referierten die Genossen Jeserich und Reichardt über: „Die Maßfrage und Stellungnahme zur Montagsausgabe des „Vorwärts“.“ Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag des Mariendorfer Vorstandes abgelehnt, wonach zur Gründung des Maßfonds der am 1. Mai Arbeitende die Hälfte des Tagesverdienstes abzuliefern hat. Angenommen wurde der Antrag des Zentralvorstandes. Die Frage einer „Vorwärts“-Montagsausgabe zeitigte folgenden Beschluß: 1. Wenn es unmöglich ist, die Montagsausgabe ohne Abnennmenserhöhung einzuführen, so verzichtet die Versammlung lieber darauf. 2. gönnen die Versammelten den Festungsfrauen sowohl wie auch den sonstigen hierbei in Frage kommenden Mitarbeitern in der Woche einen Tag der Ruhe.

Punkt 3—4 des Generalversammlungsbeschlusses vom 10. Februar 1911 betr. Umabstimmung bei Beitragserhöhung und wichtigen Änderungen des Organisationsplans wurden angenommen.

Genosse Schlicht regte die Bildung einer Arbeiterkammerabteilung für Mariendorf-Tempelhof an und ersuchte um regere Unterstützung. Als Bezirksführer des neugegründeten 6. Bezirks fungiert Genosse Kamml.

Alt-Hilensie.

Der hiesige Gemeindevorsteher Herr Seidmann ersucht und unter Bezugnahme auf die am 10. März veröffentlichte Notiz um Aufnahme folgender Sachdarstellung: In Nr. 84 wird unter Alt-Hilensie anlässlich der am 11. d. M. vollzogenen Wahl eines Gemeindevorstandes der dritten Abteilung unter anderem auch berichtet, daß der Gemeindevorsteher dem Wunsch um Abschreibung der Wählerliste nicht habe nachkommen können, weil die Gemeindevertretung es abgelehnt habe, einen weiteren Sekretär im Gemeindedienst anzustellen und ferner, weil nach Bezügen das Bureaupersonal nicht gewillt sei, für den sozialdemokratischen Wahlverein schriftliche Arbeiten zu verrichten.

Mein Heem Genossen Winkelmann erteilt und in der Versammlung am 5. d. M. verkündeter Bescheid lautet aber wörtlich: Ich sehe mich nicht in der Lage, Ihrem mir mündlich vorgebrachten Antrage betreffend die Herstellung einer Abschrift der Gemeindevorstandesliste im Gemeindebureau auf Kosten des sozialdemokratischen Wahlvereins zu entsprechen.

Einmal hat der Schöffe Bartenheimer in einer öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung ohne Widerspruch von irgend-einer Seite, also auch unter Zustimmung der Arbeitervortreter getadelte, daß Schreiben für Vereine usw. im Gemeindebureau erledigt werden. Ich würde mich also mit jenen von der Gemeindevertretung gebilligten Ausführungen des Schöffen Bartenheimer in Gegensatz bringen, wenn ich eine Ausnahme zugunsten des sozialdemokratischen Wahlvereins nachlassen wollte.

Zum andern können die Beamten einmütig die Anfertigung der erbetenen Abschrift außerhalb ihrer Dienststunden ab und zwar, wie mir berichtet wird, weil in der Hauptsache ihre freie Zeit bereits durch den Dienst in Form von Ueberstunden erheblich in Anspruch genommen wird und ihnen auch die wiederholten, nach ihrer nicht unzutreffenden Ansicht grundlosen Angriffe gegen die Verwaltung und Bureaupersonal nicht Veranlassung bieten können, noch anderweite Ueberstunden zu leisten.

Indessen will ich unter Hinweis auf die Bestimmung des § 56 Absatz 1 der Landgemeindegenehmigung anerkennen, daß ich inorrekter gehandelt habe, aber nur weil ich die Abschreibnahme der Wählerliste durch Ihre Genossen nach Ablauf der Auslegungsrfrist der Wählerliste nachgelassen habe. Dies soll in Zukunft nicht wieder geschehen.

Nieder-Schöneweide.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wohlvereins nahm nach Anhörung des zweiten Vortrages des Genossen Groger über das Inzeratenteil beantrag.: Th. Wlad, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

Thema: „Die politischen Parteien und ihre Programme“ zur Frage des Maßfonds folgenden Antrag an. Es sollen von dem Gewerkschaften sowie der politischen Organisation einseitliche Mandaten herausgegeben werden. Jeder gewerkschaftlich oder politisch Organisierte hat eine Karte zu entnehmen, wenn er den 1. Mai nicht feiern kann. Bei der Verhandlung über die Einführung einer Montagsausgabe des „Vorwärts“ gab die Versammlung der Meinung Ausdruck, daß, wenn die Montagsausgabe mit einer Erhöhung des Abonnements verknüpft ist, von deren Einführung Abstand genommen werden soll. Am 1. Mai soll ein Vergnügen mit Gortentzogen stattfinden. Zum Beitritt der Konsumgenossenschaft Adlershof haben sich bis jetzt 100 Genossen gemeldet. Da nun die Arbeit besteht, in nächster Zeit eine Filiale im Ort zu eröffnen, muß die Zahl durch fleißige Agitation noch erhöht werden.

Neuenhagen (Dübahn).

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde der Etat für 1911, welcher mit 80 000 M. balanciert, festgelegt. Für den Neugebau sind 23 000 M. ausgeworfen. Besoldungen und Dienstbezüge erfordern 8880 M., wozu noch 2209 M. Verwaltungskosten kommen. Für öffentliche Armen-, Wohlfahrts- und Gesundheitspflege sind 3210 M. festgesetzt; hierzu hatten unsere Vertreter verschiedene Anträge und Wünsche, die aber keine oder nur teilweise Erfolg hatten, eingebracht. So soll im April eine Kleininderschule eröffnet werden. Diese hat der Unionklub, Besitzer vom Gut Neuenhagen, errichtet, natürlich nicht aus reinem Menschlichkeitsgefühl, sondern in erster Linie wohl aus dem Grunde, um nicht nur den Vater, sondern auch die Mutter der zu beaufsichtigenden Kinder für sich arbeiten zu lassen. Zu den Unterhaltungskosten dieser Schule trägt die Gemeinde jährlich 500 M. bei. Genosse Kölling verlangte dafür eine Vertretung im Kuratorium. Dieses Verlangen wurde abgelehnt mit der Begründung, der Vertreter des Unionklubs hätte erklärt: „Ein Kuratorium wird nicht gewählt, im Reibereien zu vermeiden; wir überlassen die Verwaltung dem evangelischen Frauenverein.“ Nachdem noch Genosse Böder unseren Standpunkt dazu kargelegt hatte, wurde und verprochen, bei Aufnahme der Kinder, im Alter von 2—6 Jahren, in religiöser Hinsicht keinen Unterschied zu machen. Den Kindern auf Kosten der Gemeinde Milch zu verabfolgen, wurde ebenfalls abgelehnt. Zu den Schulkosten muß die Gemeinde 14 580 M. beisteuern, desgleichen zu den Kirchenlasten 1260 M. Unser Verlangen, die Leihrenten den noch der Kirche angehörenden Einwohnern prozentual aufzulösen, wurde abgewiesen mit dem Bemerkten des Gemeindevorstehers: „Durch jahrelange Zahlung dieser Lasten hat sich eine Obhutungs gebildet“, folglich muß immer gezahlt werden. Da der Ortsrat Niederhände noch immer nicht die beschlossene telefonische Verbindung als Feuermeldestelle hat, wurde dem Vertreter der inaktiven Mitglieder Herrn Wäger der Auftrag, diese Sache so schnell wie möglich zu erledigen.

Reinickendorf-Ost und Wilhelmshagen.

Von Sonnabend, den 25. März ab befindet sich die Ausgabe-stelle des „Vorwärts“ Provinzstr. 50 im Laden, dicht am Bahnhof. Wir bitten unsere Abonnenten, davon Notiz zu nehmen und alle An-, Um- und Abmeldungen dort abzugeben. Die Hauptexpedition.

Berlin.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung teilte der Vorsteher mit, daß Genosse Schierz sein Mandat als Stadtverordneter wegen ungünstiger Arbeitsverhältnisse niedergelegt habe. Die Magistratsvorlage betreffend die Verpflanzung der von der Stadt Berlin eingekauften Landstrecken an der Wandlitzer Chaussee mit verschiedenen Kadel- und Laubbölgern fand einstimmige Annahme. Genosse Pohl begründete alsdann die von unseren Genossen eingebrachten Anträge: 1. Erlass eines Statuts zwecks Einführung von Arbeitslosenunterstützung, 2. Einführung eines städtischen Arbeitsnachweises. Der Bürgermeister erklärte namens des Magistrats, daß gegenwärtig an die Verwirklichung der Anträge noch nicht gedacht werden könne. Es müßte erst abgewartet werden, welche Stellung andere Gemeinden zu dieser Frage einnähmen. Unsere Genossen entgegneten, daß man doch nicht immer so lange warten sollte, bis andere Gemeinden sich entschieden hätten. Stadtverordneter Sie meinte, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung könne wohl lediglich den faulen Tagelöhnen zugute, denn wer fleißig wäre und arbeiten wolle, bekäme immer Arbeit. Dem antwortete Genosse Berner. Mit diesem Anspruch habe Herr Sie alle ehrlichen Arbeiter gräßlich beleidigt. Es schiene ihm fast, als seien die durch unsere kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen Krisen an ihm unanständig vorübergegangen. Von unseren Genossen wurde dann beantragt, eine Kommission zu wählen, welche die Angelegenheit prüfen und der Versammlung Bericht erstatten sollte. Aber auch hierfür hatte sich die Mehrheit nicht entscheiden können. Die Anträge wurden mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Für dieselben stimmten außer unseren 7 Genossen noch 3 Bürgerliche. Die Magistratsvorlage, betreffend die Regelung des höheren Schulwesens, zeitigte gleichfalls eine sehr lange Diskussion. Der Magistrat verlangte, daß das Haus, in welchem sich die höhere Knabenstube befindet, von der Stadt dieses Jahr zum Preise von 2800 M. gemietet werden soll. Um es der Versammlung annehmbar zu machen, hatte man als Entscheidung grovmütig sechs Freistellen vorgesehen. Es sollte dann im Laufe des Jahres mit dem Leiter der Schule wegen Ueberlassung derselben an die Stadt verhandelt werden. Diesem traten außer unserem Genossen Krüger die Stadtverordneten Dr. Wieners, Baum und andere entgegen. Genosse Krüger betonte, daß seine Genossen nicht einen Pfennig für bezerrigte Privatunternehmungen bewilligen werden. Die Uebernahme dieser Schule in städtische Regie müßte aber auch die unbedingte Angliederung an die Gemeindefchule zur Folge haben, wie dies in einer Kommissionssitzung auch von dem Geheimen Regierungskultar, der zum Zwecke der Regelung dieser Schulangelegenheit zugegen war, bereits befürwortet worden sei. Redner rügte dann noch die Leitung der höheren Mädchenschule, welche nach Ansicht und Prüfung des Schulrats eine äußerst mangelhafte sei, wofür aber die Mehrheit der Stadtverordneten alljährlich 1000 M. bewilligte. Unsere Gemeindefchule stehe in ihren Leistungen noch über der höheren Mädchenschule. Es sei aber nur der Punkt der Besühenden, wenn sie ihre Kinder in sogenannten höhere Schulen schickten, selbst wenn sie dort auch weniger lernten. Von bürgerlicher Seite suchte man die Mängel mit Krankheit der Schülerin zu entschuldigen. Die Vorlage wurde mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt. In nicht öffentlicher Sitzung wurde für das städtische Krankenhaus als Oberarzt Dr. Gumpel aus Charlottenburg gewählt.

Eingegangene Druckschriften.

Genoss Werte. Vollständ. Ausgabe in 3 Bänden. Ged. 3,50 M. Herausgegeben von R. Dreißer. Deutsches Verlagshaus Lang u. Co., Berlin W. Die Christenbühne. 2 Teil. Von H. Drews. 6 M., geb. 6,50 M. Dieberich, Jena. Handb. für Holzarbeiter. Heft 3. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Bund. — Erscheint am 15. jedes Monats. 1 M. pro Viertel. Expedition Berlin O. 2. Neue Friedrichstr. 2.

Witterungsüberblick vom 22. März, 1911.

Ort	Temperat. nach M.	Wind richtung	Wolkenn. aus Sicht	Niederschlag		Windgeschw. max. u. min.	Sichtb. weite	Baromet. nach M.	Höhen- druck	Sonne aufh.	Tropen- w. u. f. H.
				gesamt	Regen						
Berlin	7,0	SW	3	0,0	0,0	13	10,0	763,5	763,5	4	3
Dresden	5,0	SW	2	0,0	0,0	14	10,0	763,5	763,5	4	3
Frankfurt	7,0	SW	3	0,0	0,0	13	10,0	763,5	763,5	4	3
München	7,0	SW	3	0,0	0,0	13	10,0	763,5	763,5	4	3
Wien	7,0	SW	3	0,0	0,0	13	10,0	763,5	763,5	4	3

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. März 1911. Mild, jedoch vielfach wolfig bei meist schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.